Mittwoch, 18. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 26,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 114 - 20. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sowjetische Agenten enttarnt

DW. Bonn

Unterrichtete Kreise der Bundesregierung erwarten, daß die Sowjetunion zwei ihrer an der Botschaft der UdSSR in Bonn akkreditierten Diplomaten sowie zwei Angehörige der sowjetischen Handelsvertretung in Köln zurückzieht. Die Illustrierte „Quick" hat gestern Namen und Fotos der vier veröffentlicht und sie als enttarnte Spione bezeichnet. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, man wolle sich dazu nicht äußern. Die sowjetische Botschaft erklärte, es gebe keine Stellungnahmen zu Presseberichten.

Nach dem Bericht der Illustrierten handelt es sich bei den Verdächtigen um Viktor Martschenko, Oleg Schewtschenko, Jewgenij Schmagin und Boris Koshenikow. Der 46jährige Luftwaffenattaché Martschenko soll dabei überrascht worden sein, wie er sich geheime Unterlagen von Elektronikfirmen verschaffen wollte. Dem 34jährigen 2. Sekretär der Botschaft, Jewgenij Schmagin, wird versuchte Agentenwerbung vorgeworfen. Der 49jährige Boris Koshenikow (sowjetische Handelsvertretung in Köln) tritt seit 1979 als angeblicher Experte für Medizin auf. Oleg Schewtschenko (Köln) sollte einen Agentenring aufziehen.

ZITAT DES TAGES



„Mit der Gewißheit, daß die Decke des Staates zwar kurz ist, aber kolossal wärmt, sollte Bescheidenheit geübt werden können."

Der Haushaltsexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Günter Hoppe, zu den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Hoppe wies darauf hin, daß die Beschäftigten bei Bund, Ländern und Kommunen gegenüber den Arbeitnehmern in der privaten Wirtschaft gesicherte Arbeitsplätze haben.
FOTO: POLY-PRESS

SPD distanziert sich

AP, Bonn

Das SPD-Präsidium hat sich deutlich von Überlegungen des Parteivorstand-Mitglieds Oskar Lafontaine distanziert, der einen Generalstreik gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen ins Gespräch gebracht hatte. Ohne Lafontaines Namen zu nennen, ließ SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement gestern durchblicken, daß sich das Führungsgremium gegen einen politischen Streik und gegen eine weitere Emotionalisierung des Themas ausgesprochen habe.
Seite 8

Flucht nach Hessen

dpa, Kassel

Unverletzt ist einem 25jährigen Mechaniker aus der Nähe von Dresden gestern die Flucht nach Hessen gelungen, wie der Bundesgrenzschutz in Kassel berichtete. Mit Hilfe eines Pfahles überwand der Mann den an dieser Stelle nicht mit Selbstschußanlagen versehenen Metallgitterzaun.

Mehr Ost-West-Handel

AP, Berlin

Für den Ausbau des Ost-West-Handels hat sich erneut die „DDR" ausgesprochen und zugleich aufgefordert, alle Sanktionen und Handelshemmnisse aufzuheben, wie das Informationsbüro West (IWE) mitteilte.

WIRTSCHAFT

Agrarpreise steigen um 4,2 Prozent

Ha. Brüssel

Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in der EG werden um durchschnittlich 4,2 Prozent angehoben. Diese Entscheidung hat Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle vom diesjährigen Brüsseler „Agrarmarathon" mit nach Hause gebracht. Die Garantiepreise für die deutschen Bauern steigen damit weniger stark als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Nach Rechnung der EG-Kommission dürften sich die Auswirkungen auf die Verteuerung der Lebensmittelpreise in der Bundesrepublik Deutschland auf rund 0,8 Prozent beschränken. Unter dem Zwang leerer Kassen haben die Landwirtschaftsminister der EG in diesem Jahr die Preiserhöhungen für die hauptsächlichen Überschußerzeugnisse niedriger festgelegt, als für andere Produkte. So müssen die deutschen Bauern bei Milch, Butter und Getreide praktisch mit einem unveränderten Stützungsniveau auskommen. Im letzten Jahr hatten die Regierungen bestimmte Produktionsschwellen festgelegt, die jedoch überschritten wurden. Die Preisaufbesserung in diesem Jahr läuft auf eine Auflockerung der bisherigen unbeschränkten Preisgarantien hinaus. Seiten 2, 9

Bund: Höhere Zinsen

dpa/VWD, Bonn

Neue Bundesobligationen und Schatzbriefe mit höheren Zinsen stehen seit heute zum Verkauf. Nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums sollen die neuen 7,25-Prozent-Obligationen (Serie 39-1983/88) mit einem Kurs von 99,8 und einer Rendite von 7,3 Prozent die Serie 38 ersetzen. Gleichzeitig sollen neue Schatzbriefe mit Nominalzinsen von 4,0 Prozent im ersten und neun Prozent im sechsten und siebten Jahr verkauft werden.

Neues BMW-Werk

rtr, Regensburg

Nach wochenlangen Auseinandersetzungen ist nun der geplante Bau eines neuen BMW-Werkes in Regensburg gesichert, wie die Stadtverwaltung gestern mitteilte. Im April kommenden Jahres sollen die Bauarbeiten beginnen. In dem neuen Montagewerk, dessen Produktion im Herbst 1986 aufgenommen werden wird, sollen 3500 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Esso: 2 Pfennig teurer

AP, Hamburg

Die Esso AG hat bundesweit den Preis für Normal- und Superkraftstoff wieder um zwei Pfennig je Liter heraufgesetzt. Wie ein Sprecher dazu gestern weiter mitteilte, stieg auch der Literpreis für Diesel um einen Pfennig. Begründet wurde die Preiserhöhung mit der, wie es hieß, anhaltend schlechten Ertragslage bei Esso. Die Aral will diesem Schritt heute folgen, teilte der NRW-Fachverband mit.

Getreideabkommen

rtr, Washington

Die Sowjetunion hat dem Vorschlag US-Präsident Ronald Reagans zur Aufnahme von Verhandlungen über ein langfristiges Getreide-Lieferabkommen zugestimmt. Amerikanische Regierungsvertreter erklärten gestern, die UdSSR habe den Vereinigten Staaten mitgeteilt, sie sei bereit, den Vorschlag des Präsidenten bei den regelmäßigen Konsultationen im Juni zu erörtern.

Aktien erholt

DW. Frankfurt

Die Aktienmärkte erholten sich nach dem Kurseinbruch vom Montag wieder deutlich. Am Rentenmarkt gaben öffentliche Anleihen weiter nach. WELT-Aktienindex 136,5 (135,2). Dollar-Mittelkurs 2,4675 (2,4593) Mark. Goldpreis je Feinunze 440,75 (436,25) Dollar.

WETTER

Wechselhaft

DW. Essen

Im östlichen Bayern und Berlin überwiegend sonnig. In den übrigen Gebieten wechselnd bewölkt mit schauerartigen, teils gewittrigen Regenfällen. Tagestemperaturen zwischen 15 und 19 Grad. In der Nacht um 9 Grad.

Heute in der WELT

Auch in Cannes ist die Zeit des Glamours vorbei S. 3
Bremen: Die Fische, die Werften, der Stahl und die EG S. 4
WELT-Gespräch mit dem Chef der Konservativen Südafrikas S. 5
Bolivien: Angst vor der Anarchie greift um sich S. 6
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 7
Papst will einen Tag länger in Polen bleiben S. 8
Wirtschaft: ASM – „Programm der Regierung reicht nicht" S. 9
Studienplatzbörse: Heute wieder 168 Tauschwünsche S. 15
Sport: FC Barcelona bemüht sich um Rummenigge S. 16
Fernsehen: Frankreichs „Freie Radios" veranstalten Chaos S. 16
Kultur: Zum 100. Geburtstag des „Bauhaus"-Gründers Gropius S. 17
Aus aller Welt: Familienfeier auf der Brooklyn-Bridge S. 18

Kohl: Europäische Einigung in einer kritischen Phase

EG-Gipfel wegen britischer Wahl verschoben / Bonn kommt Paris entgegen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zum Abschluß der 41. deutsch-französischen Konsultationen in Paris hat Bundeskanzler Kohl gestern die Verschiebung des Stuttgarter Europäischen Rates vom 6. auf den 17. Juni bekanntgegeben. Auf einer Pressekonferenz im Elysée-Palais in Gegenwart Präsident Mitterrands sagte Kohl, dies sei „nach wiederholtem Meinungsaustausch mit London sowohl von Bonn wie von Paris aus, aber auch mit anderen Partnern" zustande gekommen, um der britischen Premierministerin Thatcher trotz der Neuwahlen in Großbritannien die Teilnahme am Treffen zu ermöglichen. Kohl qualifizierte dieses Treffen – es soll bis zum 18. Juni dauern – als „eine wichtige Begegnung in einem Moment, in dem sich die europäische Einigung in einer kritischen Phase befindet".

Sowohl Kohl als auch Mitterrand bestanden auf der weitgehenden Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und Franzosen in allen Bereichen, von der europäischen Sicherheit über die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg, die Fragen des europäischen Budgets bis zu bilateralen Fragen der gemeinsamen Rüstungspolitik, der industriellen Zusammenarbeit und des ausgeglichenen Handels zwischen beiden Ländern. Unverändert halten beide Regierungen an der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses und der Aufstellung von Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland fest, falls es in Genf nicht zu einer amerikanisch-sowjetischen Einigung über ein Rüstungsgleichgewicht in Europa kommt. Kohl gab der Erwartung Ausdruck, daß die „amerikanischen Freunde ernsthaft verhandeln wollen". Nach seinen Informationen gebe es keine Zweifel. Die Bundesrepublik werde ihrerseits ihre Verpflichtungen erfüllen.

SEITE 2: Pariser Wechselbad
SEITE 9: Die Differenzen konnten nicht beseitigt werden

„Im Hinblick auf die Allianz ist die Bundesrepublik nicht erpreßbar", sagte Kohl. Mitterrand bestand noch einmal darauf, daß Frankreich seine atomaren Systeme nicht in die Genfer Verhandlungen einbezogen zu sehen wünscht.

Kohl machte auf der Pressekonferenz eine Reihe von deutschen Zusagen, die ihren Eindruck auf die französische Öffentlichkeit nicht verfehlen werden. So will die Bundesrepublik auf lange vorgebrachte französische Wünsche eingehen und an der Aufstockung des EG-Budgets teilnehmen, da „auch Frankreich Opfer bringt". Die industrielle Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern soll verbessert werden. Kohl kündigte dazu „in Vorbereitung befindliche Vorhaben" an. Die in Frankreich als „Protektionismus" beanstandeten deutschen Normen sollen entweder abgeschafft oder in europäische Normen überführt werden. Der Plan eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers ist so weit gediehen, sagte Kohl, daß die letzte Entscheidung jetzt beim Bundestag liege.

Syrien verschärft seine Drohungen

Damaskus: Libanon wird den Preis für das Abkommen mit Israel bezahlen müssen

AP/rtr, Beirut

Syrien hat gestern, am Tag der Unterzeichnung des libanesisch-israelischen Truppenabzugs-Abkommens, der Regierung in Beirut mit einer „Bestrafung" für die „Auslieferung" des Landes an amerikanische und israelische Interessen gedroht.

In der Zeitung „Al Baath" der syrischen Regierungspartei hieß es, die libanesische Regierung habe „ihre Legitimität wie ihre Fähigkeit und Kompetenz zur Führung des libanesischen Volkes verloren", niemand der „öffentlichen Vertreter Libanons wird seiner Bestrafung entgehen". Ähnliche Töne schlug auch die syrische Regierungszeitung „Al Thaura" an: „Diejenigen, die mit Israel zusammengearbeitet haben oder sich ihm unterwarfen, indem sie das Abkommen akzeptierten, werden für ihr Tun bezahlen müssen." Der syrische Außenminister Halim Chaddam sprach davon, daß das Truppenabzugs-Abkommen noch „schlimmer" sei als der ägyptisch-israelische Friedensvertrag.

Trotz der anhaltenden Drohungen aus Syrien wurde der Vertrag gestern in zwei getrennten Zeremonien im Beiruter Vorort Khalde sowie in der israelischen Ortschaft Kiryat Shmona unterzeichnet. Damit wurde der seit 1948 zwischen beiden Staaten bestehende Kriegszustand offiziell beendet. Israel hat allerdings deutlich gemacht, daß es seine Truppen aus Libanon erst dann abziehen werde, wenn auch die syrischen und palästinensischen Verbände das Land verlassen.

SEITE 2: Eine Chance für Nahost, aber noch ist sie klein
SEITE 6: Moskau läßt Syrien kaum noch Freiraum

In Khalde zitierte der libanesische Chefdelegierte Antoine Fattal während der Unterschriftszeremonie aus dem Entflechtungsabkommen Syriens mit Israel, das 1973 den Krieg beendet hatte. Die Sätze, auf die Fattal zurückgriff, lauten: „Das Abkommen, das wir heute unterzeichnen, ist kein Friedensabkommen. Es ist ein Schritt in Richtung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden."

Sein israelischer Verhandlungspartner David Kimche warnte die Gegner des Vertrages in Damaskus und in den Reihen der PLO: „Wir dürfen den Feinden des Friedens nicht ihren Willen lassen." Beirut und Jerusalem nähmen Risiken auf sich: „Ich bin zuversichtlich, daß keiner von uns je bereuen wird, was wir heute tun. Libanon und Israel sind verantwortlich dafür, die noch am Horizont stehenden Hindernisse anzugehen."

Der amerikanische Libanon-Beauftragte Morris Draper, der als Zeuge an der Unterzeichnung des dreibändigen Vertragswerkes in Khalde teilnahm, wies darauf hin, daß alle Beteiligten entschlossen seien, „die noch bestehenden schwierigen Hindernisse zu überwinden".

DER KOMMENTAR

Die Gipfelpartie

ULRICH LÜKE

Helmut Kohl war gut beraten, als er das europäische Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Stuttgart um zehn Tage auf den 17., 18. und 19. Juni verlegte. Eine solche Verschiebung ist für die Organisatoren der Tagung eine Zumutung, für Europa ist sie es nicht. Kohl mußte erkennen, daß starres Festhalten an einem Termin, der zumindest der britischen Regierungschefin, Margaret Thatcher, die Teilnahme unmöglich gemacht hätte, die ohnehin geringen Erfolgschancen des Treffens auf Null gesenkt hätte.

Dies ist die eine Seite der Medaille. Die andere: Der seit Monaten übergroße Erwartungsdruck, was die Gipfel-Bilanz angeht, wird jetzt noch einmal steigen. Der Bundeskanzler hat sich selbst zum Erfolg verurteilt. Entschuldigungen, wie sie beim ursprünglich geplanten Termin für ein Scheitern hätten angeführt werden können, gibt es nun nicht mehr. Die äußeren Bedingungen für das Stuttgarter Treffen der Staats- und Regierungschefs – einem der wichtigsten seit Jahren – stimmen jetzt, doch die Chancen für Einigungen in zentralen Fragen der Gemeinschaft sind damit keineswegs größer geworden.

Das gilt vor allem für das Schlüsselproblem der EG-Finanzen. Von einer Einigung über die künftige Finanzierung der Gemeinschaft macht das Europa-Parlament die Zustimmung zur finanziellen Entlastung Großbritanniens abhängig, die Margaret Thatcher vor ihrem Wahltag am 9. Juni sicher noch energischer eingefordert hätte, als sie es ohnehin schon tut. Von der Einigung über die Finanzen hängen auch Kernfragen der Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal ab. Doch Lösungen für das neue Finanzsystem sind vier Wochen vor dem neuen Gipfeltermin sowenig in Sicht wie die Verabschiedung der feierlichen Erklärung zur Europäischen Union oder durchgreifende, einvernehmliche Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Erweiterung des Binnenmarktes.

Aufgeschoben heißt nicht aufgehoben. Und das gilt auch für die sachlichen Schwierigkeiten. Die Aussichten für den Gipfel sind, genaugenommen, genauso schlecht wie vorher.

„Beschwichtigung ist nicht der Weg zum Frieden"

Paris: Künstler und Wissenschaftler warnen vor Moskau

AP/DW. Paris

Als eine „Art Gegengewicht" zu den westeuropäischen „Friedensbewegungen" haben mehrere im Exil lebende Prominente aus kommunistischen Ländern in Paris eine internationale „Offensive gegen den sowjetischen Imperialismus" ins Leben gerufen. Die Gruppe, die sich den Namen „Widerstand International" gab, sieht die europäischen „Friedensbewegungen" teilweise von Moskau unterwandert.

Zu den Gründungsmitgliedern gehören der russische Wissenschaftler Wladimir Bukowski und der kürzlich freigelassene kubanische Schriftsteller Amando Valladaras. Der jetzt in den Vereinigten Staaten lebende Bukowski – er war kurz vor Weihnachten 1976 in einem Austauschverfahren von der UdSSR in den Westen entlassen worden – kündigte an: „Wir wollen die Leute aufwecken und ihnen zeigen, daß Pazifismus und Beschwichtigung nicht der Weg zum Frieden sind." Ihr Geld erhalte die neue Gruppe durch freiwillige Beiträge von Einzelpersonen. Sie habe keine Verbindungen zu einer Regierung oder einer Regierungsbehörde, beteuerte Bukowski. Ziel der Gruppe, die die Parole „weder rot noch tot" ausgab, soll es sein, „Widerstandsbewegungen in totalitären Ländern" zu unterstützen und die öffentliche Meinung im Westen gegen die „kommunistische Aggression" zu mobilisieren.

Dem offiziellen Unterstützungskomitee von „Widerstand International" gehören die französischen Philosophen Raymond Aron und Bernard Henri-Levy, der amerikanische Psychoanalytiker Bruno Bettelheim, der britische konservative Abgeordnete Winston Churchill, der amerikanische Historiker Sydney Hook, der französische Schriftsteller Eugene Ionesco, der Geiger Yehudi Menuhin, der Cellist Mstislav Rostropovitsch und der als „Nazi-Jäger" bekannte Simon Wiesenthal an. Mitglieder der Organisation sind auch im Exil lebende Personen aus Afghanistan, Nicaragua, Polen, Laos, China, Jugoslawien, Vietnam und der Tschechoslowakei. Oppositionelle aus Argentinien sind die einzigen Vertreter aus einem Land mit einer rechtsgerichteten Regierung.

Die ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil, kritisierte das Zögern der Linken bei der Verurteilung des Totalitarismus „unter der Vorgabe, daß dies in die Hände der Rechten spielt". Und den Rechten warf sie vor, sie übten keine Kritik an Militärdiktaturen „unter der Vorgabe, daß dies in die Hände der Sowjets spielt".

Trotz ihrer Kritik auch an rechtsgerichteten Diktaturen macht „Widerstand International" kein Geheimnis aus seiner vorwiegend antikommunistischen Haltung.

In der vergangenen Woche hatte der in den USA lebende russische Schriftsteller und Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn jegliche Nachgiebigkeit gegenüber der UdSSR verurteilt und die „Friedensbewegung" scharf kritisiert. Er warf ihr vor, zwischen Gut und Böse nicht unterscheiden zu können und blind gegenüber der Sowjetunion zu sein. Solchenizyn argumentierte, zwar seien nicht alle Anhänger der „Friedensbewegung" in Westeuropa gekauft oder bestochen, alle aber würden von der Sowjetunion für die kommunistischen Ziele mißbraucht.
Seite 2: Widerstand

Papst-Attentat: Antonoff bleibt in Haft

AFP/DW. Rom

Der römische Untersuchungsrichter Martella hat die Freilassung des Bulgaren Antonoff, der der Beteiligung am Papst-Attentat verdächtigt wird, zum drittenmal abgelehnt. Antonoff, offiziell stellvertretender Direktor der bulgarischen Fluggesellschaft Balkanair in Rom, war am 25. November 1982 festgenommen worden und ist wegen „aktiver Mittäterschaft" bei dem gescheiterten Mordanschlag vom 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz unter Anklage gestellt worden. Der türkische Attentäter Ali Agca hatte in seinen Aussagen Antonoff schwer belastet. In Rom wird immer unverhohlener davon gesprochen, daß Antonoff hauptberuflich für den bulgarischen Geheimdienst tätig war. Sofia hat bereits massiv versucht, Antonoff aus der Haft freizubekommen. Zuletzt nahmen die Bulgaren zwei Italiener unter der Beschuldigung der Spionage fest, um im Gegengeschäft Antonoff herauszuholen.
Seite 2: Die bulgarische Spur

Vogel will Sitz für Grüne im Kontrollgremium

AP, Bonn

Die Sozialdemokraten treten dafür ein, daß den Grünen auf Kosten der FDP ein Sitz in der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) zur Überwachung der Nachrichtendienste verschafft wird.

Vor Journalisten wies Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel gestern auf den Grundsatz der Gleichbehandlung der Parteien im Bundestag hin, der es notwendig mache, die Grünen an der Arbeit des Kontrollgremiums zu beteiligen. Allerdings, so fügte Vogel hinzu, erwarte er von den Grünen „die strikte Befolgung der geltenden Bestimmungen".

Bisher entsandten die Unionsparteien und die Sozialdemokraten je drei und die Freien Demokraten zwei Abgeordnete in die Parlamentarische Kontrollkommission des Bundestages zur Überwachung der Arbeit der deutschen Nachrichtendienste. Nach den Vorstellungen des Oppositionsführers soll die FDP nun zugunsten der Grünen einen Sitz abgeben.

Spielte Moskau mit Schweden Katz und Maus?

gat. Stockholm

Der Leiter des sowjetischen Nordamerika-Instituts, Georgij Arbatow, soll das Eindringen sowjetischer U-Boote in die schwedischen Hoheitsgewässer als „unter uns Großmächten" Selbstverständliches bezeichnet haben. Arbatow, der auch Mitglied der UN-Kommission für Sicherheit und Abrüstung, der „Palme-Kommission", ist, sprach am 25. April auf einem Seminar im Carnegie-Institut in Washington. Die Rede durfte zwar nicht mitgeschrieben werden, aber am 30. April konnte die schwedische Botschaft in Washington dennoch die wichtigsten Passagen nach Stockholm übermitteln. Demnach machte sich Arbatow einen Tag bevor die von Palme eingesetzte schwedische UNO-Schutzkommission ihren Bericht in Stockholm vorlegte, über das Katz-und-Maus-Spiel lustig, das die sowjetische Marine mit ihren Verfolgern betreibe. Ein Mitarbeiter Palmes nannte die Äußerungen gestern „erschreckend".

USA: Bessere Kontrolle für Ostexport

Cocom-Behörde in Paris soll effektiver werden / Entscheidung auf Gipfel in Williamsburg

H. A. SIEBERT, Washington

Die Staats- und Regierungschefs der sieben größten westlichen Industriestaaten werden Ende dieses Monats auf dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg entscheiden, wie die Kontrollen über strategisch wichtige Technologie-Exporte in den Ostblock verbessert werden können. Die USA hoffen dabei, daß ihr Vorschlag, die Cocom-Behörde der NATO in Paris auf eine weiterführende Grundlage zu stellen, angenommen wird.

Dies geht aus den Worten von Staatssekretär Richard Perle (US-Verteidigungsministerium) hervor, der vor Journalisten auf einer Veranstaltung des Roosevelt-Center in Washington dazu Stellung nahm. Es sei allerdings wenig sinnvoll, betonte Perle, die Liste der verbotenen Ausfuhrgüter zu verlängern, wenn dabei nicht die erforderlichen administrativen Voraussetzungen für wirksame Kontrollen geschaffen werden könnten.

Das „Coordinating Committee for Multilateral Export Controls" (Cocom) ist eine inoffizielle Organisation, die bereits nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA, Großbritannien und Frankreich als Überwachungsbehörde für die Ausfuhr strategischer Rohstoffe und Technologien im kommunistische Länder geplant wurde. Wirksam wurde Cocom in den Jahren 1948/49, als sich die Gründung der Volksrepublik China abzeichnete, es zur Berlin-Krise kam; der jugoslawische Staatschef Tito mit der Sowjetunion Stalins brach und die erste sowjetische Atombombe gezündet wurde.

Heute, so Staatssekretär Perle, sei die Cocom-Behörde nicht in der Lage, die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen: Ihr Jahresbudget betrage nur 500 000 Dollar (rund 1,2 Millionen Mark), die Mitarbeiter – zwölf ehemalige Regierungsbeamte ohne technische Ausbildung – seien in unzureichenden Räumen in einem Nebengebäude der amerikanischen Botschaft in Paris untergebracht. Zur Verfügung stehen noch nicht einmal ein funktionierendes Kopiergerät

Folgt man den Ausführungen Perles, dann hätten qualifizierte Cocom-Experten vor einigen Jahren den Export gedruckter Mikrohalbleiter in die Sowjetunion verhindern können. So besitze Moskau aber heute ein eigenes „Silicon Valley", wie man das weltgrößte kalifornische Zentrum für Halbleitertechnik nennt, mit breiter Chipproduktion. Nach Auffassung der Reagan-Administration müßten die Cocom-Mittel aufgestockt, Fachleute eingestellt und Computer angeschafft werden. Mit diesen finanziellen und technischen Verbesserungen sowie qualifizierten Mitarbeitern könnten sich dann auch die Auflagen in den Mitgliedsstaaten effektiver durchsetzen lassen. Der amerikanische Staatssekretär schlug darüber hinaus vor, daß die Behörde von einem Generalsekretär geleitet werden sollte. Diesem sollte ein militärischer Ausschuß beigeordnet werden, der den strategischen Wert technologischer Lieferungen in den Ostblock kompetent beurteilen könne.

In Williamsburg aber werde es Ende dieses Monats zu keinen wesentlichen Reibungspunkten beim Thema Osthandel kommen. Davon geht Perle aus, der die neue Cocom-Liste als ein „ausreichendes Instrument, mit dem man in den nächsten vier Jahren gut arbeiten kann", bezeichnete. Mit den Details brauche man daher die Staats- und Regierungschefs auf dem Wirtschaftsgipfel nicht zu belasten. Denn bei der Diskussion über die Verschärfung des US-Export Administration Act gehe es nicht um den Osthandel, sondern generell um die rechtlichen Kompetenzen der Exekutive im Außenhandel.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

An der Grenze

Von Hans-Jürgen Mahnke

Die europäische Agrarpolitik ist nicht mehr in der Lage, Ergebnisse hervorzubringen, mit denen selbst diejenigen, die beglückt werden sollen, zufrieden sind. Sicher, wenn der Deutsche Bauernverband von unzulänglichen Preisbeschlüssen spricht, auf die sich die zehn EG-Agrarminister in Brüssel geeinigt haben, so sollte dieses nicht allzu hoch gehängt werden. Auch dies gehört zum jährlichen Ritual. Das Anspruchsdenken ist *eben noch nicht gebrochen.*

Es zeigt sich aber auch, daß die gemeinsame Agrarpolitik an ihre Grenzen gestoßen ist. Noch höhere Überschüsse bei noch höheren Preisen sind nicht finanzierbar.

Im Rahmen des Systems ist das, was die Minister jetzt in Brüssel festgezurrt haben, gesamtwirtschaftlich vertretbar, sogar maßvoll. Und das, obwohl der innenpolitische Druck in Italien und Frankreich, wie die Proteste der letzten Tage zeigten, gewaltig war und nicht nur der deutsche Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle seine erste Feuerprobe beim Preispoker bestehen mußte.

Zum Ärgernis für Verbraucher und Steuerzahler ist vielmehr das System selbst geworden. Denn die Überschuß-Verwaltung verschlingt bereits mehr als zwei Drittel der Gemeinschaftsmittel; sie werden im nächsten Jahr schon nicht mehr reichen, um das, was für Lagerhaltung und Exportsubventionen ausgegeben werden muß, zu finanzieren. Noch eine überdurchschnittliche Ernte, so paradox ist die Situation, kann die EG kaum noch verkraften.

Bei den Bauern allerdings kommt nur rund ein Viertel der Agrarausgaben an. Trotzdem wird bei ihnen das Wort Reform ganz klein geschrieben. Sie versuchen statt dessen, weitere Gelder lockerzumachen oder aus den Klauen der Finanzminister zu zerren, weil sich die Verbraucher, denen die Lasten letzten Endes ja aufgebürdet werden sollen, nicht wehren. Unzufrieden mit den gegenwärtigen Zuständen sind alle.

Widerstand

Von Günter Zehm

„Widerstand International" nennt sich eine Intellektuellengruppierung, die soeben in Paris zusammengetreten ist. Zu ihren Gründern zählen Raymond Aron und Bernard Henri-Levy, Sidney Hook und Eugène Ionesco, Yehudi Menuhin, Bruno Bettelheim und Mstislaw Rostropowitsch. An der Spitze stehen zwei Männer, deren Name Programm ist: Wladimir Bukowski und Armando Valladares, die in der Sowjetunion bzw. auf Kuba gefolterten Autoren, deren Wille nicht gebrochen werden konnte und die heute zu den genauesten Warnern vor sowjetimperialer Aggression und Infiltration gehören.

Zwei Ziele sind es vor allem, die sich die Gruppe gesetzt hat. Zum einen will sie immer wieder Stellung beziehen gegen die Sirenentöne der gegenwärtigen „Friedensbewegung", die – teilweise vom Osten gesteuert – *für einseitige Abrüstung und die Preisgabe der* westlichen Verteidigungsbereitschaft eintritt und die alte Angstparole „Lieber rot als tot" wiederbelebt. Angstmacherei gilt nicht, sagen zu Recht Bukowski und Valladares, ein verteidigungsbereiter Westen kann und muß sich die Parole leisten „Weder rot noch tot".

Zum anderen will „Widerstand International" dafür sorgen, daß der Kampf um die Menschenrechte nicht „um des Friedens willen" unter den Teppich gekehrt wird. Wer die Menschenrechte unterdrückt, der ist auch nach außen aggressiv, sagen Bukowski und Valladares, wiederum zu Recht. Kampf um die Menschenrechte, Widerstand gegen totalitäre Gewaltherrschaft ist immer auch Kampf um den Frieden.

Die Initiative der beiden Autoren kommt zur richtigen Zeit. In allen intellektuellen Lagern macht sich Überdruß breit über die unverbindlichen Phrasen der „Friedensbewegung", die nur allzu sichtbar dazu bestimmt sind, die Menschen vom notwendigen Widerstand gegen Unfreiheit und Unterdrückung abzuhalten. Wenn „B & V" klug und energisch taktieren, ist ihrer Gruppe großer Zuspruch gewiß.

Die bulgarische Spur

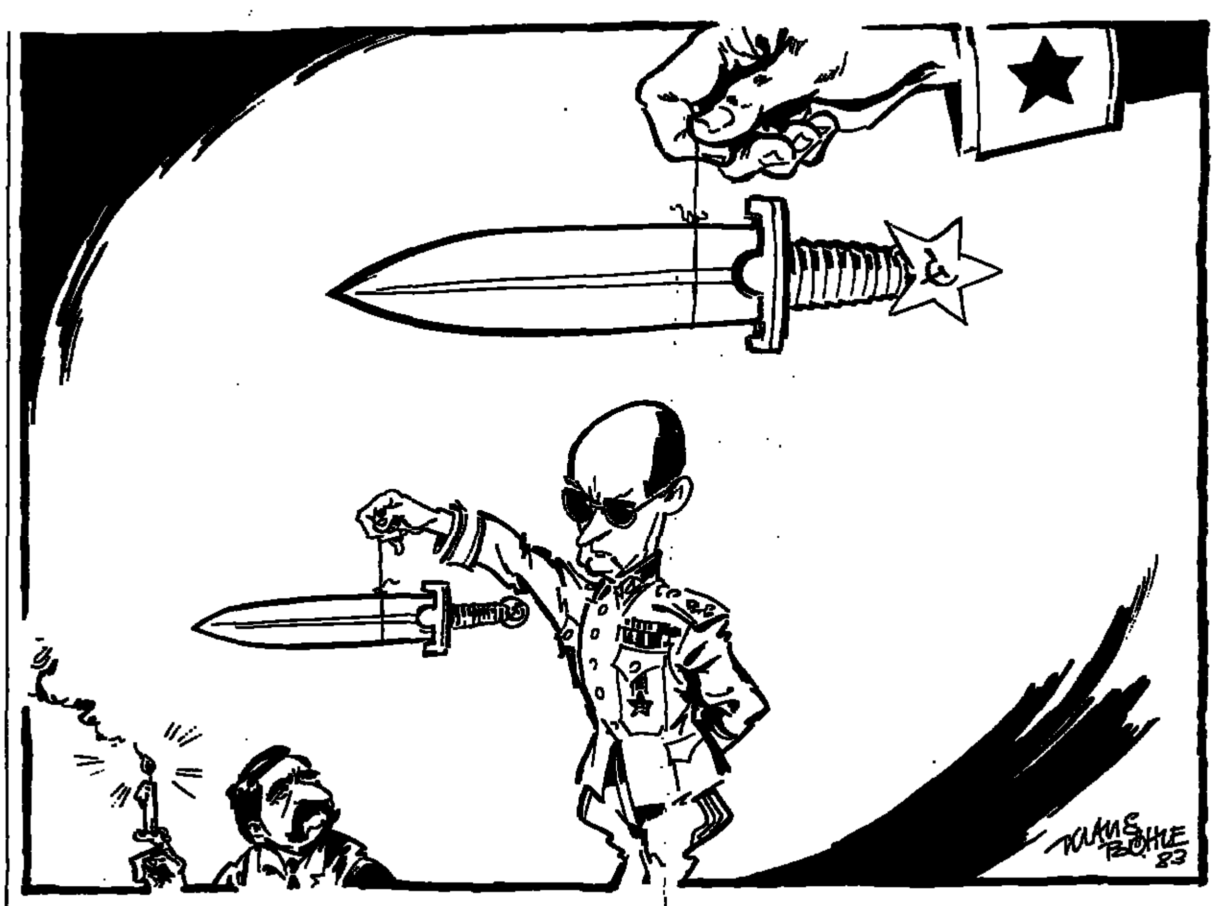
Von Herbert Kremp

Die „Bulgarische Konnektion", der Verdacht, daß der bulgarische Geheimdienst beim Mordanschlag auf den Papst vor zwei Jahren die Hände im Spiel hatte, bleibt bestehen. Zum dritten Mal hat der römische Untersuchungsrichter Martella die Haftentlassung des vor einem halben Jahr festgenommenen stellvertretenden Direktors der bulgarischen Fluggesellschaft Balkanair (Rom), Iwanoff Antonoff, abgelehnt. Der Bulgare war von dem türkischen Papst-Attentäter Ali Agca, der lebenslänglich hinter römischen Gittern sitzt, in Aussagen schwer belastet worden.

Die Entscheidung Martellas ist aus mehreren Gründen aufsehenerregend: Die Aussagen der Entlastungszeugen, die für Antonoff aufmarschiert sind, waren offenbar nicht überzeugend. Sie reichten nicht aus, die Anklage wegen „aktiver Mittäterschaft" zu entkräften. Die Italiener lassen sich auch von der Geiselnahme zweier ihrer Staatsbürger in Sofia und durch deren Verurteilung unter fadenscheinigen Gründen (Spionagebeihilfe) nicht beeindrucken. Sie verhalten sich nicht „libysch" wie die Deutschen. Auch die Kampagne des bulgarischen Geschäftsträgers Popow, der in Rom „bei Gott" die Unschuld seines Landsmannes Antonoff beschworen hatte, lief ins Leere. Der schneidige Aufwand war umsonst.

All dies zeigt, daß die Verdachtsmomente gegen den Bulgaren schwerwiegend sind. Die bulgarische Spur, die aus dem Hintergrund kommunistischer Geheimdienst-Zentralen auf den Petersplatz führt, ist nicht zu verwischen. Sie entspringt nicht der Phantasie eines Le Carré. Den polnischen Papst zu ermorden, war ein realer Plan, der reale politische Wirkung entfalten sollte. Der Petersplatz war als ritueller Ort gewählt, als Forum der beschlossenen Exekution. Wo soll der politische Papst auch anders ermordet werden als vor seinem Dom?

Das Verbrechen gelang jedoch in keiner Weise perfekt. Die gedachte Wirkung schlug in die entgegengesetzte Richtung, auf die konspirativen Urheber zurück. Auf sie zeigen jetzt alle Finger.



Kettenreaktion oder Jaruzelski und die Lehre von der Schwerkraft
ZEICHNUNG: KLAUS BOHLE

Pariser Wechselbad

Von August Graf Kageneck

O-Ton aus den letzten 24 Stunden deutsch-französischen Dialogs: Otto Graf Lambsdorff: „Wir wünschen, daß die französische Sanierungspolitik zum Erfolg führt, deshalb befürworten wir den Kredit (der EG) für Frankreich." Jacques Delors: „Die Deutschen müssen uns zweimal entgegenkommen: Beim Abbau der Grenzausgleichszahlungen und bei der Belebung ihrer eigenen Konjunktur, damit wir mehr bei ihnen absetzen können." Edith Cresson: „Wenn die Deutschen nichts unternehmen, um uns beim Abbau unseres unerträglichen Handelsdefizits zu helfen, werden wir zu entsprechenden Gegenmaßnahmen schreiten müssen." Manfred Wörner: „In der Sache gemeinsamer Panzerabwehrhubschrauber haben wir gute Fortschritte gemacht, wir sind den Franzosen weit entgegengekommen." Michel Rocard: „Die Deutschen haben in Luxemburg eine edle Geste gemacht, das Agrarpreisabkommen begünstigt einwandfrei die französischen Bauern."

Alle diese Damen und Herren saßen am Dienstag kurz vor dem Ende des 41. Deutsch-*Französischen Gipfels zur* „Vollversammlung" vereint, um den großen Tisch im Elysée-Palais. Es war eine recht gemütliche deutsch-französische Familienfeier, auf die auch nicht der Schatten einer Zwietracht fiel. Christdemokraten, Liberale, Sozialdemokraten und knallharte Sozialisten – sie alle kennen sich zum Teil seit Jahren, verständigen sich durch Augenzwinkern und Gesten, einige sprechen fließend die Sprache des anderen, sie formen eine Art transnationales Kabinett miteinander und allen ist die Grundüberzeugung gemeinsam, daß überhaupt nichts mehr geht in Europa, wenn sie sich, was Gott verhüten möge, jemals entzweien würden.

Und dennoch: Irgend etwas stimmt nicht mehr recht am deutsch-französischen Geschäft. Seine Grundlage hat sich verschoben. Die Verzerrung, die zwischen den beiden einstmals wirtschaftlich annähernd gleichen Partnern eingetreten ist, liest sich an einer Zahl ab: Zwölf Milliarden DM betrug das Handelsdefizit Frankreichs allein mit der Bundesrepublik im Jahre 1982. Nicht nur die kesse Außenhandelsministerin Edith Cresson empfindet dies als „unerträglich", auch deutsche Gesprächspartner neigen in Peinlichkeit das Haupt vor dieser Erkenntnis. So ein Protokoll macht nervös. Es verletzt das empfindliche französische Selbstverständnis. Selbst der Mann auf der Straße fühlt dumpf, daß ein Land, das 85 Milliarden Franc Auslandsschulden hat, nicht mehr so recht unabhängig ist, trotz Atomraketen und Superschnellzug TGV.

Aber wer ist hier der Gefoppte? Der Franzose, dem seine Regierung zwei Austerity-Pläne in acht Monaten, Devisenkontrolle und demütigende Kreditaufnahmen eingebrockt hat, oder der Deutsche, der sich von eben dieser Regierung vorwerfen lassen muß, nicht genügend zum Erfolg des „sozialistischen Experiments" getan zu haben. Welch merkwür*diges Wechselbad* von harschen Vorwürfen und gebieterischen Forderungen lassen französische Minister seit Wochen über den gutmütigen deutschen Partner herniedergehen, ohne daß dieser sich auch nur zu einer einzigen Entgleisung hat hinreißen lassen.



Goldener Regen und kalte Duschen: Gipfelpartner Mitterrand und Kohl FOTO: AP

Diese Dinge müssen einmal klar ausgesprochen werden, wenn der schiefhängende Haussegen im deutsch-französischen Heim wieder in die richtige Lage kommen soll. Die Deutschen sind nicht schuld daran, daß sich die Franzosen vor zwei Jahren eine sozialistische Regierung gaben. Sie haben sich damals nicht in den Wahlkampf eingemischt, sie haben sich, obwohl sie allen Grund dazu hätten, skeptischer Anmerkungen enthalten, als die Reformer in Paris sichtlich verrückt spielten und eine Politik machten, die nach ökonomischen Erkenntnissen der letzten 30 Jahren nicht gutgehen konnte. Und sie haben auch keine Ratschläge dafür zu erteilen, wie man nun aus dem Schlamassel wieder herauskommen soll. Aber sie können billigerweise erwarten, daß man sie nicht auch noch für diesen Schlamassel verantwortlich macht.

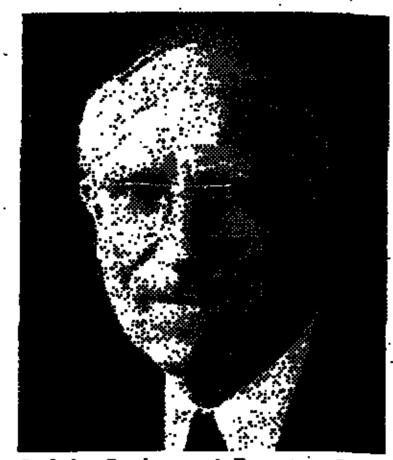
Vernünftige Leute in Paris wie Jacques Delors und Laurent Fabius haben die Weichen für die Ausfahrt aus dem Jammertal sozialistischer Planwirtschaft gestellt. Otto Graf Lambsdorff hat das anerkannt, indem er *ausdrücklich den Er*folg ihrer Sanierungspolitik wünschte. Allen voran die Deutschen haben noch einmal schweigend Geld für das Unternehmen vorgeschossen. Jetzt sollten sich daher auch die unverbesserlichen praeceptores germaniae im Schweigen üben. Ob die Dinge gelingen, ist eine Frage der Genetik. Deutsche und Franzosen haben haben nicht das gleiche Verhältnis zur Arbeit, Handel und Wirtschaft. *Womöglich ist* die Sonne schuld, welche die Temperamente regiert. Man sollte sich die Sache aber nicht durch eine törichte Rhetorik noch schwerer machen.

IM GESPRÄCH Bischof Stimpfle

In St. Ulrichs Tradition

Von Peter Hornung

Augsburgs Bischof Josef Stimpfle will die Geschichte des christlichen Abendlands nicht als fernes, abgeschlossenes Ereignis verstanden wissen. Er ist ein kämpferischer Oberhirte, der sich ganz in der Tradition des geistlichen Kriegsherrn, des heiligen Ulrich versteht, der mit Kaiser Otto 955 die Ungarnschlacht am Lechfeld entschieden hat. So sagt Augsburgs Oberhirte über sein Engagement für Europa: „Die mächtigste antichristliche Bewegung der Geschichte sehe ich im Sowjet-Kommunismus. Die geistesgeschichtliche, wie auch die politische Entwicklung bewegt sich auf einen entscheidenden Wendepunkt zu: Entweder findet Europa wieder zu sich selbst oder es fällt der marxistisch-kollektivistischen Gewaltherrschaft zum Opfer. Nur ein geeintes Europa hat die Chance, ihr zu widerstehen. Die Stunde drängt, Europa jetzt zu einen."



Auf der Suche nach Europas christlicher Seele: Bischof Stimpfle
FOTO: HEINZ WIESENER/DPA

Bischof Stimpfle meditiert nicht nur abstrakt über ein geeintes Europa im stillen Garten seines Bischofshauses. Bereits 1976 veranstaltete er in der Erzabtei Ottobeuren mitten in der grünen Hügellandschaft des Allgäu – einen großen „Europatag". Staatsmänner und hohe Geistliche aus allen EG-Ländern kamen. Jetzt organisiert Augsburgs Bischof für die Juni-Mitte einen zweiten „Europatag". Hauptredner wird Bundeskanzler Helmut Kohl sein. Das Grußwort spricht Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Auch ein Bischof hat Verantwortung für Europa, sagt Josef Stimpfle: „Die Gefährdung der freien demokratischen Staaten, die aufgrund geistiger Verwirrungen und säkularistischer Auszehrung für die marxistisch-kommunistische Ideologie anfällig sind, kann nur durch eine überlegene Geisteshaltung überwunden werden. Die Kirche bewahrt das Erbe des christlichen *Glaubens, der vom Christentum* geprägten griechisch-römisch-germanischen Kultur, der christlichen Humanität." Dieses christliche Erbe sei das stärkste Bollwerk gegen die Herausforderung des atheistischen Kommunismus – wie dies auch die sechzigjährige Erfahrung in der UdSSR beweise.

Der Rahmen für den Europatag 1983 ist imperial. Die Erzabtei Ottobeuren steht als steinernes Zeugnis für das Abendland. Da ist der Kaiser-Saal. Und auch die Deckengemälde des italienischen Meisters Amigoni: Das Krippenbild mit dem weißen Ochsen, den Hirtinnen und Hirten, die jenseitige Sündenfallszene, die Austreibung aus dem Paradies, die Sintflut und das Opfer Noahs, all jene Urgeschichten der Menschheit, in denen sich ihr flüchtiges Glück, ihr Trotz, ihr Elend und die Gnade des Himmels darstellen.

Stimpfle ist seit zwei Jahrzehnten Bischof von Augsburg als 77. Oberhirte des größten und ältesten Bistums in Bayern. Der 67jährige leitet das Sekretariat für die Nichtglaubenden und Nichtchristen in der Bundesrepublik. Er ist Präses des kirchlichen Hilfswerks „Misereor". Weil er Europa nicht eingeengt geographisch verstanden wissen will, setzte er sich auch für die bedrängten Christen in Libanon ein. Er flog nach Uganda, als dort Mord und Willkür der Alltag waren. Aber Israel fühlt er sich besonders verbunden. Freundschaftliche Beziehungen unterhielt er zu Papst *Johannes Paul II., als dieser noch* Erzbischof von Krakau war.

Bischof Stimpfle ist auf der Suche nach der unverändert vorhandenen „christlichen Seele" Europas. Ottobeurens Europatag soll die Ursachen für die gegenwärtige Krise Europas aufdecken helfen. So sagt der geschichtsbewußte Bischof: „Die Völker Europas sind sich nicht mehr der geschichtlich gewachsenen Grundlagen ihres Daseins bewußt und setzen dieses Erbe leichtfertig aufs Spiel."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Lübecker Nachrichten

Hier heißt es zu der von der Bundesregierung angestrebten Lohnpause für die Beamten:

Das Kabinett Helmut Kohl ist die erste Bundesregierung, die es wagt, den hierzulande als nahezu unantastbar geltenden Beamtenstand zu einem Sonderopfer heranzuziehen ... Mit dem von DGB und vom Beamtenbund angedrohten massiven Protestaktionen mußte die Bundesregierung von vornherein rechnen. Die Drohung des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gustav Fehrenbach, daß mit den angekündigten Sparmaß*nahmen die Funktionsfähigkeit* des Beamtenapparates in Frage gestellt werde, geht freilich schon einen Schritt zu weit. Nach geltendem Recht hat der Beamte, weil er unkündbar ist, eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat. Finanzminister Stoltenberg be*weist mit seinen drastischen Ein*sparungsvorschlägen großen Mut. Doch Mut allein muß nicht unbedingt auch gute Politik sein.

Basler Zeitung

Das Blatt schreibt von einer „Schicksalsstunde für Libanon":

Mit der Unterzeichnung des unter amerikanischer Vermittlung ausgehandelten israelisch-libanesischen Abkommens ist die Schicksalsstunde Libanons gekommen: Aus dem jahrelangen Bürgerkrieg und dem nun schon über elf Monate anhaltenden Libanon-Krieg kann ein erneuertes, souveränes und von fremden Truppen befreites Libanon einem Phönix aus der Asche gleich aufsteigen. Deshalb ist dies die Stunde der Hoffnung nicht nur für die Libanesen. Oder aber es kommt zum Krieg, vor dem Syrien und die Sowjetunion in den letzten Wochen so eindringlich warnten und ihn gleichzeitig mit jeder Warnung und jeder Truppenverschiebung näherbrachten. Libanon wird einen solchen Waffengang, zumal auf seinem Territorium, *als Staatswesen nicht* überleben. Deshalb ist dies auch die Stunde der Angst, der echten Existenzangst.

DARMSTÄDTER ECHO

Die Zeitung merkt zum Gehaltsopfer der Beamten an:

Utopisch ist sicher die Vorstellung der Regierung, daß sie auch Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes, deren Tarife mit den Gewerkschaften frei ausgehandelt werden, eine Lohnerhö*hungspause empfehlen* kann. Wenn das nicht geht, klaffen künftig die Anpassungen für Beamte und andere öffentliche Bedienstete erheblich auseinander. Man darf gespannt sein, wie das Ringen um dieses Problem ausgeht.

Eine Chance für Nahost, aber noch ist sie klein

Damaskus muß begreifen, daß der Westen Libanon nicht wieder im Stich lassen wird / Von Peter M. Ranke

*Als er in Beirut aus dem Hub*schrauber stieg, stöhnte der libanesische Außenminister Elie Salem: „Gott rette Libanon." Er war gerade aus Damaskus zurückgekehrt und dort mit der brutalen Drohung des syrischen Assad-Regimes konfrontiert worden, einen *neuen Bürgerkrieg in Libanon* entfachen zu wollen. Inzwischen hat Damaskus schon die libanesische Opposition mobilisiert und angekündigt, den libanesisch-israelischen Abzugsvertrag mit allen Mitteln hintertreiben zu wollen. Das heißt: Die syrischen Truppen bleiben in Libanon, Beirut liegt in ihrem Schußbereich.

Trotz dieses unerhörten Drucks des syrischen Nachbarn, dem angeblich die Unabhängigkeit Libanons so sehr am arabischen Herzen liegt, hat das libanesische Parlament fast einmütig dem Abkommen mit Israel zugestimmt. Es wurde gestern feierlich unterzeichnet. Nach Ägypten hat ein zweites Mitgliedsland der „Arabischen Liga", wenn auch nicht ein rein arabischer Staat, damit zu Protokoll gegeben, daß man sich mit Israel friedlich einigen kann, daß die beiden Länder in Frieden miteinander leben wollen und daß Israel seine Truppen zurückzieht.

Das Abkommen ist kein Friedensvertrag. *Doch mehr als der* vereinbarte Truppenabzug mit seinen weiterführenden Sicherheits- und Friedensklauseln war wohl nicht zu erreichen, da die amerikanischen Vermittler ständig auf Rücksichtnahme gegenüber anderen arabischen Staaten drängten. *Von Syrien wird diese Rücksicht*nahme nicht honoriert. Damaskus besteht darauf, daß Libanon zum syrischen Vorfeld gehört und daß Israel bedingungslos und ohne politische Gewinne Südlibanon räumen muß.

Daß die eine Vertragsklausel *auch Syrien Sicherheit gewährt,* indem sie Libanon als Aufmarschgebiet oder Basis gegen dritte Länder ausschließt, bleibt in Damaskus ohne Betracht. Das Abkommen über den Truppenabzug droht also, ein Stück Papier zu bleiben, denn natürlich werden die Israelis erst Südlibanon räumen, wenn auch Syrer und Palästinenser zum Abzug bereit sind. Das war die politische Geschäftsgrundlage von Anfang an.

In Wirklichkeit geht es den Syrern und den hinter ihnen stehenden Sowjets doch darum, daß keinerlei friedensähnliche Abmachungen mit Israel getroffen werden dürfen, solange nicht ein PLO-Staat und die bedingungslose Räu*mung aller 1967 von Israel besetz*ten Gebiete gewährleistet sind. Also totale Blockade aller gemäßigten, kompromißbereiten Friedensbemühungen Amerikas und seiner Freunde. Schon den Reagan-Plan hat Syrien durch seine hörigen PLO-Fraktionen blockiert, jetzt durchkreuzt es auch das von Amerika zustandegebrachte Abzugsabkommen der Libanesen und Israelis.

Wie hat Damaskus diese Schlüsselrolle erringen und die amerikanische Nahost-Politik wenigstens teilweise lahmlegen können? Durch den Rückhalt, vor allem, des Assad-Regimes in Moskau; es hat die Syrer wieder aufgerüstet. Zum zweiten aber durch die neue Politik Andropows, den Amerikanern in Nahost wie in der Karibik massiv entgegenzutreten und sie so in der Welt- und Rüstungspolitik zum *Nachgeben zu zwingen. Leider* wurden die Sowjets in dieser globalen Strategie von der US-Politik noch bestärkt. So hofft Washington wohl noch heute, die Syrer würden irgendwie und irgendwann aus Libanon abziehen, so wie sie im letzten August mit ihren *Truppen* ja auch West-Beirut räumten. Oder sollen die Saudis wieder Milliarden an Assad zahlen? Daß die syrische 85. Brigade *von den Israelis aus Beirut* aber hinausgekämpft wurde und nicht allein der Verhandlungskünste Habibs wegen abzog, scheint vergessen worden zu sein.

Zum anderen müssen Damaskus und Moskau auch durch die amerikanische Haltung gegenüber Israel zu Starrheit und Ablehnung ermutigt worden sein. Während sich die Sowjets fest hinter Syrien als Verbündeten stellten und damit Eindruck in der arabischen Welt machen konnten, übte Washington allerlei Pressionsmanöver auf Israel aus – bis hin zur Liefersperre für *wichtige Kampfflugzeuge;* oder es lamentierte laut über Begin und Scharon. So konnte der Eindruck entstehen, Amerika stehe nicht mehr hinter seinem wichtigsten Nahost-Verbündeten. Der Eindruck ist falsch, aber er erhöhte bei Syrern und Sowjets die Bereitschaft zur Konfrontation.

Noch im vorigen Juni hätten die israelischen Truppen wenigstens in Ostlibanon die Syrer zum Abzug zwingen können, ohne großen Krieg. Doch das wütende Stopsignal aus Washington gebot damals den Israelis Halt. Heute werden die Syrer Libanon *nicht mehr ohne* die Gefahr eines großen Krieges aufgeben, und die Israelis werden nicht mehr für die Freiheit Libanons von syrischer oder PLO-Besetzung ins Feld ziehen. Aber wenigstens haben sie in ihrem Libanon-Feldzug erreicht, daß das libanesische Parlament, daß die Regierung in Beirut frei über das Truppenabzugs-Abkommen verhandeln und entscheiden konnten. Doch dabei darf *es nicht* bleiben.

Fast sieben Jahre lang hatte der Westen den Syrern Libanon als Exerzierfeld ihrer Politik, als Beute überlassen. Dann zersprengten die Israelis den PLO-Staat auf libanesischem Boden und in Beirut, die syrische Besatzung blieb. Das libanesisch-israelische Abkommen soll aber nun auch bekräftigen, daß das Land bald seine volle Freiheit und Souveränität zurückgewinnt. Auch gegen den Willen der Syrer, die übrigens 1975 selbst im Truppen-Entflechtungsabkommen für den Golan eine Abmachung mit Israel und eine Einschränkung ihrer Souveränität hinnahmen. Amerika hat damals und auch gestern bei den Abkommen von Khalde und Kiryat Schmoneh Pate gestanden, westliche Truppen wachen in Beirut. Daraus erwächst die Verpflichtung für alle westlichen Länder, Libanon als einem der ihren zu helfen und nicht wieder im Stich zu lassen. Wenn Damaskus das begreift, wird es einlenken.



Der Schweden Lust an der Last des Paradieses

Von A. SCHÜTZSACK

Zu den am meisten benutzten Vokabeln von Herrn Svensson, dem Durchschnitts-Schweden, zählt das Wort „Jättegott", das etwa mit „unheimlich gut" oder „große Klasse" zu übersetzen wäre. Als „Jättegott" bezeichnet ein Gast in einem Stockholmer Hotel das gezapfte schwedische Exportbier, das ihm je 0,3 Liter für den stolzen Preis von 23,50 Schwedenkronen (etwa acht Mark) serviert wird.

„Große Klasse" ist für einen weltläufigen Schweden auch eine auf Initiative der eigenen Kirche zustande gekommene Konferenz der lutherischen Weltkirche in der alten Bischofsstadt Uppsala über „Leben und Frieden"; eine Konferenz, mit der jedenfalls ein Teil der schwedischen Veranstalter die Hoffnung verknüpfte, daß sie die Ächtung der Produktion und des Besitzes von Atomwaffen zur christlichen Bekenntnisfrage machen werde.

„Jättegott" scheint für den Durchschnitts-Schweden, der mit der kurzen Unterbrechung von sechs Jahren nunmehr seit etwa einem halben Jahrhundert von Sozialdemokraten regiert wird, eine Vokabel zu sein, die nicht allein als Höflichkeitsfloskel, sondern auch als Verdrängungssyndrom in dem abgestandenen Paradies des schwedischen Wohlfahrtsstaates wertvolle Dienste leistet.

Fast zur gleichen Zeit, als der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung die großen Worte sprach, daß man mit der Verwirklichung der Demokratie in der Bundesrepublik jetzt erst richtig anfange, kündigt der schwedische Regierungschef Olof Palme den Aufbruch seines Landes zu neuen Ufern einer sozialistischen Wohlstandsgesellschaft an.

Seither sind rund anderthalb Jahrzehnte ins Land gegangen. Wer als unmittelbarer kritischer Beobachter die Reformeuphorie in den Anfangsjahren der Regierung Palme miterlebt hat und jetzt bei der Wiederbegegnung mit Schweden das Ergebnis des „Aufbruchs zu neuen Ufern" vor Augen hat, entdeckt Ungereimtes, Widersprüchliches, Altvertrautes.

Zum Altvertrauten zählt die Brandrede eines schwedischen Ehepaars im Stockholmer Restaurant „Brända Tomten" gegen die drückende Steuerlast, gegen die wachsende Begehrlichkeit des Staates, die den Versuch der Steuerhinterziehung geradezu herausfordere. Das Handwerker-Ehepaar weiß, wovon es spricht. Schwarzarbeit gehört in Schweden zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen. Seit dem Scheitern der bürgerlichen Regierung und der erneuten Machtübernahme Palmes bemüht sich die allgegenwärtige schwedische Steuerbehörde in verstärktem Maße darum, die noch verbliebenen Schlupflöcher der Steuerhinterziehung zu stopfen.

Selbst Schlafzimmergeheimnisse scheinen für das schwedische Reichssteueramt kein Tabu mehr zu sein. In großer Aufmachung berichtete die Stockholmer Boulevardpresse vor kurzem, daß Hunderte von verheirateten Frauen von der Steuerbehörde aufgefordert worden seien, Angaben darüber zu machen, ob sie an bestimmten Tagen die Nacht im ehelichen Schlafzimmer oder woanders verbracht hätten. Ob diese Berichte nun im einzelnen zutreffen oder nicht – sie werfen in jedem Fall ein Schlaglicht darauf, was viele Bürger ihrem Staat an Überwachungspraktiken alles zutrauen.

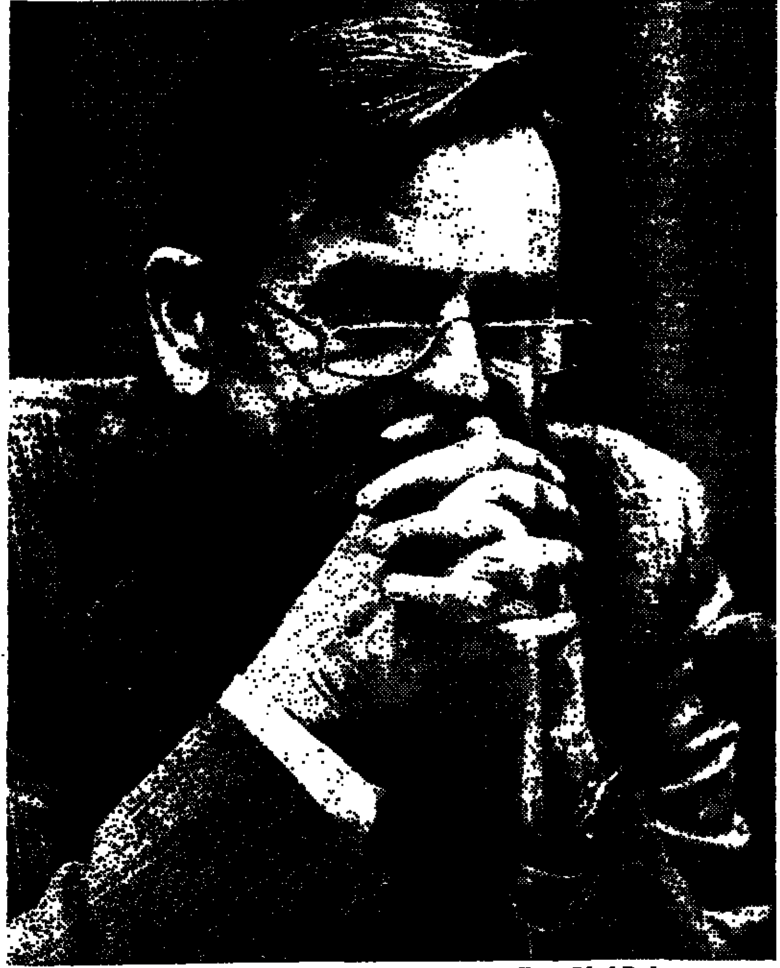
Roland Huntford, ein scharfsinniger britischer Beobachter der politischen Szene Schwedens in den Jahren der Reformeuphorie, der seine Eindrücke in einem Buch mit dem provozierenden Titel „The New Totalitarians" zusammenfaßte, dürfte sich in seinem Urteil über das „schwedische Modell" bestätigt fühlen. Die „Arroganz der Macht" wird zwar unablässig von der schwedischen Presse angeprangert, ohne daß dies freilich zu einer Korrektur führt.

Bei einer Fahrt vom Hotel zum Stockholmer Bahnhof wird der Taxifahrer plötzlich von einer Polizistin gestoppt. Der Grund: Ein Demonstrationszug ist im Anmarsch. Weit hinten, am anderen Ende eines Parks, der auf die gesperrte Straße stößt, entdeckt man die Spitze der jugendlichen Demonstranten. Die Bitte des Taxifahrers, man möge ihn passieren lassen, da sein Fahrgast sonst nicht mehr den Zug nach Uppsala erreichen werde und der Demonstrationszug ja ohnehin erst in etwa zehn Minuten zu erwarten sei, bleibt ohne Resonanz. Nach einer Weile vergeblichen Wartens auf Durchlaß reißt dem Fahrer schließlich der Geduldsfaden. In einem großen Bogen macht er um die verdutzte Ordnungshüterin herum eine Kehrtwendung und fährt auf Umwegen zum Bahnhof. Eine Szene, die über das heutige Schweden manches aussagt.

Und dennoch: Nach dem kläglichen Scheitern der bürgerlichen Koalitionsregierung hat sich bei vielen Schweden offenbar das Gefühl festgesetzt, daß sozialdemokratische Regierungsmacht für längere Zeit etwas Unabänderliches sei. Für den Streit der bürgerlichen Parteien untereinander, der schließlich zum Bruch der Koalition und zum Sieg Palmes bei den Reichstagswahlen des vergangenen Herbstes führte, zeigt der Mann auf der Straße keinerlei Verständnis. Daß die Sympathie für die Liberalen und die Zentrumspartei Thorbjörn Fälldins einen Tiefpunkt erreicht hat, läßt sich an den regelmäßigen Umfragen über die Einstellung der Bürger zu den Parteien ablesen.

Die Konservativen – das zeigen auch die Umfragen – scheinen auf längere Sicht die einzige überzeugende Alternative zum sozialistischen Gesellschaftsmodell Olof Palmes zu sein. Heute wären schon fast 30 Prozent der schwedischen Wähler bereit, den Konservativen ihre Stimmen zu geben. „Die Bürgerlichen haben ihre Chance verpaßt", erklärt uns ein schwedischer Arzt beim Frühstück im Hotel. Nachdenklich fügte er dann nach einer Weile hinzu: „Wahrscheinlich hat es eine echte Chance auch gar nicht gegeben."

Der Ausspruch des ehemaligen Generaldirektors des schwedischen Arbeitsmarktes, Berthil Ohlsson, daß es zwar kein Himmelreich auf Erden gebe, daß Schweden aber diesem Zustand am nächsten komme, hat für den durchweg nationalbewußten Schweden, trotz der immer deutlicher werdenden Bürde des Sozialstaates, nichts von seiner Faszination eingebüßt. Der von Olof Palme und den Sozialdemokraten genährte Mythos, daß die sozialistische Gesellschaft schwedischer Prägung gleichbedeutend sei mit der wahren Herrschaft des Volkes, scheint noch weithin ungebrochen zu sein. Daß Schweden in Wirklichkeit zunehmend von einer Kaste von Bürokraten und Technokraten regiert wird, die den Bürger die Arroganz der Macht spüren läßt, scheint vielfach nicht gesehen oder aber verdrängt zu werden.



Der Architekt des „schwedischen Modells": Olof Palme
FOTO: WOLFGANG MORELL

Die hochgelobte sozialistische Wohlstandsgesellschaft Schwedens, die in den siebziger Jahren als Modell für andere Staaten angepriesen wurde, dürfte für den Kontinentaleuropäer kaum attraktiv sein. Als First-class-Hotel klassifiziert sich ein Stockholmer Hotel, das nach mitteleuropäischen Maßstäben, wenn man vom Preis von 605 Schwedenkronen für eine Übernachtung (rund 200 Mark) einmal absieht, einem Hotel der oberen Mittelklasse zuzurechnen wäre.

Bei einem Gang durch das Stockholmer Geschäftsviertel im Zentrum der Stadt fällt auf, daß exklusive Läden mit Auslagen der Pariser Haute Couture die Preise nicht angeben. Das gleiche gilt für erstklassige und daher teure Herrenausstattungs-Boutiquen. Ob hier wohl die Überlegung Pate gestanden hat, daß in einem Land, das sich als Speerspitze des sozialen Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit empfindet, die Preise für die ausgelegte Ware von Herrn Svensson mit einem normalen Einkommen als Provokation empfunden würden? Wer heute Schweden besucht, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Experiment einer sozialistischen Gesellschaft unter westlichen Vorzeichen, an dem ja auch die bürgerliche Regierung nicht gerüttelt hat, dem Lande keineswegs mehr Wohlstand, sondern vor allem Nivellierung gebracht hat.

Daß diese Nivellierung auf dem Rücken der Bürger ausgetragen wird, zeigt folgendes Beispiel: Ein Bahnreisender, der an einem Wochenende in Uppsala eine Stunde oder etwas länger auf einen Zuganschluß warten muß, ist darauf angewiesen, sich entweder in dem Raum der Gepäckaufbewahrung, in der Bahnhofsvorhalle oder auf der Straße aufzuhalten. In dem Bahnhof der Stadt, die immerhin mit ihren Außenbezirken 150 000 Einwohner zählt, gibt es kein Restaurant. Das Café auf dem Bahnhofsvorplatz ist geschlossen. Die Gaststätten in der Umgebung des Bahnhofs sind es ebenfalls. Doch Worte des Unmuts sind von den Reisenden nirgends zu vernehmen.

Vielleicht liegt es an der Mentalität der Schweden, die sich nach Auffassung von Roland Huntford dadurch auszeichnet, daß man einen Horror vor Kontroversen und Auseinandersetzungen hat. Eine solche Haltung gelte als unfreundlich, ineffizient und letzten Endes auch als unmoralisch.

Der staatlichen Bürokratie, die an den Schalthebeln der Macht sitzt, wird durch eine solche Haltung das Regieren beträchtlich erleichtert. Die angebliche Herrschaft des Volkes wird deshalb auch in zunehmendem Maße von einem kleinen Kreis Auserwählter ausgeübt. Ein typisches Beispiel dafür sind die Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverband.

Das berühmte Saltsjöbaden-Abkommen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern aus dem Jahre 1938, das eine lange Periode fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern einleitete und über viele Jahre hinweg den Arbeitsfrieden in Schweden sicherte, ist schon längst durchlöchert. Bei den Lohnverhandlungen werden zwar vordergründig die Abschlüsse zwischen den Tarifparteien ausgehandelt. Die Wirklichkeit sieht nach Darstellung aus den Reihen der schwedischen Arbeitgeber aber anders aus: Bevor die Gewerkschaften sich mit den Arbeitgebern an einen Tisch setzen, ist in enger Absprache mit der Regierung bereits im wesentlichen die Entscheidung über die Lohnfestsetzung für die nächste Tarifperiode getroffen worden. Der Unmut bei schwedischen Unternehmern über diesen Zustand hat sich vor kurzem in der Forderung Luft gemacht, die Arbeitgeber sollten sich nicht mehr dazu hergeben, beim Abschluß von Tarifverträgen als Feigenblatt für eine Tarifautonomie zu dienen, die es in Wirklichkeit gar nicht gebe.

Doch in dem Land, wo das Althergebrachte neben den Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten einer nivellierten Gesellschaft besteht, scheint es eine wachsende Tendenz zum Rückzug ins Private, in eine überschaubare Welt zu geben, in der das Individuum noch seinen festen Platz hat. In wenigen Wochen feiern die Schweden „Midsommarafton", das Fest zum Sommeranfang, an dem sie dem abgestandenen Paradies des „schwedischen Modells" entfliehen und in ihren kleinen Sommerhäuschen auf dem Lande dem verlorenen Paradies der „guten alten Zeit" in romantischer Verklärung nachträumen.

Auch in Cannes ist die Zeit des Glamours vorbei

Von M. v. SCHWARZKOPF

Der alte Claude ist in Cannes längst eine Institution. Seit mehr als dreißig Jahren verdient er sich während der Filmfestspiele sein täglich Brot als Türhüter des Palais des Festivals. Er hat Jean Marais die Tür aufgehalten, Sophia Loren zu ihrem Sitzplatz begleitet, Alain Delon den Mantel getragen und Gina Lollobrigida ein Taxi gerufen. Doch das sei alles Teil einer glorreichen Vergangenheit, bedauert er und fügt hinzu: „Diese schönen Zeiten sind vorbei. Heute rennt und rast hier jeder nur umher, die Schauspieler werden wie Vieh in die Gala-Vorstellung gedrängt, und der alte Glanz ist hin." Zudem bedauert Claude wie fast jeder hier, daß das Festival nicht mehr im alten Palast, sondern in dem neuen „Monster" am Hafen stattfindet, dem „Bunker", wie die Bewohner von Cannes den lachsfarbenen Koloß getauft haben.

„Könnten Sie nicht eine Petition aufstellen, damit wir wieder zurück in unser altes Gebäude können?", fragt er eine Gruppe von Journalisten hoffnungsvoll. Aber dafür ist es wohl zu spät. Für Claude aber bedeutet der endgültige Abschied von seinem alten Haus ein Zeichen mehr, daß der Glamour früherer Kino-Zeiten endgültig vorüber ist.

Dabei gehört Cannes trotz all seiner Makel noch immer zu den glanzvollsten Ereignissen der Filmwelt. Inzwischen gibt es rund 200 Festivals rund um die Erde. Fast jedes Genre besitzt sein eigenes Festival – vom Science-fiction bis zum Gruselfilm, vom Detektivfilm bis zum romantischen Drama. Aber nur Cannes, Berlin, Montreal und Moskau, das alle zwei Jahre ein Festival im Wechsel mit Karlsbad veranstaltet, Venedig und neuerdings Manila gelten als bedeutsame Filmfestspiele. Alle anderen Festivals seien, so sagt ein Regisseur, nur dazu da, den Tourismus in der jeweiligen Region anzukurbeln, bzw. den Direktorenkollegen die Chance zu geben, auch mal Mitglied einer internationalen Jury zu sein.

Doch obwohl nach Cannes noch immer beachtlich viele Stars und Starlets pilgern, um dort ins gleißende Licht der Kameras zu lächeln und Reportern mehr oder minder clevere Antworten auf meist recht unintelligente Fragen zu geben, hat der alte Claude nicht ganz unrecht. Der alte Festival-Glanz erstrahlt längst nicht mehr so hell wie vor einigen Jahren, als das abendliche Defilee von Jaguars und Rolls-Royces, in denen die pelz- und schmuckbehängten Diven saßen, die Croisette zu verstopfen drohte.

Zwar ging es schon immer bei den Festivals auch um das große Filmgeschäft, wurde hinter den Kulissen um Filme gefeilscht und eifrig die Werbetrommel gerührt. Heute aber scheint sich fast alles nur noch ums Geschäft zu drehen, scheint nur noch gefeilscht und gehandelt zu werden. Die Schauspieler wirken mehr und mehr wie hübsches Beiwerk, wie „Futter für die Journalisten". Ganz kann man auf ihren Auftritt nicht verzichten, aber auch wenn Nastassja Kinski nicht nach Cannes kommt oder Robert Redford im letzten Augenblick vor dem Abflug aus New York Halsschmerzen bekommen sollte, bedeutet das fürs Geschäft keine Katastrophe. Nur die Journalisten und Fotografen fühlen sich einmal wieder um ihre Beute betrogen.

Robert van Ackeren, einstmals „Enfant terrible" des jungen deutschen Films, sagt vor der Premiere seines neuen Melodramas „Die flambierte Frau" im Rahmen der „Zwei Wochen der Regisseure" im alten Filmpalast von Cannes: „Das eigentliche Festival, das dem Kino und den kreativen Kräften dieses Mediums gewidmet ist, findet hier in dieser Umgebung, in diesem Nebenprogramm statt. Was da drüben im neuen Palast geschieht, dieser sogenannte Wettbewerb mit seinen vielen Glanzpapierfilmen, das ist doch nur ein Stückchen jenes großen Marktes, auf dem Filme gehandelt werden wie Fleisch oder Äpfel."

Der Beifall der Kritiker nach dieser kurzen Rede war kräftig. Denn van Ackeren hatte mit seinen Anmerkungen einen wunden Punkt berührt, über den in Cannes in diesem Jahr viel diskutiert wird. Wo der Film immer mehr zur Ware wird, da fühlen sich die Kritiker allmählich überflüssig. Wo selbst der fürchterlichste Unsinn noch für gute Dollar an den Mann gebracht wird, um zumindest den rapide wachsenden Video-Markt zu füttern, da hat der Filmkritiker im Grunde nichts mehr zu melden. „Was soll ich noch bei einem Filmfestival, wenn die meisten Streifen des Wettbewerbs schon vor ihrer Premiere vermarktet worden sind und es eigentlich völlig egal ist, wie die Presse den Film einschätzt. Dann sollen doch die Festivals unter Ausschluß der Öffentlichkeit bzw. der Medien stattfinden und zu reinen Film-Messen werden", beklagte sich ein englischer Filmkritiker. Ärgernis erregte in Cannes in diesem Jahr auch die Tatsache, daß im Widerspruch zu den Regeln der FIAP, der Organisation, die sich um die Festivals bemüht, einige Filme im Wettbewerb liefen, die schon außerhalb ihrer Ursprungsländer in anderen Ländern Premiere hatten.

Was Wunder also, wenn in diesem Jahr die Frage nach dem Sinn großer Festivals zu einem Tagesgespräch wurde. Warum noch diese Jahrmärkte der Eitelkeit, warum konzentriert sich die Filmwirtschaft nicht schlicht auf zwei bis drei große Film-Märkte im Jahr und läßt die Festivals sausen? So findet jedes Jahr Ende Oktober in Mailand die sogenannte „Nised" statt, der größte Film-Markt der Welt. Drei Tage lang werden hier, weitgehend ohne Pressepräsenz, die neuesten Produktionen aus allen Ländern auf Video vorgeführt. Warum also finden nicht zwei oder drei solcher Messen statt anstelle von zahlreichen großen Festivals, die die Organisatoren oft vor große finanzielle Probleme stellen?

Anne-Marie Dupuy, seit März konservative Bürgermeisterin von Cannes, sieht die Bedeutung eines Festivals wie Cannes vor allem in der touristischen Anziehungskraft, und darauf möchte sie natürlich nicht verzichten. „Das Festival wirkt bis zum Ende unserer Saison nach", sagt sie. „Viele Leute kommen noch im Spätsommer hierher, um einmal dort gesessen zu haben, wo Alain Delon oder Pierre Richard ihren Pernod getrunken haben. Außerdem braucht das Kino ein Echo in den Medien. Das verlangen alleine schon die Leser, die ja informiert werden wollen."

Für Yoram Golan, einem der besten Regisseure Israels, ist ein Filmfest wie Cannes die „beste Chance, wirkliche Filmfreunde zu treffen und zu erfahren, was eigentlich gefällt und was nicht. Auf einer Film-Messe wäre das nicht möglich, weil wirklich da nur die Händler auftauchen."

Der große indische Regisseur Mrinal Sen meint: „Auf einem rein auf Dollar konzentrierten Film-Markt hätten Filme wie meine und die meiner Kollegen aus der Dritten Welt überhaupt keine Chance, Beachtung zu finden. Sie würden untergehen, weil sie zu wenig auf pure Action und Kommerz ausgerichtet sind."

Auch wenn das Festival von Cannes gerade in diesem Jahr, da das Wetter sich von seiner launischen Seite zeigte, gelegentlich wie eine Frau wirkt, die vom Ruhm ihrer Jugend zehrt und ihre Runzeln nur mühsam mit Schminke überdekken kann, wird die Filmwelt wohl auch in Zukunft nicht auf dieses Ereignis verzichten wollen und können. So wird der alte Claude auch im nächsten Jahr weiter seines Amtes walten und wie Zerberus an den Glastüren des neuen Filmpalastes darüber wachen, daß nur Befugte Einlaß in die heiligen Hallen finden. Auch wenn in seinen Augen der Glanz dahin ist und er sehnsüchtig an jenes Festival zurückdenkt, als Brigitte Bardot vor seinen Augen wie das Aschenbrödel ihren Schuh auf der Treppe verlor. Damals hob Claude den Schuh auf und streifte ihn der BB wieder über den Fuß. Für ihn, den Bauernsohn aus Grasse, war dies einer der Höhepunkte seines 60jährigen Lebens.



Stars wie Brigitte Bardot prägten in den sechziger Jahren den Glanz der Filmfestspiele.
FOTO: RUDI HERZOG

Sohn Burkerts fordert neue Untersuchung

F. D. Berlin

Die Familie des am 10. April dieses Jahres am Grenzkontrollpunkt Drewitz verstorbenen Rudolf Burkert strebt eine weitere Untersuchung über die Todesumstände des Transitreisenden an. Wie der Sohn des bei einem Verhör durch „DDR"-Grenzbeamte Verstorbenen gestern auf einer Pressekonferenz der „Arbeitsgemeinschaft 13. August" in Berlin bekanntgab, betrachte er „den Fall als noch nicht abgeschlossen" und wolle über einen Rechtsanwalt Staatsanwaltschaft und Bundesregierung zwingen, „noch offene Fragen aufzuklären".

Auffällig sei vor allem, so Klaus-Dieter Burkert, daß der Raum, in dem sein Vater verhört wurde und starb, vor der Untersuchung durch den Hamburger Gerichtsmediziner Professor Werner Janssen „offensichtlich verändert wurde". Dies habe der Begleiter seines Vaters anhand der von Janssen angefertigten Fotos festgestellt. Zudem gebe es, so Burkert, in der „DDR" Vorschriften, daß Vernehmungen in geschlossenen Räumen in einer Entfernung von drei Metern zu Fenster und Tür und mit zwei Metern Wandabstand erfolgen müßten. Dies sei aber mit der von den „DDR"-Behörden gegebenen Version, Rudolf Burkert sei gegen einen Heizkörper gefallen, „nicht in Einklang zu bringen". Der Sohn des Verstorbenen bemängelte ebenfalls, die zuständige Staatsanwaltschaft in Verden habe „niemanden gehört, der an dem Verhör beteiligt war".

Schwere Vorwürfe gegen die „DDR"-Behörden erhob die Ehefrau des am 2. Januar dieses Jahres am Grenzkontrollpunkt Marienborn verstorbenen Bundesbürgers Günter Zöllner, der einen Herzinfarkt erlitten hatte. Sie bemängelte vor allem, daß erst „nach Stunden" ein Arzt eingetroffen sei. Die Überführung des Toten von Marienborn nach Helmstedt (20 Kilometer) habe ihr die „DDR" später mit 1800 D-Mark berechnet, zudem habe sie bis heute nicht den Reisepaß und die Kleidung ihres Mannes erhalten.

Verletzungen der Menschenrechte

dpa, Straßburg

Die Mehrheit des Europäischen Parlaments hat sich in Straßburg für eine wirksamere gemeinsame Menschenrechtspolitik der Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen. Das Recht auf Leben, auf körperliche und seelische Unversehrtheit und auf eine unabhängige Rechtssprechung wurden von den Abgeordneten als die drei Grundprinzipien anerkannt, die von allen Regimen in dieser Welt akzeptiert werden müßten. Der Politische Ausschuß des Parlaments hatte für die Grundsatzdebatte einen rund 300 Seiten langen Bericht zusammengestellt, in dem die Verstöße gegen die Menschenrechte in der ganzen Welt aufgezeichnet werden. Sie reichen von schwerwiegenden Grundrechtsverletzungen in Afrika über die Folterungen und Morde in Mittel- und Südamerika bis zu den Menschenrechtsverstößen in den Staaten des Warschauer Paktes.

„DDR"-Städte antworten nicht

dpa, Gladbeck

Die Ruhrgebietsstadt Gladbeck hat aus der „DDR" kein Echo auf ihren Vorschlag gefunden, auch dort Städte zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären. Der Oberbürgermeister von Gladbeck, Wolfgang Röcken (SPD), hatte Anfang April an 13 mitteldeutsche Städte mit 80 000 bis 100 000 Einwohnern geschrieben und angekündigt, der Rat der Stadt Gladbeck wolle das Stadtgebiet zur atomwaffenfreien Zone erklären. Man solle doch diesem Beispiel folgen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Fische, die Werften, der Stahl und die EG

Von W. WESSENDORF

Bremens Probleme gleichen einem Perpetuum mobile. Die Spirale Wirtschaft, Politik, Handlungsunfähigkeit ist ununterbrochen in Bewegung. Anfang und Ende sind nirgendwo greifbar. Denn die wirtschaftliche Zukunft Bremens und seiner kleinen Region ist eng mit dem Schicksal der Europäischen Gemeinschaft verknüpft. Und damit hängt die Industrie des kleinsten Bundeslandes an einem seidenen Faden.

Den arbeitnehmerintensiven Schwerpunkten Hochseefischerei samt verarbeitender Industrie, Werften und Stahlbranche droht der Kollaps. Das geht seit Jahren so. Doch die zu Hilfe gerufene,



Landesbericht Bremen

kapriziöse Europa zeigt dem hanseatischen Freier die kalte Schulter.

Den Hochseefischern, vom sechsjährigen Quotenangeln ausgelaugt, schwimmt neue Unbill in die Netze. Grönland, unter dem Schutz Dänemarks, will sich von der EG lösen. Der einzige Abgeordnete der grünen Insel im Europäischen Parlament, Finn Lynge, zur WELT: „Es ist lebenswichtig für uns, daß das Bestimmmungsrecht über unseren Fisch Brüssel abgenommen und uns selber übertragen wird."

Die Grönländer möchten sich künftig auf die UN-Seerechtskonvention stützen, statt den EG-Bestimmungen zu folgen. Lynge: „Wir wollen eine angemessene finanzielle Kompensierung für den Fischwert erzielen." Dabei geht es um nicht weniger als 200 Millionen Mark pro Jahr.

Dieser erste Auszug aus der EG kann für die Hochseefischer in Bremerhaven und Cuxhaven verhängnisvolle Folgen haben. Gerade sind ihnen jeweils 10 000 Tonnen Kabeljau und Rotbarsch, zu fischen unter West- und Ostgrönland, zugeteilt worden. Der Direktor der Hanseatischen Hochseefischerei in Bremerhaven, Dieter Koch, kontert: „Wir fischen weiter, da lassen wir nicht mit uns handeln." Wenn der Austritt Grönlands aus der Gemeinschaft auch nicht leicht vollziehbar ist – der Ministerrat muß das Problem noch behandeln – die Probleme sind für Bremen existent.

Unterdessen hat auch Kanada die EG und die Küstenregion unter Druck gesetzt. Hält Brüssel an dem Fellimport-Verbot zum Schutz der Robbenjungen fest, sollen die Fischfangrechte vor den Küsten Labradors und Neufundlands von 16 000 auf 10 600 Tonnen verringert werden. Bis zum 1. Oktober will die EG das Importverbot beschließen. Massive Forderungen aus der Bevölkerung des 270 Millionen Bürger zählenden Europa-Verbundes werden laut: Allein zwei Millionen Europäer haben sich schriftlich zum Robbenschlachten geäußert, protestiert.

Aber nicht nur die Fischindustrie, auch Werften und Stahlindustrie leiden in Bremen stark. „Deshalb brauchen wir dringend finanzielle Hilfe", fordern die beiden bremischen Vertreter in Straßburg, Ernst Müller-Hermann (CDU) und Thomas von der Vring (SPD). Sie ziehen dabei meist – trotz unterschiedlicher Couleur – an einem Strang. Die Sozial- und Regionalfonds der Gemeinschaft sollen helfen. Und Schützenhilfe erhalten die Bremer inzwischen von Martin Bangemann, dem Chef der Liberalen und Demokratischen Fraktionen des Europäischen Parlaments. Bangemann setzt sich als Baden-Württemberger für das kleinste und ärmste Bundesland ein.

„Die Wege an den EG-Geldtopf führen über Bonn", unterstreichen alle drei Politiker. Bremen müsse erst national als Fördergebiet im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" anerkannt werden. Dann ließe sich im Rahmen der Neuordnung und Aufstockung der Fonds etwas herausholen. Müller-Hermann schätzt, daß zunächst einmal 25 Millionen Mark „drin" wären. Im Rechnungsjahr 1983 sind für die Bremerhavener nur eine Million Mark bereitgestellt.

Bangemann meint, das Stahlmoderatorenkonzept sei eine mit Nachdruck zu vertretende Lösung. Die europäische Quotenregelung müsse verlängert werden, die Bußgelder seien in eine politische Lösung einzubringen. Der mit 7000 Mitarbeitern größte Bremer Arbeitgeber, die Klöckner-Hütte, sehe sich Forderungen in Höhe von 200 Millionen Mark gegenüber.

Ähnlich wie im Stahlbereich soll jetzt ein Werftenprogramm der EG in Angriff genommen werden. Laut Bangemann ist ein entsprechender Vorstoß in Brüssel geplant. Allerdings setze auch dies ein gemeinsames Konzept der deutschen Schiffbauindustrie voraus. Die EG-Kommission fordert dabei „einschneidende Maßnahmen". 25 Prozent aller Schiffbauer der Bundesrepbulik arbeiten im Land Bremen.

Die CSU pocht auf das 64-Punkte-Papier

Wiesheu: Sollte die CDU das anders sehen, müßten wir fürchten, man habe uns bei den Verhandlungen täuschen wollen

PETER SCHMALZ, München

Die CSU ist es leid, in der Öffentlichkeit selbst dann die Rolle des streitsüchtigen Koalitionspartners zugeschoben zu bekommen, wenn sie nichts weiter als die politischen Positionen vertritt, die zwischen den Unionsparteien gemeinsam beraten und verabschiedet worden sind. In der CSU-Führung argwöhnt man, die CDU versuche durch geschickt lancierte Mitteilungen an die Presse das Ansehen der bayerischen Schwesterpartei zu untergraben.

Als jüngstes Beispiel wird der unionsinterne „Streit um das Papier" gewertet, der auch in den vom bayerischen Ministerpräsidenten angekündigten „ernsthaften Gesprächen über Schlüsselgebiete der deutschen Politik" innerhalb der Bonner Koalitionspartner (WELT vom 16. 5.) anklingen wird. Im Rahmen dieser Beratungen will die CSU von der CDU unmißverständlich geklärt wissen, welches politische Gewicht sie dem 64-Punkte-Papier beimißt, das während der Koalitionsverhandlungen im März zwischen beiden Unionsparteien nach intensiven Beratungen verabschiedet wurde (WELT vom 28. 3.). „Dieses Papier hat für uns uneingeschränkte Gültigkeit", meint CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu. „Sollte die CDU das anders sehen, müßten wir befürchten, man habe uns bei den Verhandlungen täuschen wollen."

Ausgelöst wurde der Papier-Streit durch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der nach einem Zeitungsbericht gegenüber dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick unter vier Augen geäußert haben soll, die CDU fühle sich nicht an ein „nicht verabschiedetes Papier" gebunden. Die Meldung wirkte in München elektrisierend. Um die Angelegenheit nicht durch eine Gegen-Erklärung zu verschärfen, bat Wiesheu seinen CDU-Kollegen Geißler telefonisch um Aufklärung. Dieser aber lehnte die gewünschte Klärung gegenüber der betreffenden Redaktion ab. Daraufhin ersuchte ihn Wiesheu schriftlich um eine „umgehende Klarstellung" und fügte hinzu: „Ich möchte nicht, daß bei uns das ungute Gefühl aufkommen muß, wir würden von der Schwesterpartei hintergangen, und Absprachen mit der Schwesterpartei würden zugunsten bestimmter Kontakte mit dem Koalitionspartner FDP entwertet."

Doch zu diesem Zeitpunkt hatte „das ungute Gefühl" längst die CSU-Gemüter erfaßt. Nun erinnerte man sich wieder der Eile, unter der Kanzler Kohl die Koalitionsgespräche durchgezogen hatte. Dahinter könnte die Kalkulation Kohls gestanden haben, die Koalition möglichst schnell und ohne vorherige Grundsatzdebatte zu bilden und die Regierungserklärung allein zur Grundlage der gemeinsamen Arbeit zu machen, wobei wesentliche Themen, die erkennbar der CSU am Herzen lagen, ausgeklammert werden sollten.

Warum dann aber gemeinsame Papiere zwischen den Unionsparteien? „Dann können wir das nächste Mal gleich gemeinsam singen statt beraten", meint Wiesheu. Tatsächlich aber wurde zwischen CSU und CDU drei Tage bis in jede einzelne Formulierung hinein das 20 Seiten und 64 Punkte umfassende Papier zur Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik erarbeitet, wobei der Hauptteil von dem damaligen CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber und von Heiner Geißler ausformuliert wurde. Umstrittene Passagen wurden der Koalitionskommission von CDU und CSU unter der Leitung von Kohl und Strauß zur Abstimmung vorgelegt. Abschließend wurde das Papier gebilligt.

Nachdem aber auch der Bundeskanzler die Bedeutung dieses Papiers heruntergespielt und vor der Bundespressekonferenz erklärt hatte, er wolle sich nicht am öffentlichen „Sortieren von Papieren" beteiligen, will die CSU nun auch von ihm wissen, ob er sich als Kanzler noch an das Wort gebunden fühlt, das er in den Koalitionsverhandlungen als CDU-Vorsitzender gegeben hat. Die von Geißler auch im Namen Kohls abgegebene Erklärung, die Bürger würden erwarten, „daß wir uns nicht mit uns selber, sondern mit den gewiß nicht leichten Problemen unseres Landes beschäftigen", wird von der CSU als Ablenkungsmanöver betrachtet.

Wiesheu: „Es ist doch keine Frage, daß wir gemeinsam die uns von der SPD/FDP-Regierung hinterlassenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme angehen und mit aller Kraft lösen müssen. Das darf aber doch nicht bedeuten, daß wir die Außenpolitik als ein Reservat ausklammern, um das wir uns nicht zu kümmern haben und das wir als alleinige Spielwiese Herrn Genscher überlassen. Wollen wir vor unseren Wählern glaubwürdig bleiben, dürfen wir nicht eine Außen- und Sicherheitspolitik, die wir 13 Jahre kritisiert haben, nun in der Regierungsverantwortung plötzlich akzeptieren."

Mit wachsendem Ärger wird in München die Taktik Geißlers verfolgt, die CSU als Sündenbock darzustellen. „Der zettelt einen Streit an und sagt dann zu uns, wir sollen mit dem Streiten aufhören", wundert man sich in der Parteizentrale in der Nymphenburger Straße. „Und zugleich versucht er, die CSU-Basis gegen uns aufzuwiegeln." Schon in der vergangenen Woche hatte der CDU-Generalsekretär mit deutlichem Wink nach München in einem Interview mit der Illustrierten „Quick" erklärt, falls der Streit nicht beendet werde, komme es „von unten her zu einem mittleren Aufstand der Mitglieder". In der jüngsten Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Spiegel" warnt Geißler nun die CSU: „Wer innerhalb der Union anfangen würde, gegen den Kanzler anzugehen, der müßte erleben, daß am Ende dieses Prozesses nicht der Kanzler allein steht, sondern derjenige, der diesen Prozeß in Gang gesetzt hat."

Die CSU sieht darin eine Verkehrung der Tatsachen. „Wir wollen mit der CDU und mit dem Kanzler auf der Basis fest vereinbarter Positionen eine Politik für lange Jahre gestalten", erklärt Wiesheu gegenüber der WELT.

Datenschützer Einblick verweigert

Stuttgart: Auswertung von Hotelmeldezetteln durch den Verfassungsschutz umstritten

XING-HU KUO, Stuttgart

Der für Sicherheitsfragen zuständige Ständige Ausschuß des Stuttgarter Landtags hat gestern abend erneut hinter verschlossenen Türen die „Hotelmeldeschein-Affäre" beim Landesamt für Verfassungsschutz erörtert. Bei dem seit Wochen ausgetragenen Streit zwischen den „Stuttgarter Nachrichten" und der Datenschutzbeauftragten des Landes, Ruth Leuze, auf der einen sowie dem Innenministerium auf der anderen Seite geht es um die Frage, ob die Sicherheitsbehörde rechtmäßig und verhältnismäßig Hotelmeldescheine aus Stuttgart und anderen Großstädten Baden-Württembergs ausgewertet hat.

Nach Berichten der Zeitung soll der Stuttgarter Verfassungsschutz aufgrund eingesammelter Hotelmeldezettel eine umfangreiche geheime Handkartei angefertigt haben. Die Datenschutzbeauftragte forderte daraufhin Einblick in die entsprechenden Unterlagen. Frau Leuze berichtete später vor der Presse, Verfassungsschutzchef Dieter Wagner habe ihr nahezu alle wichtigen Informationen zu dem Komplex verweigert.

Aufgrund dieser Weigerung der Sicherheitsbehörde machte die Datenschutzbeauftragte erstmalig von ihrem Recht Gebrauch, den Landtag einzuschalten. In einer ersten Sitzung des Ständigen Ausschusses am 29. April teilte Frau Leuze mit, alleine in Stuttgart seien in der Zeit von Oktober 1979 bis Ende 1980 rund 400 000 Meldescheine vom Verfassungsschutz ausgewertet worden. Zumindest zeitweise, so Frau Leuze weiter, sei schon wegen der großen Menge dieses Materials eine Datei zur Speicherung der Angaben zusammengestellt worden. Sie bezweifelte deshalb zumindest die „Verhältnismäßigkeit" eines solchen Vorgehens.

Innenminister Roman Herzog (CDU), der auch gestern erneut das Vorgehen des Verfassungsschutzes verteidigte, wies die Vorwürfe zurück. Die vom Landesamt durchgeführte „Rasterfahndung" gegen Ostblock-Agenten sei „rechtlich einwandfrei" und dazu erfolgreich. Mit Hilfe der Auswertung eines nur kleinen Teiles aller Hotelmeldescheine seien nicht wenige Ostagenten enttarnt worden. Es seien nur von solchen Hotelmeldescheinen Kopien angefertigt worden, bei denen sich „Anhaltspunkte für eine mögliche falsche Identität und damit Spionageverdacht ergaben".

Die FDP hat sieben Millionen Mark Schulden

hey, Bonn

Die Freien Demokraten sind durch die vorgezogenen Neuwahlen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Weil sie im Wahlkampf auf der Basis des 10,6-Prozent-Ergebnisses von 1980 über zwölf Millionen Mark ausgegeben hatten, die Wahlkampfkostenerstattung aber wegen der am 6. März erreichten sieben Prozent erheblich geringer ausfiel, haben sie jetzt rund sieben Millionen Mark Schulden.

Deshalb, so FDP-Schatzmeister Richard Wurbs in einem WELT-Gespräch, sind Sparmaßnahmen im Personal- und Sachbereich unumgänglich. Wurbs will den auf ursprünglich 5,5 Millionen Mark angelegten FDP-Etat, der seit 1981 ausgeglichen war, um eine Million Mark reduzieren. Eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge zur Sanierung der leeren Parteikasse sei „kaum durchsetzbar".

Vor diesem Hintergrund tritt der Schatzmeister für eine Anhebung des Erstattungssatzes von 3,50 auf fünf Mark ein. Daneben sollten alle Parteien steuerrechtlich gemeinnützigen Einrichtungen gleichgestellt werden. Außerdem sollten künftig die Wahlkampfkosten eingeschränkt und der Wahlkampf zeitlich begrenzt werden. Über die Parteienfinanzierung beraten morgen auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl die Vorsitzenden von CDU/CSU, SPD und FDP. Eine Neuordnung ist nach Ansicht von Kohl „dringend geboten".

Liberale erwägen eine Anhörung

hey, Bonn

Die in den Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP verabredete Novellierung des Demonstrationsstrafrechts wird sich möglicherweise verzögern. In der FDP-Bundestagsfraktion wird nach WELT-Informationen gegenwärtig erwogen, dem Gesetzgebungsverfahren eine Expertenanhörung vorzuschalten. Dabei sollen zum Beispiel Polizeipräsidenten und Strafrechtler aus der Sicht der Praktiker Stellung nehmen.

Bundesjustizminister Hans Engelhard hatte bereits davor gewarnt, die Novelle „durchzupeitschen". Die Gesetzesvorlage, die zur Zeit in seinem Ministerium vorbereitet wird, müsse wegen ihrer Bedeutung ausgiebig geprüft und diskutiert werden.

Wie Bonn sparen und die Wirtschaft entlasten will

HEINZ HECK, Bonn

Heute wird das Kabinett das Paket des Finanzministers „zur Entlastung der öffentlichen Haushalte" wie „zur Entlastung der gewerblichen Wirtschaft" verabschieden. Genau 25 gesetzliche Einzelmaßnahmen enthält der Sparkatalog. Dadurch sollen beim Bund allein 1984 rund 5,1 Milliarden Mark Minderausgaben erzielt werden. Zusammen mit den zu verhandelnden Kürzungen im Haushaltsverfahren in Höhe von 1,4 Milliarden wäre für den Bund nach Stoltenbergs Plan das Sparziel von 6,5 Milliarden Mark erreicht.

Die geplanten gesetzlichen Maßnahmen führen laut Kabinettsvorlage bei den Ländern zu Einsparungen bis zu 2,3, den Gemeinden bis zu 1,5 und bei Bahn, Post und Sozialversicherungsträgern in Höhe von 1,3 Milliarden Mark, so daß die vom Bund ausgelösten Kürzungen insgesamt eine Größenordnung von 11,5 Milliarden Mark erreichen.

Die zur Entlastung der Wirtschaft vorgesehenen steuerlichen Maßnahmen summieren sich einschließlich der für die Verbesserung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand geplanten 0,5 Milliarden bei Bund, Ländern und Gemeinden auf insgesamt etwas über vier Milliarden Mark, die als Mindereinnahmen zu Buche schlagen. Stoltenberg will damit, wie seinerzeit angekündigt, die zweite Hälfte der Einnahmen aus der zum 1. Juli in Kraft tretenden Umsatzsteuererhöhung von etwa vier Milliarden Mark an die Wirtschaft „zurückgeben".

Gesetzliche Sparmaßnahmen

Das Sparpaket mit rund 5,1 Milliarden Mark enthält, wie gestern berichtet, etwa folgende Schwerpunkte:

- Bundesanstalt für Arbeit mit rund zwei Milliarden Mark;
- Öffentlicher Dienst mit rund 900 Millionen Mark Einsparung, in der Hauptsache durch die Aktion „Atempause", also die Verschiebung der nächsten Lohn- und Gehaltsanpassung auf den 1. April 1985.
- Vergünstigungen für Schwerbehinderte sollen um etwa 100 Millionen Mark durch die Beschränkung der verbilligten Beförderung auf die in der Bewegung Behinderten erzielt werden (Kriegsopfer ausgenommen).
- Der knappschaftlichen Rentenversicherung wird der Bundeszuschuß um 768 Millionen Mark gekürzt.
- Beim Mutterschaftsurlaub wird eine Einsparung von rund 320 Millionen Mark erwartet (nicht 4300, wie durch ein technisches Versehen gestern gemeldet). Die Leistung wird von 3000 auf 1800 Mark gekürzt durch Verminderung des Urlaubs von vier auf drei Monate und durch Kürzung des Monatssatzes von 750 auf 600 Mark. Dieser Satz soll „zu einem späteren Zeitpunkt auf alle Mütter" ausgedehnt werden.
- Schließlich ergeben sich als Konsequenz aus den Änderungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung Einsparungen von rund 900 Millionen Mark.

Steuerliche Entlastungen

Die Senkung der Vermögenssteuer und die verbesserten Abschreibungsbedingungen schlagen bei der Entlastung der Wirtschaft am stärksten zu Buche.

- Der Freibetrag bei der Vermögensteuer soll von 70 000 auf 200 000 Mark erhöht werden (Entlastung 320 Millionen). Darüber hinausgehende Beträge sollen nur mit einem Ansatz von 75 Prozent den unveränderten Steuersätzen von 0,5 (natürliche Personen) und 0,7 Prozent (Körperschaften) unterworfen werden (890 Millionen).
- Das bei der Körperschaftsteuer bereits geltende Anrechnungsverfahren soll zum Abbau der Doppelbelastung auch in Höhe der Hälfte bei der Vermögenssteuer angewandt werden (200 Millionen).
- Das „Schachtelprivileg" zum Abbau der Mehrfachbelastung bei verbundenen Unternehmen soll durch Senkung der Schachtelgrenze von 25 auf 10 Prozent Beteiligung an in- und ausländischen Körperschaften erreicht werden (Entlastung bei der Vermögensteuer 100, der Gewerbesteuer 80 und der Körperschaftsteuer 30 Prozent).
- Für längerlebige Wirtschaftsgüter (Gebäude ausgenommen), die nach dem 18. Mai 1983 angeschafft oder hergestellt werden, verkürzt sich der Abschreibungszeitraum um 20 Prozent (also offenbar von zehn auf acht Jahre) mit einer Entlastungswirkung von 200 Millionen.
- Kleinen und mittleren Betrieben (nicht mehr als 50 000 Mark Einheitswert) wird eine Sonderabschreibung in Höhe von zehn Prozent für neue bewegliche Anlagegüter (ebenfalls Stichtag heutige Verkündung) gewährt (800 Millionen Mark). Dabei gelten für Pkw gewisse Einschränkungen.
- Sonderabschreibungen (befristet bis Ende 1989) werden auch für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen gewährt: Bis zu 40 Prozent für bewegliche Wirtschaftsgüter, bis zu 15 und zehn Prozent für Gebäude (bei mehr als zwei Drittel und ein Drittel FuE-Nutzung). Entlastung: 300 Millionen.
- Die Sonderabschreibungen für Handels- und Seefischereischiffe sowie Flugzeuge werden bis Ende 1989 verlängert.
- In eingeschränkter Form werden auch die Steuervergünstigungen für Energieeinsparung und den Einsatz neuer Energietechniken (Wärmepumpen, Solaranlagen, Wärmerückgewinnung etc.) bis Ende 1987 verlängert (Paragraph 82 EStDV).
- Erstmals für Verluste aus 1983 wird der Verlustrücktrag durch Verdoppelung auf zehn Millionen Mark verbessert (200 Millionen).
- Der Freibetrag bei Betriebsveräußerung und -aufgabe wegen Alters- und Berufsunfähigkeit wird auf 120 000 Mark verdopppelt.

Bauherrenmodelle

Wie gestern berichtet, wird das Bauherrenmodell durch Streckung der Abzüge von Geldbeschaffungskosten auf fünf Jahre entschärft. Dies soll auch für selbstgenutzte Häuser gelten. Darüber hinaus soll Stoltenberg prüfen, wie Bauherrenmodelle noch weiter eingeschränkt werden können. Auch bei anderen Verlustzuweisungsgesellschaften wird es Beschränkungen geben. Daneben wird geprüft, welche steuerlichen Vergünstigungen für gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen beibehalten werden sollen.

Wichtig erscheint, daß den Ländern und Gemeinden Belastungen, soweit sie „im Ergebnis verbleiben", ausgeglichen werden sollen. Stoltenberg soll hierzu Vorschläge machen. Gemeint ist offenbar, daß zuvor Be- und Entlastungen gegeneinander saldiert werden. Für die Gemeinden ist nach derzeitigem Stand die Netto-Entlastung auf knapp eine Milliarde, für die Länder die Netto-Belastung auf knapp eine Viertelmilliarde zu veranschlagen.

„Unser Reformziel ist die volle Selbstbestimmung“

WELT-Gespräch mit Andries P. Treurnicht

H. GERMANI, Johannesburg

Seit dem 10. Mai wird der Chef der 1982 von der regierenden Nationalen Partei abgesplitterten Konservativen Partei, A. P. Treurnicht, in Südafrikas englischer Presse nicht mehr „Dr. Nein“, sondern „Der Löwe des Nordens“ genannt. Es ist der Ehrentitel, den der aus dem Wahlkreis Waterberg stammende ehemalige Premier Südafrikas, Hans Strydom (1954 bis 1958) trug. Treurnicht gewann bei der Nachwahl am 10. Mai diesen Wahlkreis mit einer überaus deutlichen Mehrheit.

In einem Gespräch mit der WELT sagt er zu *dem Ergebnis* dieser Wahl: „Es war für uns ein großer Erfolg, da ich für die Partei erstmalig unter ihrem Namen den Sitz Waterberg erkämpft habe, der in Südafrika die Rolle des Indikators spielt.“ Die Mehrzahl der Rechtsradikalen werde nun zu seiner Konservativen Partei abwandern, „außer ein paar, die immer *dort bleiben werden*“. *Diese* hätten kein Recht, sich auf die Politik der „getrennten Entwicklung“ des einstigen Premiers Verwoerd zu berufen, „weil sie diese Politik nie richtig begriffen und vertreten haben“.

Auf die Frage „Bedeutet Ihr Sieg eine Abwendung von Reformen?“ antwortet Treurnicht: „Unsere Politik ist nicht eine Politik des Status quo, unsere Politik ist eine Politik des umfassenden Wandels, der tiefergreifenden Reformen, nur auf anderer Basis, als es heute offiziell gepredigt wird. Wir wissen, daß wir nicht auf dem Stand von 1983 stehenbleiben können. Wir wollen nur die traditionelle nationale Politik der ‚getrennten Freiheit‘, die die *jetzige Regierung* teils *beibehält*, teils aufgibt, logisch weiter entwickeln. Wie können wir zum Beispiel, wie die jetzige Regierung das tut, ‚Nationale Staaten‘ (die Heimatländer) für Schwarze vorsehen – und sie den Kapmischlingen und Indern verweigern? Besonders die Kapmischlinge haben eine vernünftige territoriale Grundlage dafür.“

Treurnicht: „Unser Ziel ist, den Kapmischlingen und den Indern mehr zu geben als Botha es plant, nämlich die volle Unabhängigkeit, wie sie jetzt nur für Schwarze vorgesehen ist. Unser Reformziel ist die totale Selbstbestimmung, sowohl der Weißen als auch der nichtweißen Rassen. Wir bekämpfen Bothas Verfassung, weil sie das Ende der Demokratie bedeutet und zu Diktatur und einem gefährlichen Rassenkampf zwischen Weißen, Kapmischlingen und Indern in der Zentralregierung um das allmächtige Amt des Präsidenten führen wird.“



Vom „Dr. No“ zum „Löwen des Nordens“: Andries Petrus Treurnicht FOTO: SVEN SIMON

Gesellschaftliche Veränderungen? Treurnicht: „Wir wollen im Arbeitsbereich im weißen Gebiet den *weißen* Arbeitern die *ihnen* zustehende bevorrechtigte Stellung erhalten. Ausländer aus den ‚Heimatländern‘ soll das Recht abgesprochen werden, über Gewerkschaften politische, nicht arbeitsrechtliche Ziele zu verfolgen. Gesellschaftlich bejahen wir die Rassenintegration in einer Reihe von Hotels, die als „international“ eingestuft werden. Das ist notwendig. Aber wir lehnen es ab, jede Eckkneipe zu integrieren.“

Die Chancen einer Volksabstimmung über die Verfassungsreform beurteilt Treurnicht so: Da die Linksliberalen, ebenso wie seine Partei, die neue Verfassung verwerfen, sei es durchaus möglich, *daß das* Referendum durchfalle. Dann sei Botha moralisch verpflichtet, Neuwahlen auszuschreiben.

Würde ein Premier Treurnicht es mit einer US-Regierung Reagan schwerer haben als Premier Botha? Treurnicht: „Die politischen Realitäten um Südafrika, seine strategischen Mineralien, seine strategische Lage bleiben die gleichen. Botha kann Reagan nur unerfüllbare Erwartungen bieten, wir bieten eine klare Linie.“ (SAD)

Jugoslawien: Presse weiter unter Druck

dpa/DW. Zagreb

Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche ist ein jugoslawischer Chefredakteur der verschärften Belgrader Medienpolitik zum Opfer gefallen. In jugoslawischen Presseberichten hieß es gestern, der Arbeiterrat des Verlagshauses „Vjesnik“, in dem das Wochenmagazin „*Danas*“ *erscheint*, habe den Rücktritt von Chefredakteur Joze Vlahovic angenommen und einen geschäftsführenden Redaktionsleiter ernannt. „Danos“ ist neben dem Belgrader „Nin“ das zweite kritische Magazin in Jugoslawien. In jüngster Vergangenheit war die Publikation mehrfach von der politischen Führung Koratiens scharf angegriffen worden.

In der vergangenen Woche hatte das Präsidium der Massenorganisation „Sozialistische Allianz“, die in der Regel als Träger der jugoslawischen Medien auftritt, den Rücktritt des Chefredakteurs der einflußreichen Belgrader Tageszeitung „Politika“, Dragoljub Traillovic, angenommen. Die „Politika“ und das im selben Haus erscheindende Magazin „Nin“ waren in der Vergangenheit ebenfalls Ziel der Kritik jugoslawischer Führungskreise.

Vorsprung der Tories halbiert

AP, London

Der Vorsprung, der der regierenden konservativen Partei von Premierministerin Margaret Thatcher bei den vorgezogenen Unterhaus-Neuwahlen am 9. Juni vorausgesagt worden war, hat sich angeblich um die Hälfte verringert. Die Londoner Tageszeitung „Daily Star“ veröffentlichte gestern das Ergebnis einer neuen Meinungsumfrage. Danach haben die Konservativen vor der oppositionellen Labour Party einen Vorsprung von sieben Prozentpunkten. Vor einer Woche hatte der Abstand 15 Prozentpunkte betragen.

Nach der vom „Daily Star“ veröffentlichten Umfrage wollen 44 Prozent der 1090 am Montag befragten Briten den Konservativen ihre Stimme geben, 37 Prozent wollen Labour wählen und 17 Prozent bevorzugen die Allianz aus Sozialdemokraten und Liberalen. Ein weiteres Umfrage-Ergebnis, das am Montag im „Evening-Standard“ veröffentlicht wurde, aber zwischen dem 5. und 11. Mai ermittelt worden war, beließ den Tories noch einen Vorsprung von 14 Prozentpunkten.

Aussteiger, die einst Regie führten

53 britische Abgeordnete kandidieren nicht mehr / Darunter Harold Wilson und John Nott

FRITZ WIRTH, London

Man hat das britische Parlament nicht selten mit einer zumeist sehr ungezogenen Schulklasse verglichen. Unterhausabgeordnete können in der Tat ungeheuer albern, ausgelassen und burschikos sein. Fremde Besucher, die hier die Hohe Schule des britischen Gentleman vermuten, verlassen das Haus nicht selten mit einem Schock. *Doch jenseits der etwas raubautzigen Eigenarten*, die sich hier austoben, überrascht immer wieder die Fähigkeit dieses Hauses zur Sentimentalität. Sie ist über alle ideologischen Klüfte hinweg das große einigende Moment dieser sonst sehr militanten Gemeinde.

Eine derartige sentimentale Stunde hatte das Unterhaus in der *letzten Woche, als sich das* Parlament auflöste. Es war mehr als eine kühle und notwendige Prozedur, es war eine Stunde des Nachdenkens und der Trauer. Denn in jenem Augenblick endeten mit einem Schlag 53 politische Karrieren, unter ihnen Männer und Frauen, die in diesem Hause einst Geschichte machten, den Ton angaben und *Regie führten. Diese* 53 haben mit der Auflösung des Parlaments zugleich ihren Ausstieg aus der Politik beschlossen. Viele von ihnen hätten an diesem Tage einen ausführlichen Nachruf auf ihre Karriere verdient. Da es eine politische „Massen-Beerdigung“ war, wurde daraus eine kleine Notiz. Sie räumen die Szene fast unbemerkt durch einen Nebenausgang. Das Scheinwerferlicht ruht auf den Wahlmatadoren.

Der Mann, der viermal Premierminister war

Prominentester Aussteiger ist Sir Harold Wilson, der erste Mann seit Gladstones Tagen, dem es gelang, viermal zum Premierminister gewählt zu werden. Es ist diese Leistung, die er für den größten Erfolg seiner Karriere hält. Sir Harold denkt in solchen Rekord-Dimensionen. Und er war besonders stolz darauf, die Szene in einem Alter geräumt zu haben, da die meisten Premierminister dieses Jahrhunderts noch nicht einmal ihr Amt angetreten hatten.

Dennoch bleibt sein überraschender Rücktritt von der Macht im Jahre 1976 nach wie vor ein immer noch nicht voll erklärtes und begreifbares Ereignis. Er war *in den sieben Jahren seit seinem* Rücktritt unter den drei ehemaligen Premierministern, die noch im Unterhaus saßen, der ruhigste, vorsichtigste und unumstrittenste. Er hielt sich aus allen Kontroversen fern, war nur noch ein seltener Gast im Hohen Haus und hat auch stets der Versuchung widerstanden, nach seinem Rücktritt seinen Namen und sein Amt in gleicher Weise zu vermarkten wie es Edward Heath und Lord Carrington getan haben. Er ist bereits seit Jahren ein sehr privater Mensch geworden. Sein Schritt in den *Ruhe*stand war nicht mehr sehr groß.

Mit ihm hat sich sein langjähriger Freund George Thomas aus der Politik zurückgezogen. Er war in Wilsons Kabinett einst Minister für Wales und wurde 1976 Sprecher des Unterhauses, eine Funktion, die es in Bonn nicht gibt, aber der des Bundestagspräsidenten nahekommt. Er war einst Schulmeister, und das kam ihm bei seinem Bemühen zustatten, die 635 Abgeordneten in Zucht zu halten. Seine Strenge und sein Humor sind bereits zur Legende geworden.

Als sich einst ein Abgeordneter beschwerte, daß sich ein Redner eines so harten Liverpooler Akzents bediene, daß er ihn nicht verstehen könne, entgegnete George Thomas im härtesten Waliser Dialekt: „Ich wollte, ich hätte auch einen Dialekt.“ Als ein Abgeordneter aus einem heißen Tagesthema eine vollreife Unterhausdebatte machen wollte und es mit dem Hinweis begründete, daß der Fall in allen Zeitungen stehe, antwortete Thomas kühl: „Mein Horoskop steht auch in allen Zeitungen. Das ist dennoch kein Anlaß, darüber eine Unterhausdebatte anzusetzen.“

Die 635 Abgeordneten feierten ihn in der letzten Woche als den „besten Unterhaussprecher dieses Jahrhunderts“. Man muß das nicht wörtlich nehmen. Jeder scheiden*de Unterhaussprecher gilt für ein* paar Stunden als der beste des Jahrhunderts. Dennoch gibt es kein besseres Kompliment für die absolute Fairneß und Überparteilichkeit dieses Mannes als die Tatsache, daß die Tories im Jahre 1979 den Labourmann ohne Zögern als Sprecher akzeptierten und davon absahen, einen eigenen Mann zu nominieren.

Einer der traurigsten Abgänge ist der des ehemaligen liberalen Parteichefs Jo Grimond. Er war ein wirklicher „elder statesman“, ohne jemals ein staatsmännisches Amt innegehabt zu haben. Er hatte das Pech, einer Partei anzugehören, die nicht mit höheren politischen *Karrieren dienen kann. Grimond* verkörpert den britischen Commonsense. Er führte die Liberale Partei von 1956 bis 1967. Er war aus dem Stoff, aus dem britische Premierminister gemacht sind. Wenn seine Zugehörigkeit zur Partei der ewigen Wahlverlierer ihm schon ein Ministeramt verwehrte, so hätte man ihm zumindest nach seinem Rücktritt als Parteichef einen Botschafterposten gewünscht. Grimond vertrat 32 Jahre lang den nördlichsten britischen Wahlkreis, die Bürger der Orkneys und der Shetlands. Sie verehrten ihn, obwohl sie seine Politik nicht immer begriffen. Als sie sich beim EG-Referendum im Jahre 1975 für einen Auszug aus der EG entschieden, kommentierte der glühende Pro-Europäer Grimond nachsichtig: „Sie haben den Humor von Engeln.“

Der Minister, der neben der Queen entschlummerte

Für einige andere prominente Aussteiger bleiben zumindest Fußnoten in Erinnerung. Douglas Joy, der von Harold Wilson einst gefeuerte Handelsminister, war bis zu seiner *letzten Stunde im Parlament* der überzeugteste und militanteste Anti-Europäer. Die Abneigung dieses Mannes, der in den letzten Jahren sein Äußeres etwas vernachlässigte, gegenüber allem Fremdem ging so weit, daß er in seinen Ministertagen auf Auslandsreisen stets einen Karton mit Sandwiches mit sich führte, weil er ausländische Nahrung für exotisch hielt.

Der ehemalige Verteidigungsminister im Thatcher-Kabinett, Sir John Nott, zieht sich wie andere Tory-Minister seiner Generation vor ihm (Chris Chataway und Anthony Barber) in die lukrativen Gefilde der Londoner City zurück. Er wollte eigentlich schon beim Ausbruch des Falkland-Konflikts zusammen mit Lord Carrington seinen Hut nehmen. Er war ein fähiger Mann, doch ihm fehlte zum harten politischen Geschäft die Nervenkraft.

Die wiederum besaß ausgiebig einer seiner Labour-Vorgänger im Amt des Verteidigungsministers, Fred Mulley, der leider sehr zu Unrecht wegen seines Mißgeschicks in Erinnerung bleiben wird, bei einer Truppenparade neben der Königin sitzend in tiefen Schlaf zu fallen.

Der Abgang dieser Politiker macht die politische Szene in Westminster ärmer. Die neue „Schulklasse“, die sich am 15. Juni zum ersten Mal wieder im Hohen Haus versammelt, wird ohne sie anonymer, farbloser und langweiliger sein.

Kreisky: Noch „eine Zeitlang“ Parteichef

cgs. Wien

Vor einem außerordentlichen Parteitag der österreichischen Sozialisten hat gestern der 72jährige Bruno Kreisky, der 13 Jahre lang Bundeskanzler und 17 Jahre lang Parteivorsitzender war, seinen Rückzug aus dem aktiven politischen Leben angekündigt. Zuvor war der neue Kanzlerkandidat der SPÖ, Fred Sinowatz, vom österreichischen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

Kreisky sagte, er werde noch „eine Zeitlang“ als Parteivorsitzender zur Verfügung stehen. Er halte es aber nicht für zweckmäßig, wenn das Amt des Bundeskanzlers und des Parteivorsitzenden voneinander getrennt blieben. Der Bundeskanzler brauche die ganze politische Autorität, auch die seiner Partei. Daher solle der neue Regierungschef Sinowatz auch den Parteivorsitz so rasch als möglich übernehmen.

Sichtlich bewegt erklärte der scheidende Kanzler, er habe der Sozialistischen Partei seit 55 Jahren gedient. „Diese Partei“, so sagte Kreisky, „hat im wahrsten Sinne des Wortes meinem Leben Sinn und Inhalt gegeben.“ Er sei aber dennoch nicht blind für das, was alles in einer so großen Bewegung reformbedürftig werde. Wenn man 13 Jahre lang einflußreiche Positionen innehabe, so gehe dies auch an der Partei nicht spurlos vorüber. Die Reform in Angriff zu nehmen, sei aber nun Aufgabe der nachfolgenden Generation.

Zur Koalition zwischen Sozialisten und Freiheitlicher Partei meinte Kreisky, der neue Koalitionspartner der SPÖ habe zu erkennen *gegeben, daß der Zusammen*bruch der sozial-liberalen Koalition in Bonn auf die Wiener Regierungsbildung keinen Einfluß haben werde. Der Volkspartei – den österreichischen Christdemokraten – warf Kreisky eine „unvorstellbare populistische Politik“ vor.

Eine Erleichterung für das von Kreisky konstruierte sozialliberale Koalitionsmodell brachte die Erklärung des FPÖ-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Peter, wonach er darauf verzichte, für den Posten eines dritten Parlamentspräsidenten zu kandidieren. Peter war in zahllosen Protestaktionen und durch die Presse Zugehörigkeit zu einer SS-Einheit vorgeworfen worden, die im Zweiten Weltkrieg an Erschießungen beteiligt gewesen sein soll.

Neue Akzente in der Hilfe für die Dritte Welt

PETER GILLIES, Lome

Länder, die sich massiver Menschenrechtsverletzungen schuldig machen, können künftig nicht mehr mit Entwicklungshilfe aus Bonn rechnen. Andererseits, so sagten der bayerische Ministerpräsident Strauß und Bundesminister Warnke in Lome (Togo), könne und wolle die Bundesrepublik Staaten der Dritten Welt jedoch nicht schulmeisterlich belehren.

Strauß, der im westafrikanischen Togo mit ungewöhnlichem Pomp empfangen wurde, setzte einige Akzente der Afrika-Politik. Nicht nur die Deutschen, sondern auch andere Industriestaaten hätten „einen großen Teil ihrer Entwicklungshilfe zum Fenster hinausgeworfen". Mißwirtschaft, Korruption oder missionarische Motive hätten Hunderte von Millionen versickern lassen.

„Ein Stück Wende", so Strauß, sei es bereits, wenn die Länder jetzt mehr Hilfe zur Selbsthilfe bekämen, also eine Unterstützung, die ihre eigenen Überlebenskräfte motiviert. Die Lieferbindung werde strenger gehandhabt, das heiße, die Entwicklungsländer sollten für die deutsche Hilfe auch deutsche Maschinen kaufen. Das sei international üblich und werde sogar von den Empfängerländern erwartet.

Zu Südafrika bemerkte Strauß, daß die „little apartheid", die Diskriminierung der Schwarzen und Farbigen in Ausbildung, Lohn und am Arbeitsplatz, „verschwinden muß". Hier hätte er bereits „viel erreicht". In Namibia müsse aus freien Wahlen eine vielrassische Führung hervorgehen, damit es „nicht das Schicksal von Moçambique und Angola teilt".

Auf Fragen von Journalisten ließen Strauß und Warnke erkennen, daß die Hilfe für Nicaragua (derzeit noch fünf Millionen) nicht mehr fortgesetzt werden könne. Die Bundesregierung „muß", so Strauß, diese Konsequenz ziehen. Er glaube, „daß auch Herr Genscher dies so sieht".

Warnke, der sich offenbar mit Rücksicht auf die FDP und Genscher etwas vorsichtiger ausdrückte, kündigte an, daß die Neuzusagen an Entwicklungshilfe 1984 um rund 40 Prozent zurückgenommen werden müßten. Bonn helfe derzeit 127 Ländern. Die Gelder würden künftig auf jene Länder konzentriert, die Deutschland politisch und wirtschaftspolitisch nahestehen, und auf solche, wo der Einsatz besonders effektiv erscheint.

Angst vor der Anarchie greift um sich

Von WERNER THOMAS

Die Schlagzeilen verheißen nichts Gutes. Seit Wochen schon meldet die Presse eine Serie turbulenter Ereignisse: Streiks, Besetzungen, Straßenblockaden, Kabinettsprobleme, endlose Wortgefechte der Politiker. Das Land taumelt von Krise zu Krise.

Sieben Monate nach der Rückkehr zur Demokratie herrscht Katastrophenstimmung in Bolivien. Die Hoffnung, daß die Nation nach einer fast 18jährigen Militärherrschaft eine Phase des friedlichen Fortschritts erleben kann, haben sich längst zerschlagen. Die Angst vor Anarchie grassiert.

Die Dauerkrise hatte bereits Anfang Januar begonnen, als die bisherige Regierungskoalition zusammenbrach: Die sechs Minister der sozialdemokratischen „Linken Revolutionsbewegung" (MIR) verließen die Regierung. Vizepräsident

BOLIVIEN

Jaime Paz Zamora, der MIR-Führer, warf dem Koalitionspartner, der „Linken Nationalen Revolutionsbewegung" (MNR-I), einen autoritären Führungsstil vor. Paz Zamora blieb jedoch im Amt.

Im Februar gärten Probleme an der Arbeitsfront, die dann zu einer schweren Konfrontation zwischen dem Präsidenten Hernan Siles Zuazo und der zentralen Gewerkschaftsorganisation führten. Die Bergarbeiter besetzten Mitte März den größten staatlichen Betrieb, einen Minenkonzern, um alte Forderungen durchzusetzen: Sie wollen in den Führungsgremien der staatlichen Bergbauunternehmen mehrheitlich vertreten sein. Siles lehnte ab und offerierte eine paritätische Mitbestimmung. Die Gewerkschaft ist bisher nicht darauf eingegangen.

Ende März folgten dann Demonstrationen des Bauernverbandes. Landarbeiter aus allen Teilen der Nation blockierten Straßen und protestierten vor dem Präsidentenpalast. Sie verlangten eine größere Unterstützung für ihre sozialen Anliegen und die Garantie, daß die Regierung ihre Koka-Kulturen erhält. „Wir widersetzen uns einer Zerstörung dieser Kulturen auf Druck des Auslandes", erklärte der Bauernführer Genaro Flores. Er meinte die Bemühungen der Vereinigten Staaten, den Anbau von Koka-Pflanzen zu begrenzen. Aus Koka-Blättern wird Kokain gewonnen. Siles ließ Verhandlungen mit den Bauern aufnehmen. Diese Krise konnte vorerst entschärft werden.

Die nächsten Probleme kamen auf Kabinettsebene. Sie waren eine Fortsetzung der politischen Spannungen innerhalb der Regierung und insbesondere innerhalb der Regierungspartei MNR-I. Die Siles-Partei ist in zwei Lager gespalten, die sich immer feindlicher gegenüberstehen. Die sogenannte „Grupo Palaciego" (Palastgruppe) bestimmt den Regierungskurs. Felix Rospigliossi, der Generalsekretär der MNR-I und einflußreichste Mitarbeiter des Präsidenten, kontrolliert diese Fraktion. Die „Grupo Legalista" (Legalistische Gruppe) stellt dagegen die meisten Abgeordneten der Regierungspartei im Kongreß. Sie kann jedes Gesetz blockieren.

Samuel Gallardo Lozada, der Präsident der Abgeordnetenkammer und ein Mann der „Legalistas", erklärte kürzlich: „Die MNR-I, die gegenwärtig Bolivien regiert, ist eine Farce. Der Palaciego-Flügel hat nicht die geringste Unterstützung der Basis."

Viele Parlamentarier kritisieren die Regierung wegen des angeblichen Mangels an sozialem Engagement und vertreten den linken Flügel dieser links von der Sozialdemokratie angesiedelten Bewegung. Ironischerweise sitzen im Kabinett zwei Minister der Kommunistischen Partei.

Vor diesem Hintergrund sind die Rücktritte von drei Ministern zu sehen. Neben Außenminister Mario Velarde haben auch Industrie- und Handelsminister Javier Lupo und Bauern- und Landwirtschaftsminister Zenon Barrientos ihre Ämter niedergelegt. Noch in dieser Woche ist mit einer Regierungsumbildung zu rechnen.

In dieser Atmosphäre der Konfusion und Unsicherheit hat es Präsident Siles immer schwerer, das größte Problem des Landes zu lösen: Die 5,5 Millionen Bolivianer befinden sich in ihrer schwersten Wirtschaftskrise dieses Jahrhunderts. Die Inflationsrate beträgt fast 200 Prozent. Die Zahl der arbeitslosen und unterbeschäftigten Menschen erreicht nach inoffiziellen Schätzungen 70 Prozent. 75 Prozent der Exporterlöse müssen für die Tilgung der Schulden (3,8 *Milliarden Dollar*) aufgebracht werden. (SAD)

Noch schweigt die Kirche in Chile

Die schillernde Beziehung zum Staat macht sie zu einer Zuflucht der Opposition

F. BARAONA, Santiago de Chile

Die wirtschaftlichen Mißstände und Schwierigkeiten Chiles haben in den letzten Tagen zu massiven Protestkundgebungen und Unruhen in der Hauptstadt geführt. Dabei war es auch zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, zwei Jugendliche wurden erschossen. Bei den anschließenden Durchsuchungen wurden auch mehrere Geistliche verhaftet. Polizeistellen beschuldigen sie, durch politische Predigten Teile der Arbeiterschaft aufzuwiegeln. Das mag in manchen Fällen übertrieben sein, sicher jedoch ist, daß die vom Staat getrennte katholische Kirche in Chile nicht immer im besten Einvernehmen mit dem jeweiligen Regime stand und oft eine schillernde Rolle als Zufluchtsort der Opposition spielte.

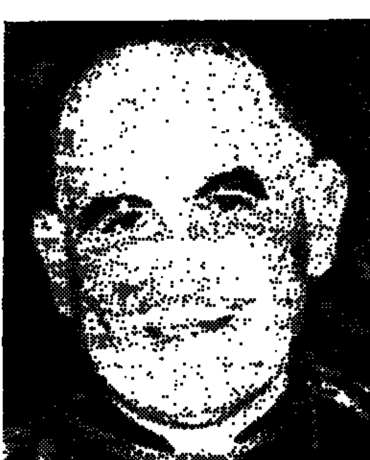
Die Trennung von Staat und Kirche erfolgte in Chile mit Bekanntgabe der Verfassung von 1925, die dem südamerikanischen Land die Religionsfreiheit bescherte. Die katholische Kirche verlor seither zunehmend an Einfluß. Der Besitz großer Teile der in diesem schmalen Küstenland nicht gerade reichlich vorhandenen Agrarböden und Anbaugebiete sicherte ihr jedoch eine wirtschaftliche Sonderstellung mit allen sich daraus ergebenden Einwirkungsmöglichkeiten auf das politische Leben des Landes. Das ist bis heute so geblieben.

Heute bekennen sich knapp 80 Prozent der chilenischen Bevölkerung zum katholischen Glauben. Die Kirche gibt an, daß nicht einmal die Hälfte dieser Gläubigen eifrige Katholiken sind. Seit zwanzig Jahren etwa sind Gruppen anderer Konfessionen vor allem aus den Vereinigten Staaten verstärkt vorgedrungen und haben besonders in den ärmeren Schichten Chiles guten Nährboden gefunden.

Vor 20 Jahren auch begann in Chile die Aufspaltung des Klerus in politische Interessengruppen. Das blieb nicht ohne Auswirkungen bei der Bevölkerung, die bei der Amtsübernahme Salvador Allendes sogar feststellen mußte, daß manche Geistliche sich rundheraus als Christo-Marxisten auswiesen und bald auch neue theologische Theorien mit stark marxistischer Einfärbung in Umlauf brachten. Offiziell hatte sich die Kirche damals aus den politischen Wirren in Chile herausgehalten. Aber katholische Kreise im Lande richteten bald kritische Fragen an Kardinal Silva Henriquez: Sie warfen ihm vor, sich gegenüber der marxistisch-sozialistischen Regierung Allende zu passiv zu verhalten.

Besondere Schärfe erreichte diese Kritik, als Fidel Castro Ende 1971 zu dem in der modernen Diplomatie bis dahin längsten Staatsbesuch nach Chile kam und bei dieser Gelegenheit – Fidel Castro weilte 26 Tage im Lande – von dem Kardinal eine Bibel als Geschenk erhielt. Silva wurde bald danach von manchen als der „rote Kardinal" bezeichnet.

Kardinal Silva Henriquez ist die Schlüsselfigur innerhalb der chilenischen Kirchenhierarchie. Er hat sich stets zu den Christdemokraten bekannt. Seine vorbehaltlose Unterstützung galt früher der Regierung Frei. Das augenblickliche Regime hat er zunächst einige Monate lang aus der Entfernung beobachtet, bezog jedoch schon bald ein kritische Position. Er gilt heute als offener Opponent von Pinochet.



Kritische Fragen an den „roten Kardinal": Silva Henriquez FOTO: AP

Er bietet vielen, die „anders denken", eine Zuflucht; auch Terroristen sollen angeblich schon Zuflucht zu ihm genommen haben. In chilenischen Kirchen und Klöstern soll demnach in den letzten Jahren mancher Urheber terroristischer Anschläge untergeschlüpft sein.

Die katholische Kirche leidet in Chile unter chronischem Priestermangel. Das Land mit seinen 11,1 Millionen Einwohnern hat nicht mehr als zweitausend Priester. Mönche und Nonnen werden „importiert". „Ultras" in der chilenischen Regierung mutmaßen, daß mit solchen Importen natürlich versteckt immer wieder marxistische Ideen und gewissermaßen Wölfe in Schafspelzen ins Land geschleust werden. Für die politisch weniger rigorosen Stützen Pinochets und für die Anhänger der Opposition sind jene Priester und Nonnen aus dem Ausland meist nur Gläubige mit „vielleicht nicht immer dem richtigen Urteil, unpolitische Menschen im Denken wie im Handeln".

Das Denken und Handeln manch einer der „importierten" Geistlichen wurde jüngst an einem Fall deutlich, als ein australischer und zwei irische Priester von der Regierung des Landes verwiesen wurden. Sie heißen Brendan Forde, Desmond McGillicuddy und Brian McMahon und sind zwischen 35 und 39 Jahre alt. Sie kamen vor fünf Jahren nach Chile und arbeiteten als Gemeindepfarrer in armen Gegenden, wo die Arbeitslosenquote 60 Prozent erreicht. Ihnen wurde *die Aufenthaltsgenehmigung* nicht verlängert mit dem Argument, sie hätten sich in die Innenpolitik des Landes eingemischt und politische Agitation betrieben. Einer von ihnen soll an einer Protestaktion teilgenommen haben, bei der Pinochet in effigie verbrannt wurde.

Der Zeitung „El Mercurio" gegenüber bezeichneten die Ausgewiesenen die gegen sie erhobenen Beschuldigungen als unbegründet, bekannten sich jedoch zur „Theologie der Befreiung" und zur „Kirche der Armen", die beide vom Vatikan verurteilt werden.

Eine scharfe Stellungnahme durch Kardinal Silva Henriquez wurde in allen Kirchen der Hauptstadt Santiago verlesen und löste unterschiedliche Reaktionen aus. Die von der Zeitung „El Mercurio" veröffentlichten Berichte und Bilder lassen erkennen, *daß die drei* Ausgewiesenen dem Regime Pinochet gewiß keine Sympathie entgegenbrachten. Die Leute in den betroffenen Gemeinden schätzten sie als „unsere Freunde". Innenminister Montero Marx sagte, die Ausweisungen seien erfolgt, weil die Priester nachweislich politische Handlungen begangen hätten.

Augenblicklich sind die wirtschaftlichen Probleme des Landes so schwerwiegend, daß sie alle anderen Gegensätze überschatten. Die Regierung verhärtet ihre Haltung gegenüber der anwachsenden Opposition im Lande. Die Kirche in Chile hält sich bei all dem noch sehr zurück. Aber angesichts der beschränkten Möglichkeiten, aktiv am politischen Leben teilzunehmen, scheint es für nicht wenige politische Beobachter nur eine Frage der Zeit zu sein, wann auch einige Würdenträger demnächst eine aktivere Rolle für die Opposition verlangen werden. Noch zögern sie; denn damit würden sie womöglich auch die traditionelle Rolle der chilenischen Kirche als Zufluchtsort in Frage stellen.

Moskau läßt Syrien kaum noch Freiraum

PETER M. RANKE, Beirut

Das oberste sowjetische Militärkommando in der syrischen Hauptstadt Damaskus ist direkt mit dem Generalstab in Moskau verbunden und benutzt auch Aufklärungsergebnisse sowjetischer Frühwarn-Stationen im Kaukasus. Das verlautet aus amerikanischen Militärkreisen. Außerdem haben die Sowjets in Syrien ein eigenes Kommando- und Verbindungsnetz errichtet. Der Hafen Tartus dient als Liegeplatz sowjetischer Atom-U-Boote.

Die Stärke der sowjetischen „Berater" bei der Luftwaffe, bei den SAM-5-Raketenbatterien und in weiten Bereichen der Armee-Führung wird auf mehr als 5000 geschätzt. Sowjetische Soldaten bewachen und bedienen die Stellungen der SAM-5. „Berater" im Offiziersrang sind auch bei den rund 50 000 syrischen Soldaten in der libanesischen Bekaa-Ebene und in den Bergen östlich Beiruts stationiert. Kürzlich wurde dorthin auch die Yarmuk-Brigade der von Syrern befehligten „Palästina-Befreiungsarmee" (PLA) verlegt.

Die sowjetischen „Berater" berichten direkt nach Moskau und an den syrischen Präsidenten Hafez Assad und seinen den Geheimdienst leitenden Bruder General Rifaat Assad. Nach Ansicht westlicher Beobachter kann sich Assad, selbst wenn er es wollte, nicht mehr der sowjetischen Aufpasser und Beschützer entledigen, indem er sie ausweist, wie 1972 der ägyptische Präsident Sadat. Sollte Assad noch „abspringen" wollen, wäre eher eine Entwicklung wie in Afghanistan oder Südjemen zu erwarten: die Auswechselung des Stadthalters in Damaskus durch die Sowjets.

„Es ist atemberaubend, wie schnell sich Syrien seit dem vorigen Herbst zum Sowjetsatelliten wandelt", erklären westliche Diplomaten. Entscheidend sei dafür nicht der israelische Vorstoß in Libanon gewesen, bei dem sich die syrische Armee tapfer geschlagen habe, sondern der Machtantritt Andropows in Moskau.

Auch wirtschaftlich wird Syrien auf Sowjet-Kurs getrimmt. Das sozialistische Baath-Regime hat stets die Staatswirtschaft bevorzugt, jetzt wird aber der kleine private Wirtschaftsbereich durch Devisen- und Kreditverknappung noch mehr eingeschränkt. Große Entwicklungsprojekte, die westlichen Ländern bereits zugesichert waren, gehen jetzt an den Ostblock. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Prügelknaben der Nation?

„Überversorgung"; WELT vom 4. Mai

Jetzt reicht's! Wird eigentlich vergessen, daß wir vom öffentlichen Dienst jahrelang unsere Zusatzversorgung selbst mitfinanziert haben? Außerdem kann man als Beispiel nicht ausgerechnet eine derart hohe Gehaltsgruppe anführen. Die kann man nur nach mindestens 20 Dienstjahren (vorausgesetzt mindestens Fachhochschule) erreichen! Die meisten Sachbearbeiter verdienen viel weniger. Es ist mir sehr gut in Erinnerung, daß noch vor wenigen Jahren kein junger Mensch im öffentlichen Dienst arbeiten wollte. „Dort verdient man ja nichts", wurde argumentiert. Heute aber sind diejenigen, die diesen Dienst seit 20 bis 40 Jahren machen, die Prügelknaben der Nation.

Annemarie Scholz,
Hamburg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,
es gab einmal eine Zeit, da konnte jeder Arbeitsuchende unter zahlreichen Arbeitsangeboten die ihm passende Stelle wählen. Die Entscheidung, ob er beispielsweise in der freien Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst arbeiten wollte, war grundsätzlich jedem freigestellt.

Viele entschieden sich damals für die freie Wirtschaft, weil sie dort mehr verdienen konnten. Wenige übten eine Art freiwilligen Lohnverzicht und gingen zum öffentlichen Dienst – er lag lange Jahre am unteren Ende der Lohnskala – weil für sie die Zahlung einer zusätzlichen Altersversorgung nach Beendigung ihres Arbeitslebens einen bestimmten Stellenwert hatte.

Die öffentlichen Arbeitgeber wiederum waren froh um jeden, der sich für die Zusatzversorgung und damit für sie entschied, denn die zusätzliche Altersversorgung war für die Personalabteilungen der Unternehmen des öffentlichen Dienstes das einzige „Lockmittel", um Arbeitskräfte zu bekommen.

Und jetzt, da viele dieser Mitarbeiter die Altersgrenze erreichen und in den Genuß dieser satzungsgemäßen Leistungen aus der ZVK kommen könnten, sollen sie „zur Kasse gebeten werden" und auf einen Teil ihrer legalen Ansprüche verzichten.

Um es klar zu sagen, ich lehne jede Form einer Überversorgung ab, denn es ist nicht einzusehen, warum ein Rentner mehr an Rente erhalten soll, als er während seiner aktiven Zeit an Lohn erhalten hat. Es ist jedoch ungerechtfertigt, darüber hinaus langjährige Dienstleistungen im öffentlichen Dienst mit Kürzungen in der Zusatzversorgung zu „belohnen".

Mit freundlichen Grüßen
S. Seidel,
Köln 30

Wort des Tages

„Nicht der Glanz des Erfolges, sondern die Lauterkeit des Strebens und das treue Beharren in der Pflicht, auch der geringscheinenden, wird den Wert eines Menschenlebens entscheiden."

Helmuth Graf von Moltke, preuß. Generalfeldmarschall (1800–1891)

Sonderstellung

„ÖTV droht mit Verschärfung des Arbeitskampfes"; WELT vom 7. Mai

Was bewegt die ÖTV so hartnäkkig, nach mehr als 2 Prozent Lohnerhöhung zu schreien? Hat sie vergessen, daß sie Arbeitnehmer vertritt, die praktisch unkündbar sind? Diese Sonderstellung sollten ÖTV und die von ihnen vertretenen Beschäftigten bedenken, wenn sie die heutige Lage auf dem Arbeitsmarkt beurteilen! Wie gerne würden arbeitslose Bürger für den Lohn, den heute Müllwerker, Omnibusfahrer u. a. beziehen, in diesem Dienst tätig sein!

Man kann nicht anders als zu dem Schluß kommen, daß die Solidarität unter den Berufsgruppen weithin verlorengegangen ist.

Bei der Höhe der Staatsverschuldung wäre es auch angebracht gewesen, wenn die Beamten in Bund, Ländern und Gemeinden auf die Erhöhung ihrer Bezüge um 2 Prozent bis zum 1. 1. 84 gewartet hätten. Diese Haltung hätte bei den Bürgern im Lande Eindruck gemacht, ohne die Staatsdiener dem Hunger auszuliefern. Eine ähnlich positive Haltung boten im letzten Herbst Kanzler und Minister der neuen Koalition, als sie auf 5 Prozent ihrer Bezüge verzichteten.

Mit freundlichem Gruß
Oskar F. W. Schmidt,
Hamburg 65

Luther lesen

„Marx auf der Lippe, Luther im Herzen und Frieden im Sinn"; WELT vom 11. Mai

In diesem Jubiläumsjahr haben viele in West und Ost den Namen Martin Luther auf den Lippen. Wir werden mit Lutherbüchern und Lutherfeiern überschwemmt.

Aber trotzdem ist der Mann von Wittenberg im Grunde fremd, veraltet und unzeitgemäß. Es herrscht viel Abkehr von ihm. Das gilt besonders für die jüngere Pfarrergeneration.

Die Lutherehrungen sind rasch welkende Blumen, die keinen großen Wert haben. Es kommt darauf an, daß sich Herzen und Köpfe für die Grundanliegen des Reformators öffnen. Wer mit dem Namen Luthers für den Frieden demonstrieren will, darf nicht außer acht lassen, daß es Luther in allererster Linie um den Frieden ging, den Gott in Christus mit dem sündigen Menschen geschlossen hat.

Luther recht feiern, heißt Luther lesen und auf ihn hören. Das Unzeitgemäße ist oft gerade das Zeitgemäße, das, was wir nötig haben.

Der Lutherforscher Erwin Mülhaupt sagt in seinem Buch „Luther im 20. Jahrhundert": „Nichts erscheint mir so nötig, so hilfreich, so tröstlich, so geistvoll, so charakter- und glaubensstärkend wie das Hören auf Luther selbst."

Pf. Alexander Evertz, Dortmund

Personalien

GEBURTSTAG

Prof. **Wolfgang Friedrich Schnell**, emeritierter Ordinarius für angewandte Genetik und Pflanzenzüchtung an der Universität Stuttgart-Hohenheim, wird am Mittwoch 70 Jahre alt. Bis zu seiner Emeritierung 1981 war er Geschäftsführender Direktor des Instituts für Pflanzenforschung, Saatgutforschung und Populationsgenetik.

EHRUNGEN

Berlin läßt eine alte Tradition wieder aufleben: Die Deutsche Oper beruft den bisherigen Karlsruher Generalmusikdirektor **Christoph Frick** zum „Staatskapellmeister" (die Deutsche Staatsoper in Ost-Berlin kennt eine derartige Position seit langem). Frick wird als Erster Kapellmeister und Stellvertreter von Generalmusikdirektor **Jesus Lopez Cobos** engagiert.

*

Mit dem Saltarino-Preis zeichnet die „Gesellschaft der Circus-Freunde" dieses Jahr den Entertainer, Sänger und Artisten **Freddy Quinn** aus, der zur Zeit mit dem Zirkus-Musical „Barnum" im Berliner „Theater des Westens" auftritt.

Jennifer Anne O'Connor, 16jährige amerikanische Schülerin aus Stuttgart, wurde vom US-Botschafter **Arthur Burns** eine Auszeichnung für ihre Bemühungen um ein besseres Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern verliehen.

TODESFALL

Der langjährige frühere Direktor der Hamburger Sternwarte, der Astronom Prof. **Otto Heckmann**, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Der dreifache Ehrendoktor und Angehörige von zehn wissenschaftlichen Akademien war durch ein 1942 erschienenes Buch „Theorie der Kosmologie" international berühmt geworden. Auf seine Initiative wurde die Südsternwarte in Chile errichtet, die er von 1962 bis 1969 leitete.

WERBUNG

Eine Werbung ungewöhnlicher Art läßt Bayer Leverkusen sich etwas kosten: An ausgewählte Geschäftsfreunde in aller Welt geht eine auf 200 Exemplare limitierte Mappe mit sechs Berlin-Motiven (im Offset-Druck) des bekannten Berliner Malers und Graphikers **Reinhold Timm**.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Brunz; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 42/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheh

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Hayer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Genscher appelliert an Moskau

dpa/DW. **Bonn**

Zum Wiederbeginn der Genfer Verhandlungen über die europäischen Mittelstreckenraketen hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gestern an die Sowjetunion appelliert, die neue Verhandlungsrunde „im konstruktiven Geist" anzugehen. Vom SPD-Präsidium wurde zugleich eine „Überprüfung der westlichen Verhandlungspositionen" verlangt.

Genscher forderte Moskau auf, auf das neue westliche Angebot einzugehen, das als Zwischenergebnis zahlenmäßige Obergrenzen für die atomaren Gefechtsköpfe sowjetischer und amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa vorsieht. Ein solches Ergebnis würde die Bedrohung Westeuropas verringern und die NATO in die Lage versetzen, den vorgesehenen Umfang der Nachrüstung zu reduzieren. Es würde auch den Grundsätzen der Gleichheit und Parität entsprechen und ein wichtiger Schritt zu einem beiderseitigen Verzicht auf atomare Mittelstreckenwaffen sein.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr äußerte sich in einem Interview der „Neuen Osnabrükker Zeitung" auch „eher skeptisch" über den Fortgang in Genf. Entscheidend werde sein, „ob es möglich ist, in den fünf politischen Punkten, um die es für ein solches Abkommen geht, entweder einen Durchbruch oder eine Annäherung zu erreichen". Die fünf Punkte lauteten:

„Erstens Abbau der Mittelstreckenwaffen weltweit oder auf Europa bezogen. Zweitens die Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme. Drittens die Frage, nur landgestützt oder auch luftgestützt. Viertens ein Abkommen über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite. Fünftens die Frage der Verifikation." Er glaube, „daß die Berücksichtigung von britischen und französischen Systemen leichter wird, wenn man die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen und interkontinentale Raketen an einem Tisch zusammenführt".

Das Windei aus dem „Stern"

AP, **Hamburg**

Unter dem Titel „Das Wind-Ei", veröffentlicht der „Stern" in der kommenden Ausgabe die Hintergründe um die gefälschten Hitler-Tagebücher aus seiner eigenen Sicht. Dabei, so erklären die Redakteure, müßten sie sich auf die Schilderung des Kriminalfalles der Fälschung beschränken, solange nicht alle Fakten – auch und gerade die Vorgänge in Verlag und Redaktion – lückenlos geklärt seien. Der Bericht beziehe sich auf den Stand der Informationen vom vergangenen Sonntag.

Nach Angaben des Blattes erhielt der damalige Chefredakteur Peter Koch den ersten harten Hinweis auf die Fälschung genau an dem Tag, als die erste Fortsetzung der Serie veröffentlicht worden war. Der Schriften- und Dokumentenhändler Kenneth Rendell habe ihm in New York erklärt, die Hitler-Tagebücher seien eine Fälschung: „Schon nach kurzem Hinschauen wurde Peter Koch weiß wie die Wand." Koch habe daraufhin sofort in Hamburg angerufen und sei vom Vorstandschef des Verlages, Gerd Schulte-Hillen, aufgefordert worden: „Bringen sie Rendell so schnell wie möglich nach Hamburg." Wenige Stunden später hätten die Experten im Bundeskriminalamt die Tagebücher „eindeutig als die teuerste Altpapiersammlung der Welt erkannt". „Auf der ganzen Welt brach Gelächter aus. Und beim ‚Stern' das Chaos."

Nach der ersten Lieferung, sagte Heidemann, habe er die Tagebücher direkt aus der „DDR" geholt. Das Material sei „hinter dem Grenzübergang Lauenburg in einer scharfen Linkskurve" übergeben worden. Von seinem blauen Dienst-Mercedes habe Heidemann bei der ersten Lieferung ein Paket mit 480 000 Mark in ein überholendes „DDR"-Auto „Typ unbekannt, Farbe unbekannt, Kennzeichen unbekannt, Fahrer unbekannt" geworfen. Danach habe Heidemann das Fenster auf seiner Beifahrerseite heruntergekurbelt, Gas gegeben und den „DDR"-Wagen überholt. Dabei sei ihm das Paket mit den Tagebüchern ins Auto geflogen.

Vorwürfe und Nannens ‚Mea culpa'

Turbulente Betriebsversammlung / Forderungen der „Stern"-Redaktion zurückgewiesen

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

In der Redaktion der Illustrierten „Stern" und im Verlag des Blattes, Gruner + Jahr, ist in den vergangenen 48 Stunden das ganze Ausmaß der Krise zutage getreten, die durch den Schwindel um die gefälschten Hitler-Tagebücher und deren Abdruck ausgelöst worden ist.

Der G + J-Aufsichtsratsvorsitzende Reinhard Mohn, der den Mehrheitsgesellschafter Bertelsmann AG vertritt, hat es in einem vierstündigen, von beiden Seiten als „sachlich und höflich" geschilderten Gespräch mit drei Mitgliedern der Redaktion und einem Vertreter des Betriebsrats abgelehnt, die Bestellung der beiden Journalisten Johannes Gross und Peter Scholl-Latour zu Chefredakteuren und Herausgebern des Blattes sowie zu Vorstandsmitgliedern des Verlages zu widerrufen. Die weitere Forderung der Redaktion, den „Stern"-Herausgeber Henri Nannen sowie den Gruner + Jahr-Vorstandsvorsitzenden Gerd Schulte-Hillen zum Rücktritt zu veranlassen, wies Mohn ebenfalls zurück. Die Sprecher der „Stern"-Redakteure äußerten sich anschließend depriminiert über die weitere Entwicklung des Blattes. Die Redaktion der Illustrierten will die „symbolische Besetzung" der Redaktionsräume zunächst fortsetzen. Ein Streik wird jedoch von den Redaktionsvertretern ausdrücklich ausgeschlossen. Das Erscheinen der nächsten „Stern"-Ausgabe am Donnerstag sei gesichert; die Vorbereitung des folgenden Heftes werde jedoch durch den „vom Vorstand erheblich gestörten Betriebsfrieden" beeinträchtigt.

Turbulent ging es gestern auf einer Betriebsversammlung des Verlagshauses im Auditorium Maximum der Hamburger Universität zu, an der 1300 Mitarbeiter teilnahmen. In einer erregten Atmosphäre formulierten die Sprecher der „Stern"-Redaktion und des Betriebsrates sowie des Vorstandes ihre diametral entgegengesetzten Standpunkte. Ein Mitglied des Gesamtbetriebsrates rief unter lauten Buhrufen und Pfiffen der Betriebsversammlung aus: „Im Handstreich hat man uns zwei Leute vor die Nase gesetzt!" Aus dem Unternehmen würden „Anstand und Würde herausgemanagt". Man müsse jetzt fragen, wohin Vorstandsvorsitzender Gerd Schulte-Hillen den Verlag geführt habe, wenn es heute Grund gebe, sich der Zugehörigkeit zum „Stern" zu schämen.

Der Redaktionssprecher Rainer Fabian erklärte unter anhaltendem Beifall der Betriebsversammlung: „Das Engagement der Menschen, die den ‚Stern' machen, können Sie nicht einfach ignorieren." Dieses Engagement sei das Kapital und die Basis des Hauses. Die Empörung der Mitarbeiter gründe sich mittlerweile nicht mehr allein auf den Skandal um die gefälschten Hitler-Tagebücher. Es gehe nun auch darum, daß zwei Chefredakteure berufen worden seien, die keine Garantie für die Fortsetzung der bisherigen redaktionellen Linie des „Stern" bieten könnten.

Zu dramatischen Szenen kam es, *als ein Mitglied der „Stern"-Redaktion* dem Vorstandsvorsitzenden Schulte-Hillen zurief: „Sie sind nicht nur ein Stümper, Sie haben dem Unternehmen Schaden zugefügt!" Dabei ging es darum, ob der Andruck der „Stern"-Ausgabe mit den ersten Auszügen aus den Hitler-Tagebüchern noch hätte gestoppt werden können. Redakteure bejahten das, während Herausgeber Henri Nannen eine solche Möglichkeit nachdrücklich bestritt. Nannen stellte sich vor Schulte-Hillen und erklärte, zur Zeit des Andrucks habe man nicht gewußt, daß es sich um Fälschungen handelte; es hätten Gutachten „weltbekannter Sachverständiger" vorgelegen, die eine Echtheit der Tagebücher bestätigten. Schulte-Hillen appellierte an die Belegschaft, gemeinsam nach Kompromissen zu suchen; nur so komme man weiter. Einhellig verlangten die Diskussionsredner der Belegschaft dagegen den Rücktritt Nannens und Schulte-Hillens sowie einen Verzicht der beiden neuen Chefredakteure Johannes Gross und Peter Scholl-Latour. Ebenso einmütig wurde jedoch auch ein Streik zur Durchsetzung dieser Forderungen abgelehnt. Gross und Scholl-Latour haben unterdessen ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Chefredaktion zu übernehmen; Gross will heute seinen Dienst antreten, Scholl-Latour Mitte Juni.

Ein Teil der „Stern"-Redaktion *distanzierte sich gestern von einem* Leitartikel Henri Nannens, der in der nächsten Ausgabe der Illustrierten erscheinen wird. Unter der Überschrift „Hochkonjunktur für Scheinheilige oder: Die Kritik der reinen Unvernunft" schreibt Nannen: „Zugegeben: die Vernunft blieb draußen, jede kritische Distanz ging verloren, aber pures Tölpelspiel war es nicht, wie die Hitler-Tagebücher dem ‚Stern' zugespielt wurden."

Die Redaktion habe „mit der ganzen Sache nichts zu tun" gehabt und sei bis zum Beginn der Veröffentlichungen nicht informiert gewesen: Informantenschutz und strengste Geheimhaltung seien das oberste Gebot gewesen. Nun allerdings herrsche Hochkon*junktur für Scheinheilige, die alles* schon vorher gewußt hätten; doch sie machten auch keine gute Figur. So habe der Präsident des Koblenzer Bundesarchivs, Professor Hans Boome, den „Stern" mit Hohn und Spott übergossen, zuvor aber am 8. April im Namen des Bundesinnenministers einen schriftlichen Vertrag mit dem „Stern"-Reporter Gerd Heidemann geschlossen, der diesem das alleinige Recht für die publizistische Verwertung des Materials zugestanden habe. „Als kritische Journalisten hätten wir mehr tun müssen", bekennt Nannen, „und dies hätten wir früher erkennen sollen." Pardon werde dafür nicht gegeben. „Vollends unverzeihlich" sei es gewesen, daß man mit dem Abdruck begonnen habe, ohne Heidemanns Quellen genau zu kennen. Es habe sich um einen „Psycho-Krimi von suggestiver Raffinesse gehandelt". Als Heidemann schließlich unter dem Eindruck der hereingebrochenen Katastrophe den Namen eines „DDR"-Generals genannt habe, „entpuppte sich der als ein Gepäckträger in Köthen". Über seine eigene Rolle in dieser „Posse" schreibt Nannen: „Mea culpa, mea maxima culpa" (Meine Schuld, meine übergroße Schuld).

Papst will einen Tag länger in Polen bleiben

Spekulationen um Jaruzelski / Nachfolger schon in Sicht?

DW. **Warschau/Vatikanstadt**

Papst Johannes Paul II. will einen Tag länger als zunächst geplant seine polnische Heimat besuchen. Der Besuch ist, wie aus dem gestern vom Vatikan veröffentlichten offiziellen Programm hervorgeht, vom 16. bis 23. Juni geplant. Ursprünglich war der 22. Juni als Schlußtag vorgesehen. Ungeachtet dieser offiziellen Ankündigung hielten sich aber die Zweifel am Zustandekommen der Visite.

Der Papst soll bei seiner Ankunft am Nachmittag des 16. Juni in Warschau vom polnischen Staatspräsidenten Jablonski und „den höchsten Würdenträgern der Volksrepublik Polen" empfangen werden. Anschließend wird Johannes Paul II. eine Messe zum Gedenken an den 1981 verstorbenen Kardinal Wyszynski zelebrieren. Vor Bekanntgabe der Programmpunkte – gedacht ist an insgesamt 30 Predigten – hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche den Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp, und die Bischöfe der Diözesen empfangen, die es besuchen will.

Die amerikanische Zeitung „Christian Science Monitor" hatte unter Berufung auf einen hohen Geistlichen im Vatikan über Zweifel an dem Zustandekommen des zweiten Besuchs von Johannes Paul II. in seiner Heimat berichtet. Das Blatt schrieb, die weitere politische Karriere des derzeitigen polnischen Partei- und Regierungschefs Jaruzelski hänge offenbar an einem „seidenen Faden". Bei einem Wechsel in der Warschauer Führung werde der Papst nicht nach Polen reisen.

Als ein Zeichen für die gefährdete Position General Jaruzelskis wertete das Blatt Informationen – ebenfalls aus vatikanischer Quelle –, wonach der sowjetische Oberkommandierende des Warschauer Pakts, Marschall Kulikow, im April zwei Wochen lang Veränderungen innerhalb der polnischen Armee vorgenommen habe. Dabei sollen mehrere als unsicher geltende Offiziere gegen „sichere" ausgetauscht worden sein.

In Warschau kursierten Meldungen, wonach Jaruzelski möglicherweise abgelöst werden solle. Er sei, so hieß es – wie seinerzeit Verteidi*gungsminister Marschall* Konstanty Rokossowski und der Befehlshaber der Kriegsmarine, Admiral Zdzislaw Studzinski – für einen hohen Posten in der Zentrale des Warschauer Pakts vorgesehen. Als Nachfolger Jaruzelskis wurde an der Gerüchtebörse der Name von Tadeusz Fiszbach gehandelt. Das ehemalige Politbüro-Mitglied war im August 1981 aus dem Verkehr gezogen worden. Als KP-Chef des Bezirks Danzig hatte Fiszbach das Abkommen vom 31. August 1980 mit der „Solidarität" unterzeichnet. Fiszbach wird als „liberal" eingestuft.

Der Tod des 19jährigen Abiturienten Grzedorz Przemyk nach einem Verhör bei der Polizei hat in Polen Empörung ausgelöst. Man spricht sowohl von einem Anschlag auf die Kirche als auch auf die KOR-Opposition. Die Mutter von Przemyk, die Schriftstellerin Barbara Sadowska, die in der Hilfsstelle des Primas von Polen für politische Häftlinge tätig war, gilt als engagierte Anhängerin von KOR.

Vertreter von Arbeitern aus 13 Großbetrieben der Werftindustrie in Danzig haben in einem offenen Brief gegen die „Verleumdungskampagne" protestiert, der Arbeiterführer Lech Walesa und sein Seelsorger Pfarrer Henryk Jankowski in der zentralen und lokalen Presse Polens ausgesetzt seien. In dem vom 13. Mai datierten Schreiben auf einem Briefbogen der Lenin-Werft in Danzig heißt es, die Unterzeichner würden sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln weiteren Versuchen entgegenstellen, den guten Namen und die Vertrauenswürdigkeit von Walesa und Jankowski zu untergraben.

Das Danziger Parteiorgan „Glos Wybrzeza" hatte Pfarrer Jankowski vorgeworfen, er sei besonders deutschfreundlich, und dies sei möglicherweise damit zu erklären, daß sein Vater als „Hitler-Soldat" bei Odessa gefallen sei.

CBS: Beweise für Irans Teilnahme

AFP, **Washington**

Amerikanische Geheimdienste besitzen nach Informationen der Fernsehgesellschaft CBS Beweise für die Beteiligung Irans an dem Anschlag auf die US-Botschaft in Beirut vom April. Der US-Geheimdienst habe einige Tage vor dem Attentat eine Reihe von Botschaften des iranischen Außenministeriums an die iranische Botschaft in Damaskus abgefangen. In einer davon habe das Ministerium zugestimmt, 25 000 Dollar für einen terroristischen Angriff auf ein nicht genanntes Ziel in Beirut zu zahlen. In einer anderen wurde die Botschaft gebeten, zwölf Iranern zu helfen, die sich in Beirut aufhielten und nach dem Attentat nach Damaskus zurückkehrten.

Gegendarstellung

In der WELT vom 03. 05. 1983, Seite 10, verbreiten Sie in dem Artikel „DDR bot ‚Stern'-Redakteur Material über Hitler an" unrichtige Behauptungen über mich:

1. Mir ist zu keinem Zeitpunkt, weder in Ost-Berlin noch anderswo, „Zugang zu Aufzeichnungen über die letzten Tage des Führers in Aussicht gestellt worden", ich habe auch eine Erklärung dieses Inhalts weder gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium noch gegenüber irgendeiner Sicherheitsbehörde der Bundesrepublik Deutschland abgegeben.
2. Mir ist zu keinem Zeitpunkt und auch nicht vom Ministerium für Staatssicherheit „Hilfe" bei der Beschaffung von „Aufzeichnungen über die letzten Tage Hitlers" angeboten worden. Ich habe auch keine entsprechende Erklärung abgegeben.
3. Ich habe in Ost-Berlin keine „Einsicht in die Unterlagen über die Befragung der ehemaligen Sekretärin des CDU-Bundestagsabgeordneten Marx, Frau Goliath, erhalten", ich habe eine Erklärung dieses Inhalts auch weder gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium noch irgendeiner Sicherheitsbehörde der Bundesrepublik Deutschland abgegeben.
4. Falsch und von mir auch nicht „dargestellt" ist ferner, daß „Unterlagen über die Befragung" von Frau Goliath als Grundlage für eine entsprechende Veröffentlichung im STERN gedient hätten.
5. Ich habe dem Landesamt für Verfassungsschutz in Hamburg nicht berichtet, ich hätte mich bemüht, in der DDR „Aufzeichnungen über die letzten Tage Hitlers zu erhalten".
6. Ich habe weder die Hoffnung gehabt und darum ersucht, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) oder das hamburgische Landesamt möge mich „abdekken" *noch ist mir vom BfV schrift*lich oder mündlich mitgeteilt worden, „daß eine solche Abdeckung nicht möglich sei".

Hamburg, den 10. Mai 1983
gez. Dr. Thomas Walde
STERN-Redaktion

*

Die WELT ist nach dem Landespressegesetz von Nordrhein-Westfalen zum Abdruck dieser Gegendarstellung verpflichtet, unabhängig davon, ob der Inhalt wahr oder unwahr ist.

In einem Bericht des Bundesverteidigungsministeriums für eine Lagebesprechung im Bundeskanzleramt am 14. 7. 1981 heißt es wörtlich: „Durch die Angaben des W. (Anm. d. Red.: gemeint ist Herr Dr. Walde) in der ‚Erklärung zur Sicherheitsüberprüfung' ist dem ASBW bekanntgeworden, daß W. seit Erteilung des Sicherheitsbescheides Stufe 1 (b) vom 20. 3. 1980 (weitere) Reisen in den kommunistischen Machtbereich durchgeführt hat und dabei – in Verfolgung beruflicher Interessen – gezielt mit Angehörigen des MfS (Anm. d. Red.: Ministerium für Staatssicherheit der „DDR") Verbindung aufgenommen hat, über diese Reisen hat W. das LfV Hamburg (Anmerkung der Redaktion: Landesamt für Verfassungsschutz in Hamburg) jeweils unterrichtet.

In einer – nach Absprache mit dem LfV Hamburg – durchgeführten Befragung des W. zu diesen Reisen durch die MAD-Stelle 11 in Hamburg hat dieser angegeben, daß ihm anläßlich eines Aufenthaltes in Erfurt im Mai 1980 von einem Angehörigen des MfS telefonisch Material für den ‚Stern' angeboten worden sei.

Bei seinen daraufhin im Auftrag seines Arbeitgebers (und nach vorheriger Rücksprache mit dem LfV Hamburg) durchgeführten Reisen nach Ost-Berlin habe er Einsicht in die Unterlagen über die Befragungen der ehemaligen Sekretärin des MdB Marx (Frau Goliath) erhalten, diese hätten als Grundlage für entsprechende Veröffentlichungen im ‚Stern' gedient. Ferner sei ihm Zugang zu den Aufzeichnungen über die letzten Tage des ‚Führers' in Aussicht gestellt worden, an denen im Hinblick auf eine in Vorbereitung befindliche zeitgeschichtliche Dokumentation des ‚Stern' ein besonderes Interesse bestehe, wenn auf anderem Wege nicht an diese Aufzeichnungen zu gelangen sei, werde er die angebotene Hilfe des MfS in Anspruch nehmen."

Die Redaktion

Strauß spricht vor der CDU

AP, **München**

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wird auf dem CDU-Bundesparteitag sprechen, der am 24. Mai in Köln beginnt. Bei seinem Grußwort wird Strauß nach Auskunft der CSU vor den Delegierten „zur aktuellen politischen Lage" Stellung nehmen. Dabei wird Strauß nach Ansicht politischer Beobachter auch jene außen- und deutschlandpolitischen Probleme ansprechen, die in den vergangenen Wochen gelegentlich zu Kontroversen zwischen den Unionsparteien geführt haben. Am Rande des Kongresses wird es voraussichtlich auch zu einem Gespräch zwischen Strauß und dem CDU-Vorsitzenden Bundeskanzler Kohl kommen.

Teurer Übereifer

e. a. a. (Athen) – Liselotte Funcke, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen und zur Zeit auf Informationsreise in Griechenland, hat Erstaunliches enthüllt: Ein Ende der 70er Jahre von Bonn und Athen abgeschlossenes Abkommen zur Gründung von sogenannten Arbeitnehmergesellschaften durch heimkehrende griechische Gastarbeiter ist bisher allen Bemühungen der Bundesregierung zum Trotz vom Athener Parlament nicht ratifiziert worden. Eine Ratifizierung ist auch gar nicht in Sicht.

Die Gründe dieser ablehnenden *Haltung der Griechen konnte* Frau Funcke nicht erforschen. Zwar will Arbeitsminister Giannopoulos den Vertrag auf seine Tauglichkeit hin prüfen lassen. Aber Athens kostspieliges Zögern hat er nicht näher begründet. Mag sein, daß in anderen Ländern, so etwa in der benachbarten Türkei, schlechte Erfahrungen mit hastig gegründeten Arbeitnehmergesellschaften gemacht worden sind. Aber gut funktionierende Betriebe sind ebenso zustande gekommen. Eher liegt der Verdacht nahe, daß Griechenlands Sozialisten in ihrem reformatorischen Übereifer alles ablehnen, was ihre konservativen Vorgänger vereinbart hatten.

Diese törichte Haltung kostet die Griechen Geld. Denn die Bundesregierung wollte den heimkehrenden Hellenen beträchtliche Subventionsbeträge zur Verfügung stellen. Wenn sie nicht in Anspruch genommen werden, werden sie anderswo verwendet. Und welche Regierung kann ihren Bürgern Gelder vorenthalten, die ihnen die Reintegration in die Heimat erleichtern sollen?

Feste Zusage

hdt – Kein Jugendlicher soll in diesem Jahr ohne Ausbildungsplatz bleiben, versprach der Bundeskanzler. An seinem guten Willen fehlt es dabei sicher nicht, aber es ist Aufgabe der Wirtschaft, das Versprechen einzulösen. In welchem Ausmaß dabei nicht nur das schon immer ausbildungsfreundliche Handwerk mitzieht, sondern auch die Industrie, zeigt das Beispiel der Metallindustrie im Raum Bielefeld, die derzeit nicht gerade auf Rosen gebettet ist. Sie war im vergangenem Jahr von der Rezession besonders hart betroffen, was zu Kurzarbeit und zu Entlassungen führte und mit dazu beitrug, die Arbeitslosenquote in der Region auf 12,1 Prozent anschwellen zu lassen. *Trotzdem ist es nicht* zuletzt der positiven Ansprache durch den Unternehmerverband zu verdanken, daß hier die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze in diesem Jahr die des Vorjahres um fast 15 Prozent übersteigt. Kein Jugendlicher, der einen solchen Platz in der Metallindustrie sucht, bleibt unversorgt; das ist hier kein unverbindliches Lippenbekenntnis, sondern eine feste Zusage.

AGRARVERHANDLUNGEN / Kritik bei Bauern und Verbrauchern

Gemeinschaft an der Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit

W. HADLER/H.-J MAHNKE, Brüssel/Bonn

Mit einer Anhebung ihrer Garantiepreise um durchschnittlich zwei Prozent müssen sich die deutschen Landwirte im kommenden Wirtschaftsjahr begnügen. Trotzdem wird der nach monatelangem Tauziehen zustande gekommene Agrarkompromiß den EG-Haushalt voraussichtlich mit Mehrkosten von 2,75 Milliarden Mark belasten und die Gemeinschaft erstmals an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bringen.

Der *Ministerrat* einigte sich auf eine durchschnittliche Aufstokkung der Erzeugerpreise in Europäischen Währungseinheiten (Ecu) um 4,2 Prozent und entsprach damit, wie auch bei fast allen anderen Entscheidungen, exakt den Vorschlägen der Brüsseler Kommission. Wegen der gleichzeitig vereinbarten Reduzierung der Grenzausgleichsbeträge im Handel ergeben *sich für die einzelnen Mitgliedsländer* jedoch auch in diesem Jahr wieder unterschiedliche Preisaufbesserungen. Die „grünen" Kurse, die das Umrechnungsverhältnis der Ecu in nationale Währungen ausdrücken, wurden sogar für einzelne Erzeugnisgruppen unterschiedlich angepaßt, was die Transparenz im Handel weiter erschweren dürfte.

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle erklärte sich zu einem generellen Abbau des deutschen Währungsausgleichs um 3,2 Punkte auf 9,8 Prozent bereit. Die Einfuhrausgaben und Ausfuhrsubventionen für Milch sollen jedoch nur um 2,2 Prozent, die für Getreide um 2,7 Prozent gesenkt werden.

Die Auswirkungen auf die deutschen Garantiepreise wurden ferner durch einen *technischen* Trick geringer gehalten als ursprünglich zu erwarten war. Durch eine „Aktualisierung" *des Gewichtes des* britischen Pfundes im europäischen Währungskorb bleibt der deutschen Landwirtschaft ein Preisabschlag von 1,3 Prozent erspart, der sonst mit dem Abbau des Währungsausgleichs verbunden gewesen wäre. Dafür erhalten Abwertungsländer wie Frankreich zusätzlichen Spielraum für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Die Preisbeschlüsse standen – wie in den vergangenen Jahren – nicht nur unter dem Zwang, unterschiedlichen Inflationsraten Rechnung zu tragen, sondern auch die *Kostenexplosion der gemeinsamen* Agrarpolitik stärker in den Griff zu bekommen. Entgegen den Forderungen einiger Regierungen hielt der Rat daran fest, die Preise für die wichtigsten Überschußerzeugnisse (Milch, Getreide und Raps) geringer anzuheben als nach dem allgemeinen Erhöhungssatz. Der darin zum Ausdruck kommende Wille zur Auflockerung der unbeschränkten Preisgarantien wurde durch die „Fortschreibung" der *im vergangenen Jahr festgelegten* Produktionsschwellen so wie durch die Verlängerung der bestehenden Erzeugerabgabe für Milch bekräftigt. Kiechle, der als Neuling unter den Ministern und als Ratspräsident einen besonders schweren Stand hatte, meinte nach der Sitzung, das „Preispaket" sei für Verbraucher und Steuerzahler günstig und für die Landwirte „gerade noch erträglich" ausgefallen. Er erwarte auch positive Auswirkungen auf die handelspolitischen Gespräche mit den USA.

Die Preisbeschlüsse sind bei Bauern und Verbrauchern auf Kritik gestoßen. Mit Preisanhebungen von rund einem Prozent für die deutschen Landwirte habe Bundesminister Kiechle sein selbstgestecktes Ziel nicht erreicht, moniert der Bauernverband. Den Bauern werde der dringend erforderliche Inflationsausgleich vorenthalten. Die deutschen Landwirte erwarteten, daß nunmehr bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen ihrer schwierigen Situation Rechnung getragen werde.

Von einem weiteren, wenn auch diesmal kleineren Schritt in die falsche Richtung spricht die *Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher* (AgV). Nach den Rekordpreisanhebungen im vergangenen Jahr um elf Prozent im EG-Durchschnitt und sieben Prozent in der Bundesrepublik wäre ein Einfrieren der überhöhten Preisgarantien vernünftig gewesen. Obwohl der Markt niedrigere Preise hergeben würde, rechnet der Verbraucherverband langfristig mit einer Verteuerung der *Lebensmittelpreise* um ein Prozent aufgrund dieser Beschlüsse. Die diesjährige Preisrunde koste den deutschen Verbraucher daher eine Milliarde Mark, eine weitere Milliarde müßten sie als Steuerzahler für die Brüsseler Gemeinschaftskasse aufbringen.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER GIPFEL

Die Differenzen konnten nicht beseitigt werden

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Divergenzen der beiden Regierungen konnten auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen in Paris nicht erkennbar abgebaut werden. Zwar räumte man auf deutscher Seite ein, daß die von Präsident Mitterrand Mitte 1982 eingeleitete und Ende März verschärfte Stabilisierungspolitik eine gegenseitige Annäherung bedeute. Andererseits aber wird befürchtet, daß Frankreich protektionistische Maßnahmen ergreift, wenn es seine hochdefizitäre Handelsbilanz nicht sanieren kann.

Im vergangenen Jahr hatte sich das Defizit im gesamten französischen Warenverkehr gegenüber 1981 auf 93 (50) Milliarden Franc erhöht, wobei die Ein- und Ausfuhren auf fob-Basis berechnet sind. Nach der international üblichen Erfassung der Importe zu cif-Werten war der Passivsaldo – allerdings unter Ausschluß des für Frankreich stark aktiven Waffenhandels – auf 151 (105) Milliarden Franc gestiegen. Das Defizit mit der Bundesrepublik (cif-fob mit Waffenhandel) erhöhte sich auf 38,1 (23,3) Milliarden Franc.

Ein derartiger Fehlbetrag sei „unerträglich", hatte die französische Außenhandelsministerin Edith Cresson während der Gipfelgespräche vor dem französischen Fernsehen erklärt. Sie forderte dabei die Bundesrepublik auf, ihre Importe aus Frankreich zu verstärken, unter anderem durch die Bestellung von Airbussen sowie des Hochgeschwindigkeitszugs TGV. Die deutsche Seite wollte sich darauf aber nicht einlassen.

Hingegen erklärte sie sich grundsätzlich zu einem Abbau der technischen Normen (TÜV usw.) bereit, die nach französischer Auffassung auf eine indirekte Einfuhrbeschränkung hinauslaufen. Dies aber brauche *einige Zeit, hieß es* in deutschen Delegationskreisen.

Als weiterer deutscher Beitrag zu den französischen Sanierungsbemühungen wurde die hauptsächlich von der Bundesrepublik abgedeckte Devisenhilfe der EG im Gegenwert von 27 Milliarden Franc (4 Milliarden Ecu) anerkannt. Bereits Ende März, bei der letzten Berichtigung der Paritäten des Europäi*schen Währungssystems (EWS)*, war die Bundesregierung mit einer D-Mark-Aufwertung von fünfeinhalb Prozent den Franzosen sehr entgegengekommen.

Gleichwohl war man in deutschen Delegationskreisen sehr skeptisch, ob es der sozialistischen Regierung mit dieser dritten Abwertung gelingt, ihre Stabilisierungsziele zu erreichen, das heißt, *das Handelsbilanzdefizit 1983 auf* 45 Milliarden Franc (fob-fob) und 1984 auf Null zu reduzieren und außerdem die Inflationsrate über 8 Prozent 1983 auf 5 Prozent 1984 zu drücken.

Damit wäre der französische Preisanstieg wahrscheinlich immer noch wesentlich höher als in der EG, die schon jetzt ohne Frankreich unter 5 Prozent liegt. In der Bundesrepublik hatte die Teuerung im Jahresvergleich März 3,5 Prozent und in den letzten sechs Monaten, auf ein Jahr hochgerechnet, nur 2 Prozent erreicht. Eine erneute Berichtigung der Franc/D-Mark-Parität scheint sich danach noch vor Ende dieses Jahres aufzudrängen.

Erstmals mit Liberalen

Von WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die *Koalitionsverhandlungen* der beiden künftigen Regierungsparteien sind in Österreich weitgehend abgeschlossen. Erstmals in der 2. Republik werden im Parlament in Wien Liberale auf der Regierungsbank sitzen. Die Konsequenzen sind vorerst kaum abzusehen. Denn von den wichtigen Grundzügen ihrer von Parteitagsbeschlüssen festgelegten Politik werden die Sozialisten kaum leicht abzubringen sein. Schließlich wird die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die bei den Wahlen am 24. April immerhin ein Sechstel ihrer Stimmen verloren hatte und dennoch durch eine günstige Wahlarithmetik statt elf nunmehr zwölf Sitze im Nationalrat besetzen kann, mit 4,9 Prozent der Wähler*stimmen* keine großen Ansprüche stellen können.

Dennoch könnte es den Liberalen gelingen, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet stärkere Akzente zu setzen, als ihrem Stimmengewicht entsprechen würde. Zumindest, so lange Bruno Kreisky als Vorsitzender in der SPÖ noch den Ton angibt. Denn mit einer deutlichen Profilierung des kleinen Koalitionspartners könnte Kreisky dem Ziel der Schwächung der konservativen Volkspartei (ÖVP), die zuletzt deutliche Stimmengewinne verbuchen konnte, nahe kommen – wenn es den Liberalen gelingt, ÖVP-Stammwähler (insbesondere aus der Wirtschaft) zu gewinnen.

Die vorerst gefundenen Kompromisse zwischen Sozialisten und Liberalen entsprechen durchaus dieser Strategie: Verzicht auf eine von Kreiskys Finanzminister bereits angekündigte höhere Besteuerung von Weihnachts- und Urlaubsgeld bei Besserverdienenden dank der Ablehnung durch die FPÖ, und eine deutliche Modifizierung der avisierten Quellensteuer auf Sparguthaben als reine Anonymitätsabgabe dürfte den Liberalen im Mittelstand bereits Pluspunkte bringen.

Daß auf der anderen Seite das monströse Konferenzzentrum in der Wiener UNO-City, auf dem Kreisky persönlich besteht, auch gegen den Protest der FPÖ weitergebaut wird, zeigt nur allzu deutlich, wie die Kompromißformeln der neuen Regierung aussehen.

Wenig Erfolg hatten die Liberalen bei ihrem Sturm auf das Handelsministerium, das sie gerne zu einem Wirtschaftsministerium mit umfassenden Kompetenzen aufgewertet wissen wollten. Dort wird Parteiobmann Norbert Steger, der *künftige Vizekanzler der Republik*, als gelernter Rechtsanwalt persönlich residieren – allerdings letztlich mit deutlich weniger Kompetenzen, insbesondere im Handelsbereich, als sein sozialistischer Vorgänger Josef Staribacher. Der zusätzliche Posten eines Staatssekretärs im Finanzministerium bleibt da für die Liberalen nur ein schwacher Trost, wird es doch mit der Zersplitterung der Kompetenzen noch schwieriger werden, wesentliche Vorstellungen über den künftigen Wirtschaftskurs durchzubringen, dessen grundsätzliche Ände*rung der persönliche Wirtschafts*berater von Steger, der aristokratische Industrielle Georg Mautner-Markhof, den Liberalen auf die Fahnen geheftet hat. Die Sozialisten werden sich jedenfalls nur wenig bremsen lassen, wenn es darum geht, den zunehmenden Staatseinfluß in der Wirtschaft immer fester zu verankern.

Wiederum auf Sympathiewerbung in der Wirtschaft zugeschnitten ist die bereits angedeutete Forderung der Liberalen nach Abschaffung von Lohnsummen- und Kreditsteuer. Ähnlich ausgerichtet ist auch die Forderung nach Reprivatisierung der großen Staatsbanken, die allerdings bei den Sozialisten wenig Gehör finden wird.

Mehr Erfolg dagegen könnte der FP-Programmatiker Mautner-Markhof bei seiner Forderung nach radikaler Einschränkung der öffentlichen Wirtschaftsförderung als bürokratischem Auswuchs mit mehr als 400 verschiedenen Kreditförderungsaktionen haben. Allerdings müßten der Wirtschaft gleichzeitig andere Erleichterungen wie etwa eine generelle Steuer*senkung im Zuge einer großen* und längst fälligen Steuerreform geboten werden, die von den Liberalen stark propagiert wird. Und aus der wirtschaftlichen Not zur Sanierung von Staatshaushalt und Sozialversicherungen könnte die Regierung durchaus eine Tugend machen und den FPÖ-Forderungen nach Einsparungen entsprechen.

In einem werden sich die Regierungspartner *wahrscheinlich* uneingeschränkt einig sein – wenn es darum geht, den Einfluß der ÖVP in den Wirtschaftsverbänden deutlich einzuschränken. Da könnte den Liberalen der größte politische Erfolg mit den administrativen Möglichkeiten des nunmehrigen Gewerbe- und Industrieministeriums im Rücken gelingen. Damit auch die Profilierung als Wirtschaftspartei in der Regierung.

AUF EIN WORT

„Im Auslandsgeschäft wachsen die Risiken. Aus wirtschaftlichen und unternehmenspolitischen Gründen sind *wir jedoch gezwungen*, Auslandsmärkte zu halten, auszuweiten oder zu erschließen. Mit Sorge beobachten wir daher den zunehmenden Protektionismus in vielen Ländern."

Dr. Klaus Pohle, Mitglied des Vorstandes der Schering AG.
FOTO: DIE WELT

„Osthandel-Streit vermeiden"

AP, Chicago

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, hat vor einer Wiederholung der Auseinandersetzungen gewarnt, die im vergangenen Jahr nach dem Weltwirtschaftsgipfel von Versailles zwischen Europäern und Amerikanern über das Erdgas-Röhren-Geschäft *ausgetragen worden* waren. *Durch* eine Neuauflage solcher Kontroversen entstehe die Gefahr, daß der Weltwirtschaftsgipfel 1984 nicht mehr stattfinde, sagte Wolff vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer in Chicago. Eine baldige Entscheidung über die amerikanische Haushaltspolitik werde die Gespräche der Staatsmänner in Williamsburg sehr erleichtern, betonte Wolff.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Frickhöffer: Programm der Regierung reicht nicht

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das Programm der Regierungs*erklärung reicht nach Ansicht* des Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), Wolfgang Frickhöffer, zur Gesundung der Wirtschaft nicht. Weit mehr marktwirtschaftliche Konsequenz sei erforderlich. Frickhöffer sprach vor der Presse in Bonn von einer Regierungserklärung der Zaghaftigkeit. Der ASM-Vorsitzende vermißt in der Regierungserklärung vor allem die Einsicht, daß eine Gesundungsstrategie politisch um so leichter durchzusetzen sei, je tiefer eingeschnitten werde. Werde nur an der Oberfläche korrigiert, protestierten sofort vorher Begünstigte, während die Gesamtheit dies nicht spüre und nicht als politischer Bundesgenosse gewonnen werden könne.

Nach Ansicht des Kieler Wissenschaftlers Roland Vaubel gehen die haushaltspolitischen Absichtserklärungen der Bundesregierung *in die richtige Richtung*. Dadurch würden die Ausgaben des Bundes (ohne Sozialversicherung) bis 1987 von 15,4 Prozent des Sozialprodukts 1982 auf 13,3 Prozent sinken. 1969 betrugen sie 13,8 Prozent.

Für die Ausgaben der Sozialversicherung sei eine entsprechende Korrektur bislang nicht erkennbar. Sie seien von 1969 bis 1981 von 13,6 Prozent auf 19,3 Prozent des Sozialprodukts gestiegen. Sie seien die Hauptursache dafür, daß die deutsche Staatsquote (Ausgaben im Verhältnis zum Sozialprodukt) in den Jahren 1978 bis 1981 mit 48,7 Prozent um mehr als ein Viertel höher als in den Jahren 1966 bis 1969 war. Die Bundesregierung werde ihre Kürzungsziele nicht erreichen, wenn es ihr nicht gelinge, das Lohn- und Gehaltsniveau im öffentlichen Dienst über mehrere Jahre konstant zu halten.

ELEKTROHANDWERK

Hoffnung auf Zunahme der Installations-Aufträge

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Obwohl das deutsche Elektrohandwerk sich für 1983 noch einmal auf einen Rückgang seiner Geschäfte eingestellt hat, sieht es jetzt wieder einen Silberstreif am Horizont. Anlaß des vorsichtigen Optimismus ist die Zunahme der Baugenehmigungen im ersten Quartal dieses Jahres, die sich gegen Jahresende auch in *Elektroinstallations-Aufträgen* niederschlagen dürfte.

Gerade dieser – mit 177 800 von 235 000 Beschäftigten und mit 28 000 von gut 40 000 Betrieben – größte Zweig der Branche ist 1982 arg gebeutelt worden. Der Umsatzrückgang um 1 Prozent auf 13,1 Mrd. DM entsprach realen Einbußen von fast 4 Prozent. Das Elektrohandwerk insgesamt kam nur dank einer vierprozentigen Steigerung im Radio- und Fernsehgeschäft noch auf ein Umsatzplus von 0,1 Prozent (auf 19,6 Mrd. DM), das preisbereinigt aber ebenfalls einen Rückgang bedeutete.

Trotz ihrer Probleme bemühen sich die Betriebe, die Zahl ihrer Lehrlinge, die im vergangenen Jahr leicht auf 74 900 (75 000) gefallen war, wieder zu steigern. Beklagt wird dabei aber vom Zentralverband der Deutschen Elektrohandwerke (ZVEH) eine Reihe von Hemmnissen, die zum Teil in den überproportionalen Steigerungen der Ausbildungsvergütung, aber auch in übertriebenen administrativen Vorschriften liegen.

Mit Vehemenz hat der Verband nun den Kampf um den Breitbandmarkt aufgenommen. Die von der Post zwar dementierten, aber in einem Verordnungsentwurf festgeschriebenen Absichten des Monopolunternehmens, auch den Breitbandmarkt bis hin zum Endgerät fest in den Griff zu nehmen, waren Gegenstand einer Unterredung, die Verbandspräsident Karl Friedrich Haas am Montag mit Experten des Wirtschaftsministeriums führte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Auslandsvertretungen sollen Firmen unterstützen

Bonn (dpa/VWD) – Die Förderung des Außenhandels hat für die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik den gleichen Rang wie die Aufgaben in den anderen Arbeitsbereichen. Dies bestimmt eine am Dienstag bekanntgewordene Weisung des Auswärtigen Amtes an alle deutschen Auslandsvertretungen. *Grundsätzlich sollten alle* deutschen Unternehmen von den Auslandsvertretungen unterstützt werden. Das Amt geht bei seiner Weisung davon aus, daß zwar die deutsche Außenhandelsbilanz 1982 den bisher höchsten Überschuß erzielt hat. Dieser Erfolg dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die deutschen Exporteure auf den Weltmärkten „einen zunehmend schwierigen Stand haben". Zur Außenhandelsförderung gehört nach Meinung des Ministeriums auch die Förderung deutscher Investitionen im Gastland, die oft zu einer Intensivierung *der gesamten bilateralen* Außenwirtschaftsbeziehungen führten.

NRW-Anleihe

Düsseldorf (rtr) – Das Land Nordrhein-Westfalen hat am Dienstag eine Anleihe über 800 Millionen Mark mit einem Kupon von 7¾ Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren aufgelegt. Wie die Westdeut*sche Landesbank Girozentrale* als Führerin des NRW-Bankenkonsortiums mitteilte, wird die Anleihe ab dem 26. Mai an allen acht Wertpapierbörsen der Bundesrepublik notiert. 600 Millionen Mark werden von den Konsortialbanken übernommen und in der Zeit vom 19. bis 25. Mai den Anlegern zum Kauf angeboten. Die restlichen 200 Millionen Mark bleiben zur Kurspflege in der Verfügung des Landes. Der Ausgabekurs der zweiten NRW-Anleihe in diesem Jahr wurde auf 99,75 Prozent festgesetzt. Aus den Konditionen errechnet sich eine Rendite von 7,79 Prozent. Um die Emission einem breiten Publikum zugänglich zu machen, wurden die Anleihebeträge in 100 Mark oder einem Mehrfachen davon gestückelt. Am 1. Juni 1983 wird die Anleihe zum Nennwert getilgt.

Verfügung aufgehoben

Bonn (Rei.) – Das Landgericht Köln hat eine vom Chemiekonzern Bayer AG, Leverkusen, erwirkte Einstweilige Verfügung gegen den *Bundesverband der Ortskrankenkassen* (BdO) aufgehoben, in der diesem untersagt wird, zu behaupten, daß Apotheken verpflichtet sind, das preisgünstigere Mittel abzugeben. Dahinter steht ein Hinweis der Kassen an die Apotheker, wenn vorrätig, das billigere reimportierte Arzneimittel abzugeben, als das teurere direkt bezogene. Der Pharmagroßhändler (Eurimpharm) konnte Markenarzneimittel preisgünstiger liefern, weil er die Möglichkeit von Reimporten aus der EG nutzte. Der Richter entschied, daß Bayer von der Freiheit *des Warenverkehrs innerhalb der* EG profitiere und es deshalb zulassen müsse, wenn sich diese Freiheit auch einmal gegen das Unternehmen auswirke.

Keine Einigung

Frankfurt (rtr) – Die Gespräche zwischen Bankenvertretern und dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen über eine Vereinbarung (Gentleman's Agreement) zur vollen Einbeziehung von Tochterbanken in die Grundsätze des Kreditwesengesetzes brachten in wesentlichen Punkten keine Einigung. Wie das Amt mitteilte, erklärten die Banken auf der Sitzung in Berlin lediglich ihre Bereitschaft, eine Verhaltensregel für die Beteiligungsbanken zu finden, nach der offene Positionen aus Devisen und Edelmetallen in einem bestimmten Verhältnis zu den haftenden Eigenmitteln stehen müssen.

Investitionsrate reduziert

Tokio (rtr) – Die japanischen Unternehmen werden im Haushaltsjahr 1983 (1. April bis 31. März) nach einer Studie der amtlichen Wirtschaftsplanungsagentur EPA erstmals seit sechs Wochen weniger investieren. Wie aus der Studie zu ersehen ist, liegen die Investitionsplanungen der Firmen auf nicht bereinigter Basis um 3,9 Prozent niedriger als im Vorjahr. Befragt wurden insgesamt 3915 Unternehmen mit einem Kapital von mindestens 100 Millionen Yen (etwa 100 Millionen Mark). Wie aus der Studie weiter hervorgeht, zeigten die Investitionsplanungen für das produzierende Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 7,9 Prozent nach einem geschätzten Zuwachs von 2,5 Prozent 1982.

SCHULDENKRISE / Wachstumspolitik gefordert

Euro-Geldmarkt betroffen

H. G. STÜWE, St. Gallen

Einig war man sich auf dem 13. internationalen Management-Gespräch an der Hochschule St. Gallen, daß mit dem Abschluß von Umschuldungsabkommen für einige Problem-Länder die internationale Finanzkrise noch nicht bewältigt ist. Die Erörterung des Schuldenproblems nahm denn auch auf dem Symposium, das heute zu Ende geht, breiten Raum ein. In bezug auf die zentrale Rolle, die der Internationale Währungsfonds (IWF) sowohl bei der Mittelaufbringung als auch der Durchsetzung wirtschaftlicher Anpassungsmaßnahmen in den Schuldnerländern zu erfüllen hat, stimmten die Teilnehmer überein. Ferner darin, daß ein Rückzug der Geschäftsbanken aus dem Aktivgeschäft mit den Entwicklungsländern verhindert werden müsse.

Hermann J. Abs, Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, verwies darauf, daß die Schuldenkrise am Europa-Geldmarkt erste Spuren hinterlassen habe. Für einige Länder sei die Mittelbeschaffung schwieriger geworden. Tatsächlich eingeschränkt worden seien bisher allerdings nur die Interbank-Geldhandelslinien gegenüber Banken aus Risikoländern. Abs wandte sich entschieden gegen jede administrative Festsetzung von Obergrenzen für Ausleihungen an Problemländer und gegen vorgeschriebene Mindest-Rückstellungen.

Mit dieser Auffassung befand er sich allerdings im Gegensatz zu einigen Vertretern von Zentralbanken und Bankaufsichtsbehörden. Entscheidend ist nach Auffassung von Abs, daß die Schuldnerländer sich um die Wiederherstellung ihrer Kreditwürdigkeit bemühten. Amerikanische Bankiers versicherten am Rande des Symposiums, daß kleineren Regionalbanken oft die notwendigen Informationen fehlten, um Länderrisiken richtig einzuschätzen. Hier habe die in Washington neu zu errichtende Evidenzzentrale eine wichtige Lücke zu schließen.

Der Direktor der Institute for International Economics, C. Fred Bergsten, bezeichnete vor den 700 Zuhörern aus Wirtschaft und Wissenschaft ein reales Wachstum von 3,35 Prozent jährlich bis 1986 in den OECD-Ländern als notwendige Voraussetzung, um die Verschuldungskrise zu bewältigen und Fortschritte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erzielen. Nur ein nachhaltiger weltwirtschaftlicher Aufschwung böte den Entwicklungsländern die Chance, ihre Schuldenlast aus eigener Kraft zu tragen.

Haupthindernis sei dabei die Überbewertung des Dollar von mindestens 20 Prozent gegenüber Yen und D-Mark, eine Folge der hohen amerikanischen Realzinsen. Solange in den USA noch mit jährlichen Budgetdefiziten von 200 bis 300 Mrd. Dollar gerechnet werden müsse, werde der hohe Zins als Schlüsselproblem erhalten bleiben. Es sei eine abgestimmte, gemeinsame Strategie der großen Industrieländer erforderlich. Sie müßten sich zu koordinierten Konjunktur-Belebungsmaßnahmen bereit finden.

Wie Bergsten hob auch der norwegische Premierminister Kare Willoch die Grundsatzerklärung der jüngsten OECD-Ministerratstagung zugunsten einer Wachstumspolitik hervor. Auf dem bevorstehenden Wirtschaftsgipfel von Williamsburg sollten sich die großen Industrieländer deshalb auf konkrete Expansionsmaßnahmen einigen, forderte der Politiker.

JUGOSLAWIEN

Einschneidende Reformen geplant

dpa/VWD, Belgrad

Das jugoslawische Wirtschaftssystem steht offenbar vor den einschneidendsten Veränderungen seit 20 Jahren. Das Signal dazu gab das serbische ZK-Präsidiumsmitglied Dragoslav Markovic. Im Juni, so kündigte er vor Funktionären an, werde eine weitaus radikalere Reform als 1965 durchgeführt. Damals waren die Wirtschaft von den Fesseln des Zentralismus befreit und die Grundlage für das 1976 verabschiedete Gesetz über die heutige Form der Arbeiterselbstverwaltung geschaffen worden.

Die Gesetze des Marktes, so Markovic, müßten als Basis und als Stimulierung für die Wirtschaft angewendet werden. Zudem sei mit einer Änderung des Steuerrechts zu rechnen. Es gebe keine Alternative zu dieser großen Wende.

Jugoslawien ist mit 19 Milliarden Dollar im Westen verschuldet. Aus diesem Grunde erließ man im vergangenen Jahr zahlreiche Gesetze und Verordnungen, um mehr Sparsamkeit zu erreichen, die Produktion anzukurbeln und den Export zu fördern. Die Motivierung der Arbeitnehmer und die Disziplin am Arbeitsplatz, die größten Probleme des Landes, haben dagegen eher nachgelassen.

Ob die Jugoslawen dennoch auch in Zukunft bis zum Rentenalter damit rechnen können, daß ihr Arbeitsplatz sicher bleibt, ist angesichts eines Heeres arbeitsloser Schulabgänger unsicher. Zudem scheinen die Banken nicht mehr bereit zu sein, in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen aus der Klemme zu helfen. Es war sogar so weit gekommen, daß Unternehmen aus der einen Republik gar nicht oder nur gegen Devisen in einen anderen Landesteil liefern wollten.

BRASILIEN / „Zahlungsunfähigkeit unwahrscheinlich"

Im Notfall helfen die USA

H.-A. SIEBERT, Washington

Heruntergespielt worden sind in der amerikanischen Hauptstadt Spekulationen, wonach Brasilien seine Gäubiger um ein Schuldenmoratorium ersuchen muß. Verwiesen wurde auf die Gespräche, die Brasilien seit Montag in New York mit Geschäftsbanken führt.

Dabei geht die Treasury davon aus, daß letztlich die amerikanischen Regionalbanken ihre im Dezember gemachten Kreditzusagen erfüllen – notfalls unter Druck des Federal Reserve Board. Laut US-Finanzminister Regan „dauert es zehn bis 14 Tage, bis das Brasilien-Problem gelöst ist". Falls die Verhandlungen mit den Banken doch scheitern sollten, wird mit Sicherheit das US-Finanzministerium wieder einspringen. Aus seinem Wechselkurs-Stabilisierungsfonds gewährte es Brasilien im vergangenen Herbst ein Darlehen über 1,2 Milliarden Dollar, das inzwischen zurückgezahlt ist.

Nicht überbewertet werden dürfen auch die Gespräche des brasilianischen Notenbank-Präsidenten Carlos Langoni mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington. Wie gegenüber der WELT erklärt wurde, wird auf keinen Fall über ein neues Hilfspaket oder eine Änderung der Konditionen diskutiert. Abgesehen davon, daß für Brasilien beim IWF alles „ausgereizt" ist, bedeutet eine Verschlechterung der Meßzahlen – zum Beispiel höhere öffentliche Defizite und geringere Exporterlöse – noch kein Scheitern des gemeinsam ausgearbeiteten Stabilisierungsprogramms. Es flackern nur „gelbe Lichter" auf. Hauptziel des IWF bleibt, dafür zu sorgen, daß Brasilien in drei Jahren über eine finanzierbare Zahlungsbilanz verfügt.

Die multilaterale Organisation *hat Brasilien im Februar einen* Beistandskredit über 4,9 Milliarden Dollar eingeräumt, verbunden mit wirtschaftspolitischen Auflagen. Der Schwerpunkt der Hilfe liegt jedoch bei den Privatbanken, die in Absprache mit dem IWF rund 26,5 Milliarden Dollar aufbringen sollten. Das ist aber nur zum Teil geschehen.

Von den Banken erhielt Brasilien zunächst 4,4 Milliarden Dollar neue Kredite. Außerdem wurden 1983 fällige mittel- und langfristige Schulden in Höhe von vier Milliarden Dollar überwälzt und 9,5 Milliarden Dollar als kurzfristige Handelskredite bereitgestellt. Nicht geklappt hat es mit der Wiederauffüllung kurzfristiger Bankdepositen in Filialen brasilianischer Banken im Ausland. Statt neun wurden nur 7,5 Milliarden Dollar überwiesen. Wegen der fehlenden 1,5 Milliarden Dollar befindet sich jetzt Brasilien in einer Liquiditätsklemme.

Dementiert wurde, daß Brasilien bereits drei Milliarden Dollar an zusätzlichen Mitteln benötigt. Fest steht jedoch, daß das Land mit 700 bis 800 Millionen Dollar, die es Banken und Lieferanten schuldete, im Rückstand ist. Bis Juli kann dieser Betrag auf 1,7 Milliarden Dollar steigen. Dennoch wird in Washington vor Panikmache gewarnt. Geltend gemacht wird, daß Brasilien wegen der Rückwirkungen auf die Finanzmärkte auf keinen Fall zahlungsunfähig werden darf. Deshalb werde es im Ernstfall immer eine „politische Lösung" geben. Brasiliens Auslandsschulden garantieren ein Auffangnetz: Sie schlagen mit nahezu 90 Milliarden Dollar (220 Milliarden Mark) zu Buch.

SUBVENTIONEN

Washington kritisiert Tokio

dpa/VWD, Tokio

US-Handelsminister Malcolm Baldrige ist zu Gesprächen über Japans Industriepolitik, die immer stärker ins Zentrum der amerikanischen Kritik an Tokios Wirtschaftspraktiken rückt, gestern in Tokio eingetroffen. Während seiner viertägigen Unterredungen will Baldrige mit den zuständigen Fachkollegen über die seiner Ansicht nach massive Unterstützung bestimmter Industriezweige durch die japanische Regierung reden.

Nachdem Japan mehrere Liberalisierungspakete zur Öffnung seiner Märkte verabschiedet hat, ist jetzt die Industriepolitik ins Schußfeld der USA geraten. Washington wirft Tokio vor, zukunftsträchtige Industriebranchen mit öffentlichen Geldern gezielt zu fördern. Mit den Produkten würden dann die Weltmärkte überschwemmt und die Konkurrenten aus dem Rennen geworfen. Diese Praxis und die „Kauft-japanisch"-Politik in Japan selbst diskriminiere ausländische Anbieter. Vor allem die amerikanischen Halbleiterhersteller und andere Technologieunternehmen seien die Opfer.

Das japanische Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI) hatte diese Vorwürfe kürzlich energisch zurückgewiesen. Die Industriesubventionen der japanischen Regierung seien weitaus geringer als behauptet. Zum Beispiel habe die US-Regierung im Jahre 1980 für Forschung und Entwicklung 28,4 Milliarden Dollar ausgegeben, Japan jedoch nur 6,03 Milliarden Dollar. Die Amerikaner halten dem entgegen, daß der größte Teil dieser US-Regierungsgelder für den Militärsektor bestimmt und daher nicht vergleichbar seien.

ZEMENTINDUSTRIE

Talsohle noch nicht überwunden

K. S., Bonn

Die seit drei Jahren anhaltende Baurezession hat sich auch 1982 negativ auf den Absatz der deutschen Zementindustrie ausgewirkt. Nach einem Rückgang um 4,6 Prozent 1980 und 9,2 Prozent 1981 setzte sich der Abwärtstrend 1982 mit einer Verringerung um 7,2 Prozent fort. Wie der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie, Peter Schuhmacher, mitteilte, hat der Absatz mit 27,8 Millionen Tonnen 1982 den niedrigsten Stand seit über 20 Jahren erreicht. Davon entfielen 92 Prozent auf den Inlandsmarkt und acht Prozent auf den Export.

Den Anstieg der Einfuhren um fast vier Prozent auf 1,4 Millionen Tonnen betrachtet der Verband mit kritischer Aufmerksamkeit. Einige Staatshandelsländer aus dem Ostblock lieferten Zement zu Dumping-Preisen, was ausschließlich der Devisenbeschaffung diene.

Ob die zu erwartende Tendenzwende in der Bauwirtschaft sich schon 1983 positiv auf den Zementabsatz auswirken wird, bezweifelt der Verband. Denn im öffentlichen Bau, einem wesentlichen Absatzmarkt der Zementindustrie, sei weiterhin mit Einschränkungen zu rechnen. Zahlen für die ersten vier Monate dieses Jahres bestätigen die Zweifel: Mit 6,8 Millionen Tonnen ging der Absatz gegenüber dem Vergleichszeitraum 1982 um 5,8 Prozent zurück. Die Hauptursache wird in der Verminderung des Exports um 30 Prozent gesehen.

Den Gesamtumsatz von rund 3,5 Milliarden Mark in 1982 glaubt die Branche auch in diesem Jahr halten zu können – bei einer voraussichtlichen Preissteigerung von sieben Prozent.

PELIKAN / Teilverzicht der Gläubigerbanken

Noch immer kein Partner

DOM. SCHMIDT, Hannover

Das Rätselraten um den immer wieder zitierten „finanzstarken Partner" für die seit über einem Jahr im Vergleich befindliche Pelikan AG, Hannover, geht weiter. Die zuletzt als „heißer Anwärter" für einen Einstieg bei dem traditionsreichen Büro- und Schreibwarenhersteller gehandelte Beiersdorf AG in Hamburg – an ihr sind die Tchibo Frisch-Röst-Kaffee AG und die Allianz Versicherungs-AG mit jeweils mehr als einer Schachtel beteiligt – dementiert diese Rolle ebenso wie die zum BAT-Konzern gehörende Interversa und der schweizerische Handelsriese Metro. Diese Gruppe war ins Gespräch geraten, nachdem bekannt wurde, daß die Schweizerische Bankgesellschaft eine aktive Vermittlungsrolle im Rahmen der Übernahmeverhandlungen spielt.

Ein Sprecher der Pelikan AG verwies darauf, daß unverändert mit mehreren Interessenten, auch aus dem Ausland, verhandelt werde. Es sei nicht auszuschließen, daß Anfang Juni bei der Veöffentlichung des Jahresabschlusses 1982 bereits ein Name genannt werde.

Die neuerlichen Spekulationen sind durch ein Treffen der Gläubiger-Banken *genährt worden,* bei dem es dem Vernehmen nach um ein konkretes Angebot eines Interessenten ging, im Falle eines Teilverzichts der großen Gläubiger das beim Pelikan-Aufsichtsratsvorsitzenden Otto Gellert, Hamburg, liegende „50-Komma-X"-Paket zu übernehmen.

Vergleichsverwalter Egon Kretschmer verweist *in diesem* Zusammenhang auf den gerichtlich festgestellten Vergleich, der die Befriedigung der rund 300 Mill. DM offenstehenden Forderungen bis Ende 1983 festschreibt. Die Großgläubiger, darunter 37 Banken, hatten bereits die Zinsen gestundet. Sie müßten sich nunmehr zunächst als „befriedigt" erklären, auch unter der Voraussetzung, daß die Forderungen nicht in voller Höhe beglichen werden. Wie es heißt, soll darüber Anfang nächster Woche eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Kommt es danach bei Pelikan zu einer neuen Konstellation, dürfte sich auch die Frage der vom Land Niedersachsen bereits zugesagten Bürgschaft neu stellen. Bislang hat das Unternehmen die 60-Mill.-DM-Bürgschaft nicht abgerufen. Die anstehenden Änderungen in den Eigentumsverhältnissen würden jedoch auch die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen verändern, so daß die Basis für die Bürgschaft nicht mehr gegeben ist.

MARGARINEINDUSTRIE / Nach Spanien-Beitritt:

Olivenöl schafft Probleme

HENNER LAVALL, Bonn

Spaniens Beitritt in die Europäische Gemeinschaft wirft gerade im Agrarbereich zahlreiche Probleme auf. Ein sehr kostspieliges sprach gestern der Verband der Deutschen Margarineindustrie in Bonn an. Es geht um Olivenöl, von dem in Spanien eine ganze Region (An*dalusien) abhängig ist. Bei einer* Erzeugung von durchschnittlich 500 009 Tonnen und einem Inlandsverbrauch von etwa 350 000 Tonnen bleiben Jahr für Jahr gut 150 000 t als Überschuß, der auch dann nicht oder nur schwer unterzubringen wäre, wenn das Land einmal EG-Mitglied ist.

So gehe die EG-Kommission in Brüssel allein beim Olivenöl nach dem Spanien-Beitritt von einem zusätzlichen Aufwand von rund einer Milliarde Mark aus. Der Verband der Margarineindustrie weist durch seinen Geschäftsführer Joachim Schede allerdings darauf hin, daß Wichtiges außer Betracht gelassen wurde. Denn die Preise für die spanischen Erzeuger würden aufgrund der EG-Stützpreise und der Beihilfen nahezu verdoppelt. Auch müßte Spanien – entsprechend der EG-Gesetzgebung – seine bisher abgeschotteten Grenzen für Importe von preisgünstigeren Ölen und Fetten öffnen. Darum sei mit einem erheblichen Sinken des spanischen Olivenkonsums zu rechnen.

Der tatsächliche Finanzierungsaufwand kann nach Angaben des Verbandes eher mit mehrerern Milliarden Mark veranschlagt werden. Es überrasche daher nicht, daß in EG-Kreisen bereits jetzt nach einer Fettsteuer gerufen werde, das heißt, preiswerte Öle und Fette müßten den Überschuß mitbezahlen. Eine entsprechende fiskalische Belastung könne aber aus handelspolitischer und aus verbraucherpolitischer Sicht nicht akzeptiert werden. Der Verband sieht einen Ausweg aus dem Dilemma der Überschüsse, das auch für andere EG-Agrarerzeugnisse wie Milch und Milchprodukte gilt, nur durch Einführung einer Flächenbeihilfe, die, im Gegensatz zur geltenden Praxis, unabhängig von der Produktionsmenge gewährt werden müßte.

BAYER / Großreinemachen beendet – Dividendenkürzung drastischer als bei den übrigen großen Konkurrenten

„Wir bemühen uns, die Scharte wieder auszuwetzen"

J. GEHLHOFF, Leverkusen

Der Absturz auf nur noch 4 (7) DM Dividende, den die Bayer AG, Leverkusen, für 1982 ihren 350 000 Aktionären drastischer als die übrige deutsche Großchemie zumutet, soll ein einmaliger Ausrutscher bleiben. „Wir bemühen uns, die Scharte wieder auszuwetzen", versichert Prof. Herbert Grünewald, Vorstandsvorsitzender dieser mit 2,53 Mrd. DM Aktienkapital größten deutschen Publikumsgesellschaft. Bis zur Hauptversammlung am 28. Juni hat er vermutlich noch mehr Anlaß als jetzt schon, solche Versicherung mit positiven Fakten aus dem laufenden Geschäft zu belegen.

Einen Ausstieg aus der Weltrezession erwartet zwar auch der Bayer-Chef „nur langsam und schrittweise". Vorsicht hält er beim Blick auf die Geschäftsaussichten 1983 betont für den besseren Teil der Tapferkeit. Aber nach dem im zweiten Halbjahr 1982 tiefen Konjunkturabschwung ist nun doch die Wende da. Und das im Umsatz wie im Ertrag.

Denn im ersten Quartal 1983 konnte Bayer die noch guten Daten der gleichen Vorjahreszeit wieder erreichen. Das gilt für die im zweiten Halbjahr 1982 auf 70 Prozent gesunkene Kapazitätsauslastung der Inlandsbetriebe, die nun zu den 75 Prozent von damals zurückkehrte. Es gilt für die Umsätze, die den Vorjahresstand bei der AG um 0,7 Prozent und im Weltbereich (hier mit 8,98 Mrd. DM) um 2,5 Prozent übertrafen. Und es gilt auch für den AG-Gewinn vor Steuern, der jetzt mit 237 (240) Mill. DM fast komplett das vor Jahresfrist noch gute Niveau wieder einstellte.

Hält diese Ertragstendenz an, die nach Grünewalds Andeutungen auch für den Weltbereich (und hier zumal für die großen US-Töchter) zutrifft, dann dürfte die AG ihren 1982 um 14,3 Prozent auf 735 Mill. DM gesunkenen Jahresgewinn vor Steuern 1983 um ein Drittel steigern.

Wird's so viel oder auch noch mehr? Der Vorstand äußert sich dazu zwar mit keinem Wort. Aber er liefert auch mit dem 1982er Abschluß ein gut 0,5 Mrd. DM schweres Argument für diese Prognose. Denn mit dieser Riesensumme hat Bayer 1982, offensichtlich auch die „Gunst der Stunde" einer überall auf Moll gestimmten Konjunktureinschätzung nutzend, ein Großreinemachen der Strukturbereinigung hinter sich gebracht. Darunter vor allem ein fast 200 Mill. teures Ausmerzen unrentabler Produktionen bei den US-Töchtern (Massenkunststoffe, Infusionslösungen, Protein-Nahrungsmittel) und das gut eine Viertelmilliarde teure Aufgeben der Cameraproduktion in der Agfa-Gevaert-Gruppe.

Ein Sonderaufwand, der nicht wiederkehrt und der notorische Verlustquellen des Konzerns beseitigt oder doch minimiert hat. Unter Einrechnung eines Teiles dieses Sonderaufwands zeigt der Vorstand denn auch im nun erstmals genannten „Nettoergebnis je Aktie nach DVFA-Formel" für 1982 erheblich niedrigere Minderungsraten als beim Jahresüberschuß-Ausweis: um 17,7 Prozent auf 9,76 (11,86) DM bei der AG und um 8,4 Prozent auf 10,14 (11,37) DM im Weltbereich.

Herausragend positiv in Wachstum und Ertrag blieben unter den elf großen Bayer-Geschäftsbereichen auch 1982 die Sparten Pharma/Pflanzenschutz mit nun 30 (1971 erst 19) Prozent Anteil an dem seit damals verdreifachten Weltumsatz. Das breite Mittelfeld der Sparten hielt sich „ordentlich". Negatives im Ertrag brachten nur die Sparten Farben/Fasern mit noch 8 (1971 noch 19) Prozent Weltumsatz-Anteil.

Analog dazu widmet Bayer seinen 1982 auf 1,55 (1,41) Mrd. DM gesteigerten und für 1983 mit 1,7 Mrd. DM geplanten Forschungsaufwand weit überproportional den Produktentwicklungen im Pharma/Pflanzenschutz-Bereich.

Einstweilen sieht der Vorstand keinen Anlaß, bei der mit 53 Prozent Eigenkapitalquote des Bilanzvolumens glänzenden AG das 1982 geschaffene genehmigte Kapital von 400 Mill. DM für eine neue Kapitalerhöhung zu nutzen. Sicherlich wird der Vorstand seinen Aktionären aber erneut erklären müssen, warum man aus dem 1982 noch um 4,5 Prozent auf 19,7 Mrd. DM gewachsenen Umsatz der Auslandstöchter nur 66 (52) Mill. DM Beteiligungserträge nach Leverkusen zog und diese zwecks Vermeidung der deutschen Nachversteuerung fast voll in die Rücklagen packte. Das Steuerargument allein reicht da immer weniger als Antwort aus – solange die Dividende der Muttergesellschaft nicht mehr stimmt.

Bayer (Welt)	1982	± %
Umsatz (Mill. DM)	34 834	+ 3,2
dav. Bayer AG	13 294	+ 0,5
Auslandsanteil (%)	76,6	(76,2)
Belegschaft	179 463	– 0,8
Personalaufwand	10 169	+ 6,5
Gesamtinvestitionen	2 193	–16,4
Cash-flow ¹)	3 090	– 9,0
netto¹)	1 975	– 8,6
Sachinvestitionen	2 058	–18,9
Ausschüttung ²)	209	–39,4
Jahresüberschuß	64	–87,6
dto. Bayer AG	264	–34,0
dav. für Rücklagen	62	–11,4

¹) Gewinn vor Steuern und Abschreibungen und Zuführung Pensionsrückstellungen; netto – ohne Steuern und Ausschüttung.
²)Davon 7 (14) Mill. DM für Konzernfremde.

Schöller übernimmt belgische Eisfabrik

dpa/VWD, Nürnberg

Die Schöller Unternehmensgruppe, Nürnberg, – Schöller Lebensmittel, Haeberlein Metzger und Schöller Österreich – hat den Um*satz 1982 um 4,1 Prozent auf 600,2* Mill. DM gesteigert. Dabei belief sich der Anteil des Speiseeis-Geschäftes in der Bundesrepublik am Gesamtumsatz auf 80,7 Prozent oder 453,4 Mill. DM. Die Tiefkühlkost erreichte einen Anteil von 8,3 Prozent und Backwaren von 11 Prozent.

Schöller, zweitgrößter Speiseeis-Hersteller in der Bundesrepublik, übernimmt zum 1. Juni 1983 im belgischen Beerse bei Antwerpen eine Eisfabrik. Das Unternehmen ist seit 1980 in den Benelux-Staaten und seit dem Sommer 1982 in Frankreich mit Speiseeis aktiv. In Beerse können im Jahr 20 Millionen Liter Speiseeis hergestellt werden.

KSB / Für 1983 wieder Dividende für die Stammaktionäre? – Hoher Auftragseingang

Strukturmaßnahmen sind abgeschlossen

J. WEBER, Frankenthal

Wolfgang Kühborth, vor gut einem Jahr vom Aufsichtsratsvorsitz in den Vorstandsvorsitz der Klein, Schanzlin & Becker AG (KSB), Frankenthal, zurückgekehrt, ist sich so gut wie sicher, für das Geschäftsjahr 1983 auch seinen Stammaktionären wieder eine Dividende anbieten zu können. Für das Jahr 1982 werden sie leer ausgehen.

Nach umfangreichen Maßnahmen zur inneren Stärkung und zur Vorsorge blieb nur noch ein Jahresüberschuß von 2,4 (5,8) Mill. DM, der gerade für eine Dividende von 2 DM je 50-DM-Vorzugsaktie ausreicht. Für 1981 waren die Stämme – erstmals nach zwei Jahren Pause – mit 3 DM und die Vorzüge mit 4 DM je 50-DM-Aktie bedient worden – zu früh, wie Kühborth meint.

Sein jetziger Optimismus hat mehrere Gründe. Zum einen wurde mit der Umstellung auf fünf weitgehend eigenverantwortliche Geschäftsbereiche die innere Struktur des Unternehmens geändert, wurde auch die Geschäftsstrategie vom Umsatzwachstum auf die Ertragsqualität umorientiert.

Zum anderen hat sich aber auch das Jahr 1983 gut angelassen: Der Auftragseingang stieg – allerdings bestimmt durch einige Großaufträge – um 23 Prozent auf 326 Mill. DM, der Auftragsbestand des Pumpen- und Armaturenherstellers um 15 Prozent auf 743 Mill. DM. Im Umsatz haben sich die neuen Aufträge wegen der langen Durchlaufzeiten aber noch nicht niedergeschlagen. Er ging um 1 Prozent auf 230 Mill. DM zurück, soll aber im Laufe des Jahres wieder aufholen.

Der Verzicht auf Verlust-Aufträge ließ auch 1982 schon den Umsatz um gut 3 Prozent auf 891 (922) Mill. DM abschmelzen. Da es gleichzeitig gelang, mit erheblicher Rationalisierung – verbunden mit einem Belegschaftsabbau auf 7280 (7520) Mitarbeiter – den Fixkostenblock im Gleichtakt mit der Leistung schrumpfen zu lassen, hat sich die Ertragslage bereits sichtlich verbessert. Das Betriebsergebnis stieg auf 15 (12) Mill. DM, der vom Unternehmen errechnete Cash-flow auf 50 (45) Mill. DM.

Nachdem 1981 für den Anlauf neuer Produkte erhebliche Investitionen nötig waren, kam man mit 28 (38) Mill. DM (bei wieder 35 Mill. DM Abschreibungen) 1982 auf das frühere „Normalniveau" zurück. In diesem Jahr geht es freilich schon wieder steil bergauf. Die Konzentration der Nürnberger Verwaltung auf den Werks-Standort Pegnitz, verbunden mit dem Bau eines neuen *Gebäudes (15 Mill. DM)* und eines neuen Prüffelds (10 Mill. DM) wird für ein Gesamt-Investitionsvolumen von 40 Mill. DM sorgen.

SCHIFFAHRTSBANK

Fördermittel nicht ausreichend

W. WESSENDORF, Bremen

„Die deutschen Reeder zeigen sich trotz beträchtlicher Einbußen in 1982 wieder investitionsfreudiger", erklärte der Vorstandssprecher der Deutschen Schiffahrtsbank AG, Bremen, Walter Behr*mann, vor der Hauptversammlung.* Behrmann kritisierte allerdings, daß nicht ausreichend staatliche Fördermittel zur Verfügung stünden, um geplante 140 Neubauten auf deutschen Werften zu ordern. Er sprach sich außerdem für Umstrukturierungsmaßnahmen und gleichzeitigen Kapazitätsabbau auf den deutschen Schiffbaubetrieben aus. Die Werftenkrise sei schwerwiegender als die Flaute in der Schiffahrt, denn die Schließung von Werften zerstöre Know-how, die Reeder dagegen könnten ihre Schiffe bis zum nächsten Aufschwung auflegen.

Mit dem bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres ist die Verwaltung „nicht unzufrieden", bei einem um 5 Prozent auf 2,28 Miliarden DM erfolgwirksamen Geschäftsvolumen wurde der Zinsüberschuß per 31. März im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt überproportional auf 9,15 Millionen DM gegenüber 7,80 Millionen DM gesteigert. Das Betriebsergebnis erhöhte sich im Vergleich der Stichtage von 5,98 *Millionen* DM auf 6,74 Millionen DM.

Die Hauptversammlung beschloß, auf das Grundkapital von 35 Mill. DM eine Dividende von 10 Prozent aus dem Bilanzgewinn von 3,5 Mill. DM auszuschütten. Außerdem wurde das bisher nicht ausgenutzte genehmigte Kapital von 5 Mill. DM erneuert. Im Geschäftsjahr 1982 erreichte die Schiffahrtsbank das zweitgrößte Jahresvolumen an Darlehensauszahlungen. Es betrug 588,6 (424,8) Mill. DM. Nach Angaben des Vorstandes beruhten die Darlehen weitgehend auf der Fertigstellung von Schiffsneubauten, die 1980/81 in Aussicht wachsenden Seetransportbedarfs in Auftrag gegeben worden waren. Der Anteil des Inlandsgeschäfts erhöhte sich auf 61 (31) Prozent.

In der Auslandsfinanzierung hat sich der geringe Export der inländischen Schiffbauproduktion für das weltweit operierende Spezialkreditinstitut nachteilig ausgewirkt. Die Schwäche der Second-hand-Märkte und die damit verringerte Nachfrage nach Ankauf und Finanzierungen für gebrauchte Schiffe hätten nur teilweise einen Ausgleich aus diesem Bereich zugelassen. Der Vorstand: „Unter diesen Verhältnissen betrachten wir das Neugeschäft mit ausländischen Reedereien in Höhe von 228,8 (291,2) Millionen DM dennoch als zufriedenstellend."



ALLKAUF / Ansehnliches Umsatzplus

Rendite über Durchschnitt

H. POSNY, **Mönchengladbach**

„Dem Wunsch nach Aufschwung stehen im Handel nackte Realitäten nachhaltig entgegen." Dazu zählt Gerhard Ackermans, einer der geschäftsführenden Gesellschafter der Allkauf SB-Warenhaus GmbH & Co. KG, Mönchengladbach, allfällige Gewerbesteuererhöhungen zwischen 10 und 30 Prozent und die im Juli ins Haus stehende Mehrwertsteuererhöhung, „die dem Handel kurzfristig weder zu Umsatz- noch zu Ertragswachstum verhelfen".

Verkäufe unter Einstandspreis als „Notbremse" und Mittel des Verdrängungswettbewerbs gesetzlich zu verbieten falle schwer, weil kaum kontrollierbar. So schädlich solche Verfahren für die gesamte Handelslandschaft seien, will Akkermans „mehr der Korrektur durch Bilanz und Ertragsrechnung vertrauen als der durch den Staat." Auch dem „Allheilmittel" No-name-Produkte gegen unzureichende Handelsspannen vermag Ackermans, einer der Sprecher der beiden Eigentümerfamilien Ackermans und Viehof, nicht zu trauen. „Diese Produkte haben sich zu großen Spannenfressern entwickelt", sie zehrten an den Spannen der notwendigerweise überteuerten Markenartikel. Die erfolgreiche Allkauf-Strategie: Angebot von (Marken-) Zweitmarken mit geringem Preisabstand zu den No names.

Der nach wie vor schwierigen Expansion im SB-Warenhausbereich will Allkauf neben der Mobilisierung von Umsatzreserven auf Altflächen „notgedrungen" durch Flächenbeschränkung auf etwa 4000 qm (anstelle der optimalen 9000 qm) steuern. Dabei würden bewußt bestimmte Sortimente ganz ausgeklammert. Den einmal eingeschlagenen Erfolgsweg will sich Allkauf, so H. E. Viehoff, nicht durch unorganische Brückenkopfbildungen im Süden zerstören. Daher hält der von der Logistik her sinnvollere Zug nach Norden über Bielefeld nach Braunschweig und Gifhorn sowie nach Hamburg und Schleswig-Holstein an.

Die Gruppe (Ende 1982: 33 SB-Warenhäuser, ganz überwiegend in Nordrhein-Westfalen), 12 Möbelhäuser, 35 (27) Fotofachgeschäfte und 3 C & C-Märkte sowie Allkauf-Reisebüros in allen Allkauf-Häusern und -Fotofachgeschäften) hat seit Anfang 1983 drei neue SB-Warenhäuser eröffnet, der C + C-Markt in Rees wird in ein SB-Warenhaus umgewandelt. Im laufenden Jahr werden 25 (16) Mill. DM investiert. Die Gruppe erwartet für 1983 einen Umsatz (ohne Konzessionäre) von 3,1 Mrd. DM (plus 6 Prozent). Im 1. Tertial lag das Plus bei 3,7 (11,9) Prozent, flächenbereinigt bei 1,8 Prozent.

Der Umsatz des Jahres 1982 von 3,02 Mrd. DM lag flächenbereinigt um 6,2 Prozent, preisbereinigt um 1 Prozent über dem Vorjahr. Die Investitionen betrugen 16 Mill. DM, die Abschreibungen lagen bei 23 Mill. DM. Mit etwas über 2 Prozent (im Vorjahr knapp 2 Prozent) Umsatzrendite vor Steuern liegt die Gruppe im Wettbewerb außerordentlich gut. Dazu haben erneut die gestiegene Flächen- und Mitarbeiterleistung, aber auch die höhere Umschlaggeschwindigkeit (SB-Warenhaus: 15,4 nach 14,9) beigetragen. Das über alles verbesserte Ergebnis stärkt die Eigenmittel, die mit 152 (114) Mill. DM das Anlagevermögen von 91 (102) Mill. DM weit überdecken. Allkauf beschäftigt 6416 Mitarbeiter.

ALLGÄUER ALPENMILCH / Sorge über die dramatische Entwicklung auf dem EG-Markt

Der Milchstrom ins Ausland fließt langsamer

DANKWARD SEITZ, **München**

„Eine Prognose über das Geschäftsjahr 1983 ist derzeit schwieriger denn je, doch wir hoffen, sowohl beim Umsatz als auch im Ertrag wieder das Vorjahresniveau erreichen zu können." Verunsichert hat die gesamte Ernährungsbranche und den Lebensmitteleinzelhandel, wie Hans D. Kalscheuer, Vorstandsvorsitzender der Allgäuer Alpenmilch AG, München, bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1982 erläuterte, eine seit Jahresanfang unerwartet deutliche Zurückhaltung der Verbraucher. So seien allein im Ernährungsgewerbe die Umsätze bis Ende März um 6 Prozent zurückgegangen, während im Gesamtjahr 1982 noch ein Plus von 4,4 Prozent erzielt werden konnte.

Aber nicht nur diese Entwicklung läßt Kalscheuer beim Blick in die Zukunft vorsichtig sein. Zahlungsschwierigkeiten und Importrestriktionen wichtiger Exportländer der Allgäuer Alpenmilch im Nahen Osten und in Nigeria führten bei dem Hauptumsatzträger, den Milchprodukten, zu einem Einbruch im Auslandsgeschäft von rund 20 Prozent. Und erst im Laufe des zweiten Halbjahres dürfte hier wieder eine Trendwende einsetzen. Im Inland habe man sich in den ersten vier Monaten 1983 dagegen insgesamt mit einem „kleinen" realen Umsatzrückgang im Vergleich zur Branche „recht gut gehalten". Bei Milchprodukten („Bärenmarke") ergab sich ein leichtes Plus, während der Absatz von Kindernahrungsmitteln („Alete") stagnierte.

Den Verlauf und das Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahres bezeichnete Kalscheuer vor dem Hintergrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage und im Hinblick auf den realen Umsatzrückgang im Lebensmitteleinzelhandel als „befriedigend". Die zur Nestlé-Gruppe gehörende Allgäuer Alpenmilch AG erreichte einen Teilkonzern-Umsatz von 1,3 (1,38) Mrd. DM. Unter Berücksichtigung der Ende 1981 abgegebenen Aktivitäten der Süddeutschen Verlagsanstalt und Druckerei GmbH, Ludwigsburg, entspreche dies einer Umsatzsteigerung von 3,4 Prozent (aktienrechtlich 1,6 Prozent) gegenüber 1981. Das Inlandsgeschäft habe dazu mit einem Plus von 3,9 Prozent und der Export mit plus 1,8 Prozent beigetragen. Die Preise wurden um durchschnittlich 3 Prozent angehoben. Die AG selbst erreichte einen Umsatz von 1,02 (0,99) Mrd. DM, was einer Steigerung von 2,9 Prozent entspricht.

Der Gewinn des Teilkonzerns konnte im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 18,9 (18,1) Mill. DM gesteigert werden; die AG steuerte dazu 18,8 (18,1) Mill. DM bei. Der Hauptversammlung am 8. Juli wird vorgeschlagen, daraus auf das Grundkapital von 133 Mill. DM eine auf 14 (13,50) DM erhöhte Dividende auszuschütten.

Mit der Entwicklung des St.-Ursula-Weinguts in Bingen (Hauptmarke „Goldener Oktober") zeigte sich Kalscheuer recht zufrieden, auch wenn bedingt durch Abschreibungen auf Lagerbestände ein Verlust von 0,65 Mill. DM übernommen werden mußte. Sowohl das Inlands- wie das Auslandsgeschäft seien gut gelaufen, so daß der Umsatz um 7 Prozent gesteigert werden konnte. 1983 wolle man die Marktposition mit einem neueingeführten französischen Rotwein und einem deutschen Landwein weiter ausbauen.

Auch das Markenartikelgeschäft der Unifranck Lebensmittelwerke GmbH, Ludwigsburg (Umsatz 191,8 Mill. nach 186,3 Mill. DM), habe sich erfreulich entwickelt und laufe auch weiterhin erfolgreich. Insbesondere das Geschäft mit Kaffeemitteln („Caro", „Linde's" und „Kathreiner") habe das Vorjahresergebnis übertroffen. Ausgewiesen wird ein Jahresüberschuß von 8,5 (8,1) Mill. DM.

Mit Sorge betrachtet Kalscheuer die dramatische Entwicklung auf dem EG-Milchmarkt, auch wenn dies für die Allgäuer Alpenmilch kein Problem sei. Angesichts der Überproduktion in der EG, die die Lagerbestände an Trockenmilch 1983 auf 1,0 (0,24) Mill. t und an Butter auf 0,6 (0,03) Mill. t anwachsen lasse, müsse man sich ernsthaft fragen, wer dies bezahlen solle.

Bergmann erwartet für 1983 Stagnation

Wz. **Berlin**

Die Bergmann-Elektricitäts-Werke AG, Berlin, eine Finanz- und Verwaltungsholding, erwartet bei ihren Beteiligungsgesellschaften in diesem Jahr keinen Umsatzzuwachs in nennenswertem Umfang. Im ersten Quartal sei zwar, wie das Unternehmen mitteilt, der Auftragseingang um 5 Prozent gewachsen, der Zuwachs habe aber nicht in allen Bereichen den Erwartungen entsprochen. Außerdem reagierten die elektrotechnischen Investitionsgüter bei einer Belebung der Konjunktur erst mit einer zeitlichen Verzögerung.

Im vergangenen Jahr stiegen die Umsätze der Beteiligungsgesellschaften, zu denen vor allem DeTeWe, die Bergmann Kabelwerke, die Gossen GmbH, die Heliowatt Werke, die Lackdraht Union und die Schorch GmbH gehören, um 2 Prozent auf 1,23 Mrd. DM. Für 1982 schlägt die Verwaltung der Hauptversammlung am 7. Juli wieder eine Dividende von 7 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM auf das Aktienkapital von 70 Mill. DM vor. Es entfällt der für 1981 ausgeschüttete Bonus von einer DM. Am Aktienkapital von Bergmann sind die Siemens AG mit rund 37 Prozent sowie die Bayerische Vereinsbank und die Deutsche Bank mit je mehr als einem Viertel beteiligt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neuer Verlag

Bonn (DW.) – Der Ehapa-Verlag und der Axel Springer Verlag geben künftig ihre Spezialzeitschriften gemeinsam heraus. Beide Verlage gründen deshalb eine neue Gesellschaft, den „Top Special Verlag", mit Sitz in Hamburg. An diesem Verlag werden Ehapa 51 Prozent und der Axel Springer Verlag 49 Prozent der Anteile halten. Beide Verlage haben die Neugründung beim Bundeskartellamt angemeldet.

DUB-Schultheiss erhöht

Berlin (VWD) – Die Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG (Berlin und Dortmund) schlägt für 1982 eine von 12 auf 14 Prozent erhöhte Dividende vor. Die Hauptversammlung ist am 6. Juli in Berlin.

Gehe zahlt vier Prozent

Stuttgart (VWD) – Die Verwaltung der Gehe AG (Stuttgart), Pharma-Großhandel, schlägt der Hauptversammlung am 27. Juni 1983 vor, für das Geschäftsjahr 1982 eine Dividende von wieder 4 Prozent auf das Aktienkapital von 27 Mill. DM auszuschütten. Ausgewiesen wird für das Geschäftsjahr 1982 ein Bilanzgewinn von 1,17 (0,81) Mill. DM.

Bonus bei Boswau & Knauer

Düsseldorf (dpa/VWD) – Das Düsseldorfer Bauunternehmen Boswau & Knauer AG schlägt der Hauptversammlung am 21. Juni für 1982 eine von 8 auf 10 Prozent erhöhte Dividende sowie einen Bonus von 8 Prozent auf das Grundkapital von 20 Mill. DM vor. Der Bilanzgewinn des Unternehmens beträgt 3,8 Mill. DM.

Savag hält Dividende

Saarbrücken (VWD) – Die Savag Saarbrücker Versicherungs-AG, Saarbrücken, schlägt für das Geschäftsjahr 1982 wieder eine Gesamtdividende von 12 Prozent auf 2,6 Mill. DM Grundkapital vor. Außerdem sollen die Rücklagen abermals um 0,08 Mill. DM verstärkt werden. Die Savag Saarbrücker Krankenversicherungs-AG, Saarbrücken, will die gleiche Gesamtdividende von 12 Prozent auf 0,6 Mill. DM Grundkapital zahlen. Die Hauptversammlungen finden am 14. Juni statt.

Steag-Kapitalerhöhung

Essen (VWD) – Die Steag AG, Essen, schlägt der Hauptversammlung am 15. Juni eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln um 30 Mill. auf 150 Mill. DM vor. Die Erhöhung erfolgt per Umwandlung von freien Rücklagen. Es werden 50 000 neue Namensaktien im Nennwert von 600 DM ausgegeben, die vom 1. Januar 1982 an gewinnberechtigt sind. Bezugsberechtigt sind die Aktionäre im Verhältnis ihres bisherigen Anteils an der Gesellschaft. Die Steag-Dividende soll 14 Prozent betragen.

Umsatzrückgang

Braunschweig (VWD) – Einen Bilanzgewinn von 0,49 (0,52) Mill. DM weist die Mühle Rüningen AG (Braunschweig) für 1982 aus. Für 1982 wird die Dividende um 3 DM auf 5 DM je 50-DM-Aktie gekürzt. Wie das Unternehmen im Geschäftsbericht ausführt, haben Vermahlung und Umsatz fast 4 Prozent niedriger als 1981 gelegen.

Benger: Konkursantrag

Bad Rappenau (VWD) – Die Wilhelm Benger Söhne GmbH & Co. KG („Benger-Ribana"), Hersteller von Freizeit-, Sport- und Badekleidung, hat am 10. Mai beim Amtsgericht Heilbronn Konkursantrag gestellt. Die Geschäftsführung nennt als Gründe für diesen Schritt die aufgelaufenen Betriebsverluste, die insbesondere durch die Aufrechterhaltung der beiden komplett ausgerüsteten Standorte Bad Rappenau und Bregenz/Österreich und die hiermit verbundenen hohen Fixkosten sowie eine nicht genügende Eigenkapitalausstattung und eine erhebliche Zinsbelastung entstanden seien.

BOMIN-VERGLEICH

Noch zwei Problemfirmen

dpa/VWD, **Bochum**

Im Vergleichsverfahren der vier Unternehmen der Mineralölhandelsgruppe Bomin des Herbert Schnapka, Bochum, geht es nach Angaben des Vergleichsverwalters, Gerd-Wulf Joneleit, um Forderungen von 275 Mill. DM gegenüber der Holding. Ihnen ständen vorläufig bei der Handelstochter Warenbestände von 65 Mill. DM und Außenstände von 85 Mill. DM gegenüber. Offen ist nach Joneleit noch die Bewertung einer „Bomin" gehörenden Öl-Konzession in der Nordsee, deren Wert zwischen 5 Mill. und 50 Mill. DM liegen könne.

Die übrigen Vermögenswerte, darunter das bewegliche Betriebsvermögen, schätzte Joneleit auf 10 Mill. DM. Es stelle sich auch die Frage, was die Veräußerung von 32 kleinen Handelsgesellschaften erbringe. Ob der am 4. Mai angemeldete Vergleich bei Bomin durchgezogen werden könne, hänge auch von der Einigung der Banken ab, vor allem darüber, ob die vorhandenen Sicherheiten auch „insolvenzfest" seien.

Als Problemfirmen wertete der Vergleichsverwalter die beiden Bomin-Unternehmen Mönninghoff in Hattingen mit 1000 Beschäftigten und die Erdölfrisia GmbH in Emden mit 180 Beschäftigten, die beide bisher noch keinen Vergleich anmelden mußten. Mönninghoff-Geschäftsführer Walter Dietzel sieht bei einer Einigung der Banken eine Chance des Fortbestandes des Unternehmens mit dann rund 750 Beschäftigten. Dabei rechne man mit einer staatlichen Bürgschaft in Höhe von höchstens 20 Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bocholt: Walburga Hönig geb. Witte, Reken; **Hameln:** 1) W. Stock, Baugeschäfte GmbH & Co. KG 2) Stock, Bau-Beteiligungs- und Verwaltungsges-mbH; Nachl. d. Wilhelm Schmelz; Concordia Eisen- und Stahlgießerei GmbH, **Hanau:** Schäffer u. Budenberg GmbH; **Itzehoe:** Erika Hardes geb. Wehnert, Alleininh. d. Fa. Heinrich Harders, Bauunternehmen und Baustoffhandel, Schenefeld; **Leverkusen:** Nachl. d. Hans-Peter Schiefferens, Inh. d. Fa. Siebenmorgen & Co.; **Lübeck:** Vobau Fenster- und Türenmarkt GmbH; **Menden/Sauerland:** Horst Schymkowitz, Kaufmann; **Nürnberg:** Fa. Brodner-Bau Hoch-Tiefbau GmbH i. L.; **Stuttgart:** Nachl. d. Herbert Schwarz, Neckartenzlingen; **Wolfhagen:** Karl-Albert Köchling, Schmiedemeister, Breuna.

Anschlußkonkurs eröffnet: Darmstadt: Sabrina Kristall-Handelsges. mbH, Weiterstadt; **Reutlingen:** Möbel-Ibeo Inge Bechtle & Co. KG.



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		17. 5.	18. 5.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,65	100,65
5½ Bdbahn 58	10/83	100,25G	100,25G
10 dgl. 73 II	11/83	102,1	102,1
7½ dgl. 72	2/84	101,05G	101,05
8 dgl. 72	9/84	102,5	102,5
8¼ dgl. 76	9/84	102,7	102,7
6 dgl. 78 III	11/84	100	100,1
6½ dgl. 79	2/85	100,35	100,35
8½ dgl. 73	2/85	103,6	103,76
7 dgl. 77	2/87	99,25	99,45

Bankschuldverschreib.

	17. 5.	18. 5.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	86G	86G
6½ dgl. Pf 5	89,5G	89,5G
7 dgl. Pf 2	100G	100
F 7½ Bakola Pf 104	101,4G	101,4G
9 dgl. Pf 106	105,4G	105,4G
10 dgl. Pf 108	110,5G	110,5G
7 dgl. KS 132	96,6G	96,6G
8 dgl. KS 155	100,75T	100,75T
9 dgl. KS 159	104,26	104,26

Renten weiter unter Druck

Irritiert durch den festen Dollar-Kurs und enttäuscht über den weiteren leichten Zinsanstieg in den USA nahmen einige Rentenanleger weitere Positionslösungen vor. Bundesobligationen wurden bis zu einem halben Punkt, Bundesanleihen sogar darüber hinaus zurückgenommen. Dessen ungeachtet wird die letzte siebeneinhalbprozentige Bundesanleihe immer noch zum Emissionskurs von 100 Prozent notiert. Die Renditen am Pfandbriefmarkt liegen im 10jährigen Laufzeitbereich nunmehr deutlich bei acht Prozent mit steigender Tendenz.

	17. 5.	18. 5.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	82	82
6 dgl. Pf 20	81,5G	81,5G
6½ dgl. Pf. 2	86G	86G
7 dgl. Pf 3	98,25G	98,25G
7 dgl. Pf 27	101,25G	101,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121G	121G
5½ dgl. Pf 11	128,5G	128,5G
6 dgl. Pf 34	80bG	81G

	17. 5.	18. 5.
Br 6½ dgl. Pf 77	94,45	94,85G
6 dgl. Pf 42	99,9G	99,9G
8½ dgl. Pf 47	104G	104G
F 5 Frt. Hypbk. Pf 86	70,5G	71,5G
5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G
6 dgl. Pf 79	82	82G
8 dgl. Pf 130	93T	93T
8½ dgl. Pf 133	88G	88
10 dgl. Pf 168	101,35G	101,35G
H 5 Hyp. Lbk. Pf 2	115G	116

	17. 5	18. 5.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	99G	99G
7½ dgl. Pf 45	101,25G	101,25G
M 6 Südboden Pf 41	90,5G	90,5G
5½ dgl. Pf 57	78,75G	78,75G
6½ dgl. Pf 143	98,75G	98,75G
7 dgl. Pf 87	95,5bG	95,5bG
7½ dgl. Pf 104	97,5bG	98,5G
7 dgl. KS 49	94,5G	94,5G
7½ dgl. KS 81	101G	101G
8 dgl. KS 133	100,75	100,75
8½ dgl. KS 132	103,5G	103,5G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Zu kleinen Preisabschlägen kam es zum Wochenbeginn für Gold, Silber und Kupfer an der New Yorker Comex. Kaffee und Kakao zogen dagegen leicht an.

Getreide und Getreideprodukte

	16. 5.	13. 5.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	344,25	347,00
Juli	353,00	353,75
Sept.	363,25	363,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	238,11	237,61
Amber Durum	240,21	239,91
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	120,00	118,70
Juli	123,20	121,40
Sept.	127,20	126,30

Genußmittel

	16. 5.	13. 5.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	130,75	126,00
Juli	129,80	125,70
Sept.	127,50	123,90
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1959	1890
Juli	1971	1900
Sept.	1999	1929
Umsatz	7400	3380

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Aktien teilweise kräftig erholt

Die am Montag stark gedrückten Kurse lockten neue Käufer an

DW. – Die an der Montag-Börse teilweise um mehr als 10 DM zurückgenommenen Aktienkurse haben neue Käuferschichten mobilisiert. Dabei handelt es sich vorwiegend um inländische Institutionen, die ihre Anlagekäufe verstärkt haben. Da auf der ermäßigten Basis das Material knapp war und die vorangegangene Börsenschwäche in New York auf die Tendenz ohne Einfluß blieb, mußten die Notierungen an der Dienstag-Börse deutlich heraufgesetzt werden. Einige Interessenten zogen sich daraufhin wieder vom Markt zurück, in der Hoffnung, daß die deutliche technische Reaktion am Wochenbeginn nicht die letzte gewesen ist, sondern noch weitere Kauftage folgen werden.

Besonders ausgeprägt war die Kurserholung bei den am Vortag überdurchschnittlich gedrückten Bankaktien. So verbesserten sich Bayern Hypo um 12 DM und Bayerische Vereinsbank um 9 DM. Großbankaktien zogen um 5 bis 6 DM an. Zu einer bemerkenswerten Sonderbewegung kam es auch bei Linde. Während sich die meisten Maschinenbauaktien nur wenig veränderten, wurde hier der Kurs um 13 auf 397 DM heraufgesetzt.

Düsseldorf: Küppersbusch erhöhten sich um 10 DM, Ponge und Zahn zogen ebenfalls um 10 DM auf 165 DM an und Ravensberger Spinne konnten sich um 5 DM auf 160 DM verbessern. Stolberger Zink verminderten sich um 20 DM auf 1230 DM, Rheag gaben um 7 DM auf 383 DM nach und Balcke Dürr sanken um 5 DM auf 210 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte konnten sich bis zu 7 DM pro Aktie verbessern. Neben- und Spezialpapiere blieben uneinheitlich. Kupferberg gaben um 20 DM auf 700 DM nach, Mainzer Aktienbier um 10 DM auf 255 DM und Eichbaum um 8,80 DM auf 176,20 DM. Verbessern konnten sich Thüringer Gas um 9 DM auf 404 DM, BHF-Bank um 8 DM auf 289,50 DM, Commerzbank-Restquoten fielen bei Doppelminus auf 14,25 DM je 100 Reichsmark.

Hamburg: Die Lokalpapiere entwickelten sich ohne einheitlichen Trend. So wurden HEW mit 115,50 DM minus 0,50 DM und NWK Vz. mit 162 DM plus 2 DM gehandelt. Um 4 DM auf 118 DM verbesserten sich Phoenix Gummi, Conti Gummi waren bei 90 DM plus 0,50 DM und Haller Meurer und Triton gaben um je 1 DM nach.

München: Agrob St. fielen um 9 DM auf 311 DM, Audi NSU gaben um 2,50 DM auf 236,50 DM nach, Deckel AG sanken um 4 DM auf 108 DM und Dywidag schlossen mit einem Minus von 9 DM auf 263 DM ab. Otto Stumpf St. konnten sich um 1 DM auf 33 DM verbessern.

Berlin: DUB-Schultheiss lagen um 9 DM, Schering um 5 DM, AEG und Siemens um je 4 DM fester. BHF-Bank verbesserten sich um 3 DM, Adca und Bekula um je 1 DM. Kempinski und Tempelhofer Feld wurden um je 5 DM höher und Lehmann um 5 DM niedriger taxiert. Herlitz Stämme ermäßigten sich um 8 DM, Herlitz Vorzüge um 2 DM, Orenstein um 1,50 DM und Berthold um 1 DM.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

17. 5. 83: BMW 312; Bavaria 208G; Jute-Spinnerei 150T; Philips Komm. 286; VEW 123; RWE St. 168; RWE Vz. 167,5; Reag 380G; Herlitz St. 245; Herlitz Vz. 224.

WELT-Aktienindex vom 17. 5.: 136,5 (135,2); WELT-Umsatzindex vom 17. 5.: 2612 (2698).

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

Amsterdam

Mailand

London

Wien

Kopenhagen

Tokio

Zürich

Brüssel

Madrid

Geschlossen

Hongkong

Singapur

Paris

	17. 5.	16. 5.
Air Liquide	473	479
Alsthom Atlant.	165	168
Beghin-Say	256	257
BSN-Gerv.-Danone	1781	1781
Carrefour	1323	1320
Club Méditerranée	812	812
C. F. P	178	179
Elf-Aquitaine	170,5	174
Gal. Lafayette	145	147
Hachette	1055	1070
Imetal	53	53,9
Lafarge	275	274
Locafrance	240	257
Machines Bull	40,7	41,1
Michelin	748	758
Moët-Hennessy	1220	1220
Moulinex	82	80
L'Oréal	1656	1665
Penarroya	42,8	44
Pernod-Ricard	550	555
Perrier (Source)	294,5	300
Peugeot-Citroën	187	190,2
Printemps	117	118
Radio Techn.	347	348
Redoute à Roubaix	965	970
Schneider	105,1	110
Sommer Allibert	279	280
Thomson C. S. F	184,5	189
Usinor	1,41	1,45
Index: INSEE	–	126,1

Sydney

ACI	1,43	1,44
Ampol. Explor.	2,00	2,02
Bk. New S. Wales	2,75	2,80
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	8,14	8,10
Coles	2,77	2,92
CRA	4,95	4,97
CSR (Theiss)	3,31	3,34
Metals Expl.	0,72	0,68
MIM-Holdings	4,51	4,50
Myer Emporium	1,50	1,50
North Broken Hill	–	–
Oakbridge	1,47	1,47
Peko Wallsend	6,40	6,60

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9⅛	4¾–5	4¼–4½
3 Monate	9 –9¼	4⅞–5⅛	4⅜–4⅝
6 Monate	9 –9¼	5 –5¼	4⅜–4⅝
12 Monate	9⅛–9½	5⅜–5½	4⅜–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17. 5.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,2–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,25–5,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 17. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 17. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 17. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,50; Verkauf 24,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1330,00	1615,90
10 US-Dollar (Indian)**)	998,00	1190,67
5 US-Dollar (Liberty)	418,00	568,39
1 £ Sovereign alt	250,00	306,10
1 £ Sovereign Elizabeth II	248,00	302,84
20 belgische Franken	189,00	247,47
10 Rubel Tscherwonez	262,00	324,31
2 südafrikanische Rand	246,00	300,58
Krüger Rand, neu	1085,00	1282,55
Maple Leaf	1094,00	1281,42
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	325,44
20 schweiz. Franken „Vreneli"	217,00	273,46
20 franz. Franken „Napoléon"	209,00	264,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1020,00	1214,75
20 österr. Kronen (Neuprägung)	205,00	254,25
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	137,86
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	470,00	570,65
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	148,03

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die amerikanischen Geldmengenzahlen vom Wochenende und Fedfundssätze von fast 9 Prozent führten am 17. 5. weiter zu Meinungskäufen des US-Dollar. In der Spitze befestigte sich der Dollar bis 2,4700, nachdem er mit 2,4625 eröffnet hatte. An der Börse notierte er mit 2,4675. Aktivitäten der Bundesbank wurden nicht beobachtet. Die Handelsaktivitäten waren insgesamt lebhaft. Das Britische Pfund schwächte sich auf 3,836 ab und verlor seinen Vortagesgewinn. Der Holländische Gulden notierte um 11 Pfennige fester mit 88,94. Mit einem Tagesgewinn von 4,5 Pf auf 33,245 erreichte der Französische Franc den höchsten Kurs seit zwei Wochen. Eine Unterbrechung ihrer Aufwärtstendenz erfuhren der Schweizer Franken und der Japanische Yen, die sich um 36 Pf bzw. 0,25 Pf auf 120,32 und 1,0540 abschwächten. US-Dollar in: Amsterdam 2,7755, Brüssel 49,29; Paris 7,4270; Mailand 1468,45; Wien 17,3590; Zürich 2,0508; Pfund/Dollar 1,5546.

Devisenterminmarkt

Der Geldmengenanstieg für M1 und M2 führte am 17. Mai zu festeren Dollar-Zinsen und entsprechend erweiterten Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,95/0,85	2,59/2,49	5,08/4,88
Pfund/Dollar	0,20/0,17	0,47/0,43	10,40/9,0
Pfund/DM	2,50/1,10	5,80/4,40	10,40/9,0
FF/DM	31/15	79/63	180/164

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/7 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 (4,98) – 7,00 (5,61) – 7,50 (6,04) – 8,00 (6,38) – 9,00 (6,47). Ausgabe 1983/8 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,66) – 7,50 (6,12) – 8,00 (6,49) – 9,00 (6,90) – 9,00 (7,20)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10, 2 Jahre 6,12.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,80, Rendite 7,30.

Devisen und Sorten

17. 5. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs¹)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,4635	2,4715	2,4420	2,41	2,51
London¹)	3,829	3,843	3,785	3,77	3,92
Dublin¹)	3,153	3,167	3,087	3,10	3,25
Montreal³)	2,0035	2,0115	1,9857	1,96	2,05
Amsterd.	88,830	89,050	88,83	88,00	90,00
Zürich	120,220	120,430	120,32	119,50	125,25
Brüssel	4,998	5,018	4,943	4,89	5,11
Paris	33,165	33,325	32,525	32,25	34,25
Kopenh.	28,010	28,130	27,68	27,25	29,25
Oslo	34,620	34,740	33,91	33,75	35,50
Stockh.**)	32,810	32,970	32,38	31,75	33,50
Mailand²) **)	1,676	1,696	1,653	1,65	1,74
Wien	14,189	14,229	14,209	14,10	14,33
Madrid**)	1,784	1,794	1,78	1,72	1,84
Lissabon**)	2,490	2,510	2,24	2,15	3,05
Tokio	1,0525	1,0580	—	1,01	1,07
Helsinki	45,240	45,440	44,34	44,25	46,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,913	2,967	—	2,25	3,25
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,166	2,185	—	2,06	2,18
Johannesbg.*)	2,261	2,266	—	1,95	2,20

Alles in Hundert. ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar.
¹) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 18. 5.: [illegible]

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

ELECTRICITY SUPPLY COMMISSION – ZIMBABWE

WANKIE POWER STATION STAGE 2

In connection with Stage 2 of Wankie Power Station invitations to Tender will shortly be issued as follows:-

Contract 2C1A for extension of the Ash Dam comprising earthworks, pipelaying and roadworks. Tender documents will be issued early October, 1983 and the date for contract completion is March 1985.

Contract 2C1B for the supply, delivered project site, of approximately 9km of cast basalt lined steel pipework. Tender documents will be issued in early July, 1983 and the date for delivery is 1 June, 1984.

Contract 2M10 for painting of Stage 2 plant, tanks, pipework, supporting steelwork, etc. including supply of all painting materials and equipment. Tender documents will be issued in early July, 1983 and contract completion will be required early 1986.

Firms interested in tendering for 2C1A and 2C1B should apply in writing to **Watermeyer, Legge, Piesold and Uhlmann, Kanthack House, Station Road, Ashford, Kent, TN23 1PP, England (TLX 965436)** and for 2M10 to **Merz and McLellan, Amberley, Killingworth, Newcastle upon Tyne, NE12 0RS, England (TLX 53561).**

In each case a copy of the application with a deposit of 500 Zimbabwe Dollars in respect of each tender applied for should be forwarded to the **Secretary and Legal Adviser, Electricity Supply Commission, Electricity Centre, Samora Machel Avenue, Harare, Zimbabwe.**

These contracts will be subject to a loan agreement between the Commission and IBRD. Tenders will only be considered from firms who submit with their tenders evidence that they are eligible under World Bank rules and that they have the necessary experience and competence in all aspects of the contract.

In the case of 2M10 the prices offered for materials which can be manufactured in Zimbabwe in accordance with the specification will be evaluated for domestic preference in accordance with annexe 2 of the guidelines for procurement under World Bank loans.

Sie sind

Handelsvertreter

– *mit Basis in den Großräumen Hamburg/Bremen; Ihr Aktionsradius deckt sich etwa mit den PLZ-Gebieten 2 und 3*

Sie haben sich spezialisiert auf den Verkauf **beratungsintensiver Investitionsgüter** und Sie sind ein Profi, der gewinnendes Auftreten mit sachkundiger und sicherer Argumentation vereint.

Wir bieten Ihnen die Vertretung unserer Produktpalette an, für die wir den Begriff „isolierende Trennsysteme" geprägt haben. Die Qualität unserer Produkte ist sprichwörtlich.

Interessiert? Dann schreiben Sie bitte an unsere Abt. Marketing *unter Darstellung Ihres beruflichen Engagements und mit Ihren* persönlichen Angaben.



Otto Sterkel GmbH & Co.
Isolierende Trennsysteme
Abteilung Marketing
Postfach 21 67
7980 Ravensburg

Sonderberater für US-Kongreß

Präsident Reagan persönlich setzt in jedem Bundesland einen Sonderberater des US-Kongresses ein. Es wollen sich bitte nur honorige Persönlichkeiten, die auch bereit sind, sich für die Dritte Welt zu engag., bewerben. Außerd. besteht f. d. selben Personenkreis – Partner die Übern. einer anerk. dipl. Vertretung und der Aufbau einer v. d. Regierung geförd. exkl.

Vollexistenz

Regierungsbeteil., z. B.: durch Verfügungstell. v. Fabrikgrundstücken- Gebäuden etc. (Industr., Export, Agrar einschl. Forstwirtsch. u. Viehzucht) bei niedr. Invest., absol. 15jährig. Steuerfreiheit u. Erwerb d. Staatsbürgerschaft in Pol. u. Wirtsch. gesich. Staat bei Niedrigstlohnkosten u. ganzj. paradies. Klima. Nur aussagefähig Zuschr. erb. an Postfach 61, A-1041 Wien

---

Vertriebsunternehmen im Verbund mit bedeutendem internationalen Produzenten medizinischer Spezialinstrumente zum Einmalgebrauch im Bereich der Intensivmedizin und Anästhesie sowie Kardiologie sucht

VERTRETER

zum Besuch und zum Verkauf an KRANKENHÄUSER in mehreren Bundesländern

Es werden gute Verdienstmöglichkeiten bei aktivem Einsatz neben solider Einarbeitung und Verkaufshilfen geboten.

Zuschr. mit Lebenslauf u. Lichtbild erb. u. U 6687 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Für den Verkauf eines neuen, sensationellen Wintersportartikels *suchen wir für alle Postleitzahlen im* Bundesgebiet

selbständige Handelsvertreter

SAVA Im- und Export GmbH
Große Bleichen 8 – 2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 35 30 41-44, Telex 2 161 757 SAVA

Generalvertretungen zu vergeben

für gut eingeführtes Produkt

Umfassende Markterschließung wird angestrebt

Vertretungsumfang: totaler Exklusivschutz für einen oder mehrere Postleiträume (z. B. 60, 61 etc.). Sehr gute Ertragsmöglichkeiten, Eigenkapital erforderlich.

Vertriebswege: qualifizierter Fachhandel, Direkt-Mailing. Direktverkauf an Gewerbe und selbständige telefonische Akquisition.

Produkt: elevit-Mobil, universell einsetzbares Bioklimagerät für Auto, Schreibtisch, Büro und Zuhause (batteriebetrieben, taschenrechnergroß), *beste wissenschaftl. Referenzen, konkurrenzlos durch weltweiten Patentschutz.*

Eingeführte Vertretungen oder dynamische Personen mit der Befähigung zur Selbständigkeit bewerben sich bitte bei

elevit-Hauptverwaltung, Augustenstr. 24, 8000 münchen 2
Telefon: (0 89) 55 75 41, Telex: 5 215 645 elev d

50% (!) mehr UMSATZ

erzielte der weltbeste Verkäufer mit seiner Methode, Kunden zu betreuen. Jeder Betrieb könnte das auch erzielen! Wie? Fragen Sie an bei CADICS, 43 Essen 15, Niederweniger - Str. 49, Tel. 02 01 / 48 00 24

Internationales Detektiv- u. Ermittlungsbüro

erfüllt Ihre Spezialaufgaben.
Ermittlungen, Kaufhausdetektive, Beschaffungen, Geheimkontakte und Flugzeugeinsatz.
Geschultes, zuverlässiges Personal (ehem. Fahndungspolizisten) im In- u. Ausland.

AVB Treuhand
Frauenbergstr. 8, 7967 Bad Waldsee
Tel. 0 75 24 / 80 40 od. 80 48 od. 80 49
Telex 7 32 774 avbd

Computer-Porträts/T-Shirt-Fotos

jetzt in Voll-Farbe u. schwarzweiß

gibt Ihnen die Möglichkeit, 8000 bis 12 000 DM monatlich zu verdienen. Sie fotografieren Personen (TV-Sofortbilder) oder ein schon vorhandenes Foto wird sofort reproduziert und dann gleich auf ein T-Shirt oder fast jeden Textilartikel aufgedruckt. Voll- oder Teilzeit. Ein reines Bargeld-Geschäft. Erfahrung nicht nötig. Transportierbar im Auto. Sehr lukrativ in Eink.-Zentren, Ferienorten, Kirmes, Hotels, Versand, Vergnügungsparks, Messen der überall, wo großer Publikumsverkehr herrscht. 25 000 DM min. Startkapital erforderlich. Kema Handels GmbH, Abt. WM 8, Beethovenstr. 9, 6000 Frankfurt/Main, Telefon (06 11) 74 78 08, Telex 4 12 713, Bürost. 10–18 Uhr

---

Frankreich-Vertretung

Deutsch. Fertighausvertret. ist an weiteren Produkten der Immob.-Branche (Fertighäuserausst., Energietechn.) interess.
Tel. BRD 0 61 03 / 2 95 94
H. Thome, Ing. grad., Le Prieure 86
F-0121 Ferney/Prev.

MARKETING-KAUFMANN

sucht repräsentative Handelsvertretung für Schweden.

Angebote unter T 6686 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wir suchen Vertriebsfirmen für sämtliche Bundesländer BRD (evtl. Schweiz + Österreich) für

ULTRA-METER

Ein einzigartiges, elektronisches, patentiertes Meßinstrument für Entfernungsmessungen mit Ultraschall. Der Zeitsparer! Verkaufsschlager in USA und nun auch in Europa. Bestens geeignet für fast alle Handwerker, Architekten, Bauunternehmen, Industrie, Polizei u. a.

Nur seriöse Antworten an:

ISC Hans Jörg Hertneck GmbH, Postfach 31 03 67, 7000 Stuttgart 31, Industriegebiet, Tel. 07 11 / 83 30 77, Tx: 07 23 685

Die Herausforderung

Werden Sie selbst. Geschäftsstellenträger eines bundesw. eingef. Tauschhandelsunternehmens (Bartering). (Gebietsschutz, überreg. werbl. Unterstützg., PR. etc.)

Unterl. ü. T. 0 40 / 58 12 58. Zuschr. u. PT 46 453 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Vertriebsdirektionen für die PLZ-Gebiete 4, 5 und 8 zu vergeben

Artikel: Saunen, Solarien, Fitneßgeräte (Aufbau und Betreuung von Ladengeschäften). *Beste Ertragschancen nach Anlaufphase von ca. 6 Monaten* gegeben. Verkäuferische Erfahrung und Eigenkapital von ca. 85 000,– DM sollten mitgebracht werden. Warenkenntnisse nicht erforerlich.

Anfragen unter S 6685 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

NEU NEU

Produma-Gummiglas

Die transparente Abdichtung, die Sie nicht sehen.

Ganzbeschichtung von allen Glasaufbauten, Glasbausteinen, Lichtkuppeln, Duschen, Naßzellen, Balkon- und Terrassenflächen, gekachelte Schwimmbecken usw.

Wir vergeben Verarbeitung und Vertriebsrechte im In- und Ausland.

Anfragen unter:
Produma GmbH
Steinweg 8, 7570 Baden- Baden 11
Telex: 78 793, Tel.: 0 72 23 / 5 29 07

NIGERIA
Westafrika

Dipl.-Betriebswirt, Resident, erledigt für Sie Spezialaufgaben – auch Trouble shooter – gegen Unkostenerstattg. Abreise Ende Juni/Anf. Juli.
Kont. u. E 6697 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Direktwerbung Adressenverlag *Full-Service*
HÖHNS Postfach 1324 - Tel. (05105) 8748 3013 Barsinghausen

Unternehmen sucht

stillen Teilhaber

für lukrative Geschäfte mit Gewinnbeteiligung bei sehr geringem Risiko.
Angeb. erb. u. W 6689 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Geld per Telefon!

Haben Sie eine sympathische Stimme? Sprechen Sie natürlich, dialektfrei, gepflegt und überzeugend – auf den angerufenen orientiert und konzentriert? Nutzen Sie Ihre Stärke.
Für Terminvereinbarungen:
Tel.: 0 40 / 32 61 22

Dachneudeckung Altdachumdeckung

z. B. 100 m² Abriß und Schuttabfuhr
100 m² Unterspannbahnfolie
100 m² Neulattung
100 m² Neudeckung mit Frankfurter Pfannen
30 Jahre Garantie,
zum Festpreis 6400 DM.

Anton Bader
Kantstr. 44, 6750 Kaiserslautern
Tel. 06 31 / 6 82 21

Patentierte Produktionsanlage, nicht ortsgebunden, für Verbrauchsprodukt Kleintiere m. Kundenstamm, Knowhow für 1,2 Mio. DM zu verk., zu erwart. Bruttoerlöse p. a. 1,5 Mio. DM.
Zuschr. erb. u. PZ 46475 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Norwegen-Spezialist

erledigt Export, Marketing, Geschäftsanbahnungen, Wirtschaftsauskünfte und Inkassi in Norwegen.
Ole Brauer
Tel. 0 40 / 46 27 44 oder 47 49 41

Jagd – Dänemark

Dänischer Jäger/Landwirt bietet gemeinschaftliche Jagd/Angeln in Dänemark an. (Evtl. auch Kauf von Jagdgut.)
Zuschriften unt. Ziff. 4741 an Polack's Annoncebureau A/S, Gothersgade 103, DK-1123 Kopenhagen K.

AUSTRALIEN 1983

Wenn Sie nach Australien reisen, dorthin auswandern, oder Geld in australischen Grundbesitz anlegen wollen, dann schreiben Sie uns zwecks kostenloser Information:

HENKELL BROTHERS AUSTRALIA PTY. LTD., P.O. Box 49, Aus – 3654 Melbourne – North Carlton.

STELLENANGEBOTE

barmag

Für den Ausbau unserer Pumpenfabrik suchen wir einen

Diplom-Ingenieur

Fachrichtung Maschinenbau

Das Aufgabengebiet umfaßt die Entwicklung von hydrostatischen Pumpen und Kompressoren für PKW's. *In der Sparte Automobiltechnik* sind wir Hersteller von hydraulischen Pumpen und Ventilen, Vakuumpumpen und Kompressoren in Großserie für die europäische KFZ-Industrie. In wenigen Jahren gelang es uns, ein führender Hersteller in Europa zu werden.

Wir stellen uns einen erfahrenen Ingenieur (bis ca. 40 Jahre) aus dem Bereich der hydrostatischen Maschinen vor. Die neuen Produkte sind in der Konstruktion und in einem modernen Versuchsfeld bis zur Serienfreigabe zu betreuen.

In das neue Aufgabengebiet werden Sie gründlich eingearbeitet.

Neben einem guten Betriebsklima bieten wir Ihnen günstige materielle Bedingungen, die neben einer angemessenen Dotierung auch überdurchschnittliche Sozialleistungen und eine betriebliche Altersversorgung beinhalten. Alle übrigen Fragen sollten einem persönlichen Gespräch vorbehalten sein.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild und Zeugniskopien an unsere Personalabteilung.

Die Barmag ist mit 2.500 Mitarbeitern in ihren Sparten eine der leistungsfähigsten Maschinenfabriken der Welt.

Das Fertigungsprogramm umfaßt Textilmaschinen, Kunststoffmaschinen sowie Präzisionspumpen, Hydraulik- und Elektronikprodukte.

barmag
Barmer Maschinenfabrik AG
Postfach 11 02 40
5630 Remscheid-Lennep
Telefon (0 21 91) 60 92 09

Ihre Chance!

Geschäftsführer(in)

mit Kapitalbeteiligung für

Bistro/Café mit Café-Garten

in romantischer Kreisstadt Niedersachsens (Fußgängerzone) sofort gesucht.

Schriftliche Bewerbung mit Lichtbild erbeten an:

plan-bau-celle gmbh
Kanzleistraße 11, 3100 Celle

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Barkapital ab 3000,- erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.

CPA
Postfach 11 94 41, 6 Ffm. 11

---

mach mit . . .



Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

STELLENGESUCHE

DIPL.-ING. (FH) Fachr. Chemie

38 J., verh., seit 2 J. in Mexico als Abt.-Leiter Automobilindustrie, sucht ab 1. 6. 84 neues Betätigungsfeld in Deutschland oder spanisch-/englisch-sprach. Ausland. Fremdsprachen: Spanisch, Englisch, Französisch. 5 J. Abt.-Leiter u. Leiter Prozeßabt. Automobilindustrie, 7 J. Leitg. Produktion u. Entwicklung v. Dispersionsklebst. u. Hot-Melts, 5 J. Herst. und techn. Kundenberatung Gummiregenerat u. Kautschukdispersionen. Für Kontaktaufnahme vom 1. bis 25. 6. 83 in Deutschland.

Ang. erb. u. R 6684 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Stewardeß

Wohnsitz Düsseldorf, 30 Jahre, sehr attraktiv, fließende Sprachkenntnisse in Deutsch, Holländisch, Englisch, Französisch, längere Auslandsaufenthalte, sucht interessante Aufgabe.

Angeb. u. S 6597 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (TU)

Geschäftsleitungsassistent und Exportleiter

34 J., Engl., Franz., z. Z. intern. Vertrieb von Gebriebemotoren, in ungek. Stellung, su. interessante neue Aufgabe, reg. unabh.

Zuschr. erb. u. P 6507 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Betriebswirt

26 J., einsatzfreudig u. belastbar, Studienschwerpunkt Marketing u. Vertrieb, sucht Anfangsstellung in NRW.
Ang. u. D 6696 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Betriebswirt

43 J., seit 15 Jahren in leitenden Positionen der Mineralölbranche, z. Z. in ungekündigter Stellung als Werksleiter, Schwerpunkte Finanzen, Organisation, Vertrieb, sehr gute Englischkenntn., sucht neuen Wirkungskreis.

Ang. erb. u. K 6679 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing., TU

Anfang 30, verh., bisher Verkauf Ölfeldgerät, sucht Stellung in Konstruktion/Berechnung, allgem. Maschinenbau.

Angeb. erb. u. P 6683 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Welche Geschäftsfrau/Unternehmerin

sucht verantwortungsbewußten Mitarbeiter?

Industrie-Kfm. (Betriebswirt), Mittfünfziger, mit gutem Inventar, auslandserfahren, ideenreich und schwungvoll, technisches und handwerkliches Interesse, bietet aktive und vertrauensvolle Unterstützung an.
Kontaktaufn. erb. u. H 6700 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Volkswirt, Bankkfm.

39 J., langj. Banktätigkeit in Stab u. Linie, PR-Erfahrg., Verbandserf., Rechnungswesen/Steuern, su. zum Sommer 1983 neuen Wirkungskreis, Raum Hamburg.
Ang. erb. u. M 6681 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technische Kunststoffe

(High Performance Plastics)

Anwendungstechnisch orientierter Ing. grad. f. Kunststoffverarbeitung (40), Basisausbildung Feinwerktechnik. Mit Personalverantwortung tätig im Bereich F + E eines führenden Unternehmens der Kunststoffverarbeitung. 15 Jahre Praxis in Werkstofftechnik, Verfahrensentwicklung (Rationalisierung), Produktentwicklung für div. Industriezweige, mod. Zerspanungstechnologie, *Oberflächentechnik,* Qualitätssicherung. Der geeign. Partn. für Ihre Vertriebsmannschaft?
Angebote unter X 6690 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Feinmechaniker

mit Elektronikpässen für Präzisionsarbeit sucht Wirkungskreis.
Telefon 65 11 / 33 35 65

Ich möchte mich verändern. Suche Stelle als

Kinderpflegerin

in Kindergarten od. Kinderheim, Raum Hamburg. Ang. u. B 6694 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Erfahrener Export-Kaufmann

Mitte Dreißig, Schwerpunkte *Autoteile,* Werkzeuge, *Stahl,* Engl. perfekt, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im Rm. Hamburg, Beteiligung mögl., evtl. auch als Ein- u. Verkäufer der Industrie.

Ang. erb. u. Y 6691 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Bau-Management

35 J., Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtsch.-Ing., Erf. als *Leiter* Kalkulation Ausland und als Leiter von Großproj., vertraut mit unternehmerischer Planung. Kostenbewußt, unternehmerisch denkend. Suche anspruchsv. leitende Position.
Zuschr. erb. u. C 6695 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Exportkaufmann

51, Englisch, verhandlungssicher, langjährige Auslandsaufenthalte Afrika/Asien, Investitions- und Konsumgüterbereich, derzeit noch im Ausland, möchte sich zum 1. 1. 84 verändern. Gesucht anspruchsvolle, langfr. Aufgabe erneut in Afrika/Asien oder in Deutschland mit Reisetätigkeit.
Zuschr. erb. u. L 6680 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werbeleiter

(42), Erf. in Agentur, Industrie u. Messewesen etc., sucht verantw. Position im nordd. Raum.
Ang. erb. u. S 6509 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

MEDIZIN-PHYSIKER

Dr. rer. nat., 38 J., z. Zt. an dt. Universitätsklinik in der Forschung tätig, sucht neues, kreatives Aufgabenfeld. Erfahrung in kardiologischer *Diagnostik (speziell Ultraschall, Doppler-Sonographie),* exzellente Englischkenntnisse (zahlreiche internationale Publikationen und Vorträge), Fortran-Programmierung.
Ang. erb. u. A 6693 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Staatl. gepr.

Maschinenbau-Techniker

34 J., led., langj. Erf. in d. techn. Betreuung und Führung v. Verpackungsbetrieben d. pharmazeutischen Industrie, vielseitige Kenntnisse d. Masch.- u. Anlagentechnologie vorhanden, ebenso d. Verständnis für d. spezif. Probleme der Arzneimittelsicherheit u. Produktionshygiene, Planung u. Einrichtung v. Verpackungsbetrieben, sucht kurzfristig neues Engagement in d. Pharma-Industrie, gerne auch im engl.-sprach. Ausland.
Zuschr. erb. u. G 6699 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Hamburger Import/ Export-Kaufmann

52, Einkauf, Verkauf, Spedition, Englisch, Französisch, Schwerpunkt Spedition, ungekündigt, sucht ausbaufähige Position.
Ang. erb. u. PU 46 454 an WELT-Verlag, Postfach, *2000 Hamburg 36.*

Absolut zuverlässiger, qualifizierter

Steuerberater u. Rechtsbeistand

Ende Dreißig, aus der Wirtschaft, zuletzt 12 Jahre Steuerberatung, davon 5 Jahre bei WP/StB-Gesellschaft. Unabhängig, BWL- u. Englischkenntnisse, Voraussetzung zum WP-Examen, *sucht souveräne Führungsposition als* Geschäftsführer, Vorstand o. ä. Lebensaufgabe in namhafter Industrie, Unternehmensberatung, WP-Ges. etc. bevorzugt. Bei entsprechender Vertragsgestaltung Reisetätigkeit in BRD u. Ausland *nicht unangenehm.*
Zuschriften erbeten unter L 6702 an *WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.*

STELLENGESUCHE

Leiter Rechnungswesen

Betriebswirt, Ausbilder, 37 J., ungekündigt, plant Veränderung und sucht adäquate Tätigkeit, auch Revision.
Ang. erb. u. K 6701 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Viels. interess. Redakteurin

25 J., in ungek. Stellung, m. Fremdspr.-Kenntn. (Engl., Franz. fl./Span.) sucht *neuen Aufgabenbereich in Hamburg* oder Umgebung.
Zuschr. erb. u. PJ 46 464 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Bankkaufmann

34 J., led., ortsungebunden, mit Jurastudium ohne Abschluß, EDV-Organisator, Sprachen: Engl., Franz., sucht Anfangsstellung im In- oder Ausland.
Angeb. u. Z 6692 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kunststoffbranche

Industriekaufmann, 39 Jahre, ortsungebunden, sucht neuen Wirkungskreis im Verkauf, Innen- und/oder *Außendienst.*
Ang. u. V 6688 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1983/84

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Bonn
2	Aachen	Heidelberg
3	Aachen	Hamburg
4	Aachen	Köln
5	Aachen	Münster
6	Aachen	TU München
7	Aachen	Uni München
8	Aachen	Mainz
9	Aachen	Tübingen
10	Aachen	Ulm
11	Aachen	Würzburg
12	Bochum	Aachen
13	Bochum	Bonn
14	Bochum	Düsseldorf
15	Bochum	Erlangen
16	Bochum	Frankfurt
17	Bochum	Freiburg
18	Bochum	Heidelberg
19	Bochum	Köln
20	Bochum	Marburg
21	Bochum	Münster
22	Bochum	Uni München
23	Bochum	Mainz
24	Bochum	Regensburg
25	Bochum	Tübingen
26	Bochum	Ulm
27	Bochum	Würzburg
28	FU Berlin	Heidelberg
29	FU Berlin	Münster
30	FU Berlin	Tübingen
31	FU Berlin	Ulm
32	Düsseldorf	Bonn
33	Düsseldorf	Freiburg
34	Düsseldorf	Heidelberg
35	Düsseldorf	Münster
36	Düsseldorf	Uni München
37	Essen	Bonn
38	Essen	Hannover
39	Essen	Heidelberg
40	Essen	Hamburg
41	Essen	Köln
42	Essen	Uni Kiel
43	Essen	Münster
44	Frankfurt	Heidelberg
45	Frankfurt	Uni München
46	Frankfurt	Tübingen
47	Frankfurt	Ulm
48	Gießen	Freiburg
49	Gießen	Göttingen
50	Gießen	Hannover
51	Gießen	Köln
52	Göttingen	Düsseldorf
53	Göttingen	Essen
54	Göttingen	Münster
55	Hamburg	Bonn
56	Hamburg	Erlangen
57	Hamburg	Freiburg
58	Hamburg	Gießen
59	Hamburg	Münster
60	Hamburg	Uni München
61	Köln	Heidelberg
62	Köln	Marburg
63	Köln	Würzburg
64	Uni Kiel	Freiburg
65	Uni Kiel	Heidelberg
66	Uni Kiel	Hamburg
67	Uni Kiel	Tübingen
68	Münster	Heidelberg
69	Mainz	Freiburg
70	Saarbrücken	Freiburg
71	Saarbrücken	Heidelberg
72	Saarbrücken	Hamburg
73	Saarbrücken	TU München
74	Saarbrücken	Uni München
75	Saarbrücken	Mainz
76	Saarbrücken	Regensburg
77	Saarbrücken	Tübingen
78	Ulm	Freiburg
79	Ulm	Heidelberg
80	Ulm	TU München
81	Ulm	Uni München
82	Ulm	Tübingen
83	Würzburg	Erlangen

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Bonn	Düsseldorf
2	Bonn	Essen
3	Bonn	Tübingen
4	Bochum	Marburg
5	FU Berlin	Aachen
6	FU Berlin	Freiburg
7	FU Berlin	Heidelberg
8	FU Berlin	Köln
9	FU Berlin	Tübingen
10	FU Berlin	Würzburg
11	Düsseldorf	Freiburg
12	Düsseldorf	Münster
13	Düsseldorf	Tübingen
14	Erlangen	TU München
15	Erlangen	Uni München
16	Frankfurt	Tübingen
17	Frankfurt	Würzburg
18	Freiburg	Heidelberg
19	Freiburg	Hamburg
20	Freiburg	Uni München
21	Gießen	TU München
22	Gießen	Uni München
23	Göttingen	Aachen
24	Göttingen	Bonn
25	Göttingen	Köln
26	Göttingen	TU München
27	Göttingen	Uni München
28	Heidelberg	TU München
29	Heidelberg	Uni München
30	Heidelberg	Regensburg
31	Köln	Aachen
32	Köln	Hamburg
33	Köln	Uni Kiel
34	Köln	Uni München
35	Marburg	Göttingen
36	Münster	Heidelberg
37	Münster	Tübingen
38	Münster	Würzburg
39	Mainz	Bonn
40	Mainz	Freiburg
41	Saarbrücken	Bochum
42	Saarbrücken	Frankfurt
43	Saarbrücken	Mainz
44	Tübingen	Köln
45	Ulm	Tübingen
46	Würzburg	München

Pharmazie
1. Semester

Nr.	von	nach
1	Braunschweig	Freiburg
2	Braunschweig	Uni München
3	Braunschweig	Tübingen
4	Braunschweig	Würzburg
5	FU Berlin	Bonn
6	FU Berlin	Düsseldorf
7	FU Berlin	Freiburg
8	FU Berlin	Heidelberg
9	FU Berlin	Hamburg
10	FU Berlin	Marburg
11	FU Berlin	Münster
12	FU Berlin	Uni München
13	FU Berlin	Mainz
14	FU Berlin	Regensburg
15	FU Berlin	Tübingen
16	Marburg	Düsseldorf
17	Marburg	Münster

Pharmazie
2. Semester

Nr.	von	nach
1	Braunschweig	Hamburg
2	FU Berlin	Bonn
3	FU Berlin	Düsseldorf
4	FU Berlin	Heidelberg
5	FU Berlin	Münster
6	Freiburg	Uni München
7	Uni Kiel	Bonn
8	Uni Kiel	Düsseldorf
9	Uni Kiel	Münster
10	Uni München	Hamburg
11	Würzburg	Hamburg
12	Würzburg	Münster
13	Würzburg	Regensburg

Pharmazie
3. Semester

Nr.	von	nach
1	Düsseldorf	FU Berlin
2	Heidelberg	Freiburg
3	Heidelberg	Tübingen
4	Heidelberg	Würzburg

Pharmazie
4. Semester

Nr.	von	nach
1	Bonn	Tübingen
2	FU Berlin	Bonn
3	FU Berlin	Düsseldorf
4	FU Berlin	Münster
5	FU Berlin	München

Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1983

VEREINSKRISEN / Frankfurt ohne Präsidium, München ohne Trainer

● **Die Entlassung von Trainer Pal Csernai hat beim FC Bayern München keine Ruhe einkehren lassen. Geht jetzt auch Präsident Willi O. Hoffmann? Wird Karl-Heinz Rummenigge im Tausch mit Bernd Schuster an den FC Barcelona abgegeben? Fest scheint zu stehen, daß Udo Lattek, Freund von Paul Breitner und Uli Hoeneß, Trainer wird.**

● **Eintracht Frankfurt wird bis zum 30. Mai von vier Mitgliedern aus Amateur-Abteilungen geführt. Mit knapper Mehrheit wurde auf der Generalversammlung des Vereins beschlossen, ein neues Präsidium erst in 14 Tagen zu wählen. Es fand sich bisher kein Kandidat für die Nachfolge von Axel Schander, der sich nicht mehr zur Wahl stellte.**

Willi Hoffmann ist amtsmüde, und Rummenigge wird beim AS Rom und in Barcelona gehandelt

PETER STÜTZER, **München**

Kaum, daß sie den Pal Csernai los sind, sehen die Leute in München schon wieder Gespenster. Udo Lattek sei schon eingeflogen, wurde gestern aus allen Ecken geflüstert, und des Nachts um zwei sei er in einem Lokal beim nächtlichen Mahl gesichtet worden. Als wären solche Nacht-und-Nebel-Aktionen überhaupt nötig. Udo Lattek wird Bayern Münchens neuer Trainer werden, daran gibt es wohl kaum noch etwas zu deuteln. Da braucht er gar nicht erst herbeigeredet zu werden.

„Von den wenigen, die sich überhaupt anbieten, ist Lattek der Favorit", hat Karl-Heinz Rummenigge bereits verkündet. Und der letzte Star dieser Mannschaft sollte doch nun wirklich wissen, wo's lang geht beim FC Bayern. Rummenigge: „Lattek wäre der richtige Mann für uns." Oder weiß auch Rummenigge nicht mehr so recht Bescheid? Der FC Barcelona wolle ihn haben im Tausch gegen Bernd Schuster, so heißt es. Italiens Zeitungen wollen wissen, er gehe zum AS Rom.

Willi O. Hoffmann, der Bayern-Präsident, und auch Manager Uli Hoeneß bestätigten gestern erste Kontaktaufnahme in Richtung Barcelona. Aber wegen Udo Lattek. „Und zwar dahingehend, wie Lattek am Wochenende für uns zu erreichen sein wird", so Hoeneß. „Wir wollen nichts überstürzen und am Samstag erst einmal in aller Ruhe zum Spiel nach Dortmund fahren."

Überhaupt kein Grund zur Hektik also, die hat es bei den Bayern in den letzten Tagen ohnehin schon mehr als genug gegeben. Und so meldete sich Udo Lattek denn auch gestern früh in Barcelona am Telefon nach einem zweistündigen Einkaufsbummel mit der am Montag angereisten Ehefrau Hildegard zurück, ließ sich bestätigen, daß das Münchner Wetter dieser Tage dem spanischen in nichts nachstehe und daß die bayerischen Biergärten nur auf ihn warten. Er habe sich nie angebiedert, aber jeder wisse, daß er zu haben sei. Doch in das schwebende Verfahren bei den Bayern wollte er von sich aus nicht eingreifen, sagt Lattek, wohl wissend um die Dinge, die da kommen werden.

Für den Rest der Saison ist in München ohnehin schon der ehemalige Assistent Reinhard Saftig als Trainer bestimmt. Das hat der FC Bayern am Montag so ungeheuer stilvoll auf dem gleichen Handzettel mitgeteilt, der auch Pal Csernais Entlassung verkündete. „Im beiderseitigen Einvernehmen", die Floskel durfte nicht fehlen.

Manager Hoeneß: „Reinhard Saftig ist seit vier Jahren im Verein, er kennt die Mannschaft aus dem Effeff, und außerdem hat Pal Csernai bereits sehr kooperativ angeboten, er sei, wenn nötig, zu einem hilfreichen Gespräch bereit." Und dann ist da ja auch noch der verletzte Paul Breitner, der dem 31jährigen Ersatzmann Saftig am Samstag auf der Trainerbank zur Seite sitzen könnte. In Beraterfunktion.

Doch so ganz mag sich Hoeneß noch nicht darauf verlassen, daß der neue Mann, ob Lattek oder sonstwer, tatsächlich erst zur nächsten Saison ein Thema ist. „Wir wollen erst einmal sehen, wie das Spiel am Samstag läuft." Der Druck, den UEFA-Cup noch erreichen zu müssen, sichert also Saftig nicht einmal mehr den Job für drei Spieltage. „Die Trainerfrage ist in vierzehn Tagen erledigt", sagt Hoeneß. „Erst haben wir hier genug mit den Aufräumarbeiten zu tun."

Das begann gestern abend beim Anwalt, der die Abmachungen mit Csernai schriftlich fixierte. Von rund 200 000 DM Abfindung ist die – freilich unbestätigte – Rede, dann ist Csernai wieder ein freier Mann. „Wenn er möchte, kann er sofort bei einem anderen Verein anfangen", versichert Präsident Willi O. Hoffmann, sein letzter Gönner. „Ich habe jetzt ausreichend Zeit, mir darüber Gedanken zu machen, wie ich die nächste Zeit verbringe", sagte dazu gestern Csernai, „aber konkrete Pläne gibt es noch nicht. Doch irgend etwas wird sich schon ergeben." (Siehe auch Interview).

Es sind genügend Scherben zerschlagen worden in den letzten Wochen, und mit den Aufräumarbeiten werden Hoeneß und das Bayern-Präsidium noch lange beschäftigt sein. Der mächtige Wirtschaftsbeirat hat der Vereinsführung noch am Montagabend, wenige Stunden nach der auch von dieser Seite geforderten Csernai-Entlassung, ganz gehörig die Leviten gelesen.

Die Finanzen gilt es vor allem zu regeln, mit denen es nicht zum besten steht. Die Schuldenangaben schwanken zwischen 5 und 5,6 Millionen Mark, sie zu senken, wurde bereits ein Budget der Zukunft festgelegt. Herabsetzung des kalkulierten Zuschauerschnitts um mehr als 10 Prozent auf 28 000 sowie der Kosten für Mannschaft und Gehälter um rund 1 Million.

„Im November ist die Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen, bis dahin haben wir sechs Monate Zeit, die Dinge in den Griff zu kriegen", sagt Hoeneß. Doch ist fraglich, ob ihm der wichtigste Mitstreiter der letzten vier Jahre, Präsident Hoffmann, auch über diesen Zeitraum hinaus noch zur Seite stehen wird. „Champagner-Willi" zeigt sich nach dem Trainer-Rauswurf amtsmüde.

„Richtiges Kesseltreiben"

WELT: Herr Csernai, wie tief hat Sie eigentlich die vorzeitige Trennung getroffen?

Csernai: Die Art, wie meine Entlassung von manchen Leuten vorbereitet wurde, tut weh. Ich behaupte, daß gegen mich ein richtiges Kesseltreiben veranstaltet wurde – seit Monaten.

WELT: Tragen Sie nicht selbst schuld daran? Sie gelten als unnahbar, manche Leute bezeichnen Sie als arrogant und überheblich.

Csernai: Ich will mit jedem gut Freund sein. Wer mich näher kennt, der weiß, daß ich ein sehr umgänglicher Mensch bin. Ich bin stets bereit, mich mit allen Problemen sachlich auseinanderzusetzen. Es gab aber zu viele Leute, die im Umgang mit mir die Fairneß mit Füßen traten.

WELT: Fühlen Sie sich schuldlos an der Bayern-Krise?

Csernai: Ich stelle massiv in Abrede, daß es eine Krise in der Mannschaft gibt. Das Umfeld stimmte nicht mehr. Systematisch wurde gegen mich gehetzt. Ich betone noch einmal – seit Monaten. Selbst als wir zweimal Deutscher Meister und Pokalsieger wurden, haben viele an meiner Arbeit herumgemäkelt.

WELT: Zuletzt hatten Sie in München aber nicht mehr den Erfolg, den der FC Bayern braucht, um sportlich zu überleben?

Csernai: Das war auch gar nicht möglich, weil wir zu viele Verletzte hatten. Bedenken Sie, welche Spieler lange gefehlt haben. Paul Breitner fiel in Hamburg zu einem Zeitpunkt aus, als wir uns noch Titelchancen ausrechnen durften. Unser Torwart Jean-Marie Pfaff, Bernd Dürnberger und Klaus Augenthaler fehlten lange Zeit. Sie gehören doch zu den Stützen der Mannschaft.

WELT: Viele Ihrer Spieler beklagen sich darüber, daß sie von Ihnen nach einer schwachen Leistung direkt fallengelassen werden?

Csernai: Fußball ist ein hartes Profigeschäft. Wer nicht bereit ist, sich zu quälen, wird bei mir nie eine Chance haben. Das heißt nicht, daß man bei mir nicht mal schwach spielen darf. Aber es muß jederzeit der unbedingte Wille erkennbar sein, eine starke Leistung zu bringen. Das war leider nicht bei allen der Fall.

Kritik heruntergeschluckt, Beifall für Zenker

MARTIN HÄGELE, **Frankfurt**

Das Schlußwort sprach ein Pfarrer. Er hätte sich mehr Offenheit gewünscht. Nun sei es leider so gekommen, daß er aus der Zeitung mehr über den Zustand seines Klubs erfahren habe als in der Generalversammlung, der wichtigsten Instanz des Vereins. „Aber", so der Pfarrer mit dem Mitgliedsausweis der Frankfurter Eintracht, „vielleicht war das in diesem speziellen Fall besser so."

Voyeure kamen Montag abend im Gesellschaftshaus am Zoo so nicht auf ihre Kosten. Präsident Axel Schander und Vizepräsident Wolfgang Zenker saßen bis zu ihrer Entlastung friedlich nebeneinander im Podium. Zenker, der angekündigt hatte, gegen Schander auszupacken, legte nicht als wilder Tiger durch den Käfig. Er knurrte nicht einmal, aller Schmutz blieb unter dem Teppich. Besonnene Kräfte des Klubs haben die öffentliche Zerfleischung der Eintracht verhindert. Mit 270 gegen 253 Stimmen vertagte die Versammlung die Wahl eines neuen Präsidiums um 14 Tage. Immerhin eine knappe Mehrheit.

Alles, was in der Affäre um die geschäftlichen Verwicklungen des Vizepräsidenten Wolfgang Zenker gesagt war – der eigentliche Auslöser der Führungskrise –, wurde von Zenker auf einen einfachen gemeinsamen Nenner gebracht: Der Steuerberater des Koreaners Bum Kun Cha sei Schatzmeister der Offenbacher Kickers. Lothar Buchmann, der Offenbacher Trainer und ehemalige Eintracht-Coach habe Cha mit Spielerberater Holger Klemme zusammengebracht.

Von daher, von Biberer Berg weht also der Wind. Der böse Erzrivale aus Offenbach hat die Finger im Spiel. Der Sog tobte, Zenker erhielt Ovationen, als er ankündigte, seine Anwälte würden in den nächsten drei, vier Wochen seinen guten Ruf wiederherstellen.

Bis zum 30. Mai liegt jetzt die Führung der Eintracht in den Händen von drei Herren und einer Dame. Nachdem Präsidium und Verwaltungsrat entlastet waren, blieb für die Führung nur noch ein Gremium von Beiratsmitgliedern: Günther Herold, Leiter der Eishockeyabteilung, Heinz Hohmann, Leiter der Fußball-Amateure, Heiner Stocke, zuständig für Ehrungen im Verein, und Sylvia Schenk, Jugendleiterin. Seien Sie versichert, daß wir in diesen 14 Tagen keine Dinge kaputtmachen werden", verabschiedete Günther Herold die Eintracht-Gemeinde.

Immerhin stehen in den nächsten Tagen Verhandlungen um Bürgschaften – der DFB verlangt Sicherheiten über 1,5 Millionen Mark –, der Verkauf von Cha und Vertragsverlängerungen mit Spielern an. Unter anderem mit dem Kapitän und Star der Mannschaft, Bruno Pezzey.

Ehrenpräsident Rudi Gramlich würde den österreichischen Nationalspieler am liebsten verkaufen. Auch er möchte weiter den von Schatzmeister Wolfgang Knispel eingeschlagenen und aus der Not von 4,5 Millionen Schulden geborenen Sparkurs steuern. Knispel ist, das zeigte nicht nur die Generalversammlung –, zum wichtigsten Mann bei der Eintracht geworden. Um den integren Finanzexperten buhlen alle, die Interesse an einem Platz im Präsidium haben. Aber auch der, die sich einfach Sorgen um ihren Verein machen.

Es ist anzunehmen, daß die Interimsregierung in den nächsten Tagen auf den Rat Knispels hört. Auch Wolfgang Zenker wird aus dem Hintergrund seinen Einfluß geltend machen. Er hat einiges Geld im Verein stecken. „Man kann die Eintracht auch ohne Amt unterstützen", erklärte Zenker. Und er könne ohne die Eintracht nicht leben.

Zenkers Liebeserklärung an seinen Klub brachte hinterher Kassenprüfer Jean-Alexander Hinkel auf die Palme.

Hinkel eröffnete im „Blauen Bock" bei Appelwoi und Handkäs, daß Zenker bei der Eintracht auch nehme: 900 Mark im Monat fürs Telefon, für die Dienstfahrt samstags von der Wohnung in Maintal ins Waldstadion berechne er den Kilometer mit 42 Pfennig, und in einem Monat habe er 36 Essen auf Eintrachtspesen vorgelegt.

Während der Versammlung hatte Hinkel diese Vorwürfe nur angedeutet. Auch er hat alles heruntergeschluckt, was dem Klub nicht gedient hätte.

SPORT-NACHRICHTEN

Stielike bleibt bei Real

Madrid (sid) – Nach eigenen Angaben ist die Unterschrift von Uli Stielike unter einen neuen Zweijahresvertrag bei Real Madrid nur noch Formsache. Dies erklärte der ehemalige Mönchengladbacher Fußballspieler nach einem Gespräch mit Madrids Vizepräsident Martinez Laforgue.

Boniek spielt für Polen

Warschau (sid) – Der bei Juventus Turin unter Vertrag stehende polnische Fußballspieler Zbigniew Boniek muß am 22. Mai im Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen die UdSSR für Polen spielen. Mit einer entsprechenden Erklärung lehnte der polnische Fußball-Verband den Antrag von Turin ab, Boniek mit Rücksicht auf das Finale im Europapokal der Landesmeister gegen den Hamburger SV in Athen (25. 5.) vom Länderspieleinsatz zu befreien.

Lissabon macht Gewinn

Lissabon (sid) – Schon vor dem zweiten Endspiel (heute 21.00 Uhr) um den Fußball-UEFA-Pokal gegen den RSC Anderlecht hat Benfica Lissabon mit 1,9 Millionen Mark Rekordeinnahme aus dem Verkauf von Karten und Fernsehrechten sowie durch Werbung einen finanziellen Erfolg errungen. Um den Pokal zu gewinnen, muß Benfica im ausverkauften Stadion von Lissabon (75 000 Zuschauer) das 0:1 aus dem Hinspiel übertreffen.

Contini führt beim Giro

Vasto (sid) – Radprofi Eduardo Chozas (Spanien) gewann die fünfte und mit 269 Kilometer längste Etappe des Giro d'Italia von Terni nach Vasto. Neuer Spitzenreiter in der Gesamtwertung wurde der Italiener Silvano Contini. Auf der vierten Etappe hatte Gregor Braun (Neustadt) bei der Bergwertung des Casa Morella (662 Meter) überraschend den dritten Platz belegt. Etappensieger war Weltmeister Giuseppe Saronni (Italien) geworden.

Stenzel zu Bergkamen

Bergkamen (dpa) – Der frühere Handball-Bundestrainer Vlado Stenzel unterschrieb beim Bundesliga-Aufsteiger Tura Bergkamen einen Einjahresvertrag.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Bayerische Meisterschaften, Herren-Einzel, 1. Runde: Lewis (Neuseeland) – Tous (Spanien) 7:5, 6:7, 6:4, Fromm (USA) – Acuna (Chile) 6:3, 6:0, Du Pre (USA) – Maurer (Deutschland) 6:4, 7:6, Velasco (Kolumbien) – Sauer (Südafrika) 6:2, 6:1, Roger-Vasselin (Frankreich) – Waltke (USA) 6:2, 7:5. – **Internationale Deutsche Meisterschaften der Damen** in Berlin, Einzel, 1. Runde: Durie (England) – Steinmetz (USA) 6:2, 6:3, Maleeva (Bulgarien) – Schropp (Deutschland) 6:3, 6:1, Mundel (Südafrika) – Minter (Australien) 7:5, 6:0, Pfaff (Deutschland) – Romanov (Rumänien) 3:6, 6:3, 6:2, Solomon (USA) – Mould (Südafrika) 6:3, 6:4, Jausovec (Jugoslawien) – Latham (USA) 4:6, 6:3, 6:3, Hee Lee (Korea) – Henricksson (USA) 6:1, 6:4, Hobbs (England) – Nelson (USA) 6:3, 2:6, 6:4.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 848 516,20, 2: 258 956,00, 3: 11 470,50, 4: 184,20, 5: 12,10. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 87 000,30, 2: 1285,70, 3: 39,40. – **6 aus 45:** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 429 602,45, 2: 18 196,30, 3: 4146,00, 4: 54,70, 5: 5,60. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 108,30, 2: 5,30. – Rennen B: Klasse 1: 70,20, 2: 24,30. (Kombinations-Gewinn: unbesetzt), Jackpot: 265 431,10.

(Ohne Gewähr)

FUSSBALL

Keine Lizenz für St. Pauli

dpa, **Hamburg/Oberhausen**

Der FC St. Pauli wird nicht in den Profi-Fußball zurückkehren. Der Meister der Oberliga Nord erhält vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) keine Lizenz für die zweite Liga, da die vom Ligaausschuß nach dem ersten Prüfungsverfahren geforderten Auflagen derzeit nicht zu erfüllen sind. Damit finden die Aufstiegsspiele ohne St. Pauli statt. 1979 war der Klub zwangsweise durch den Lizenzentzug ins Amateurlager zurückgestuft worden.

St. Paulis Vorsitzender Otto Paulick bestätigte: „Es sieht so aus, daß wir die Lizenz nicht erhalten." Ursache dafür ist eine Altverschuldung beim Finanzamt von rund 700 000 Mark, die Paulick in den vergangenen Wochen als „kleinstes Problem" eingestuft hatte. Ein Gespräch mit der Hamburger Finanzbehörde brachte aber nicht den gewünschten Erfolg. Der DFB verlangte eine schriftliche Zusage, daß die Steuerschuld für zwei Jahre gestundet oder, wie vom Klub angedeutet, erlassen wird. Da die Amateure von Werder Bremen als Vize-Meister den zweiten Aufstiegsplatz blockieren und Kiel als Dritter nach den DFB-Bestimmungen nicht zugelassen werden kann, nimmt kein Nord-Vertreter an den Aufstiegsspielen teil.

Zuversichtlich, eine Lizenz zu bekommen, ist dagegen Rot-Weiß Oberhausen. Den Nordrhein-Meister drücken ebenfalls 1,3 Millionen Altschulden beim Finanzamt. Mit dem Finanzamt, so Mäzen Hermann Schulz, soll eine Einigung erzielt worden sein.

STAND●PUNKT

Tennisspiel in Schilda

Liegt Schilda im Einzugsbereich des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), ist also Georg Stoves, der Generalsekretär des Verbandes, ein hochgestellter, mithin verantwortlicher Schildbürger?

Der DTB, im Davispokal in die B-Gruppe abgestiegen, also zweitklassig, benimmt sich auch so. Seit Herbst 1982, seit der Auslosung des Wettbewerbs, steht fest, daß die deutsche Mannschaft gegen Belgien anzutreten hat. Schnurstracks wurde ein Heimspiel geplant, in Freiburg vom 10. bis 12. Juni. Der Freiburger TC putzte und renovierte, veröffentlichte Vorschauen im Vereinsheft.

Nur: Das Spiel wird in Belgien stattfinden, weil es eine seit 1981 geltende Regel des Internationalen Verbandes so bestimmt. Da steht nämlich, in Schilda über- oder gar nicht gelesen, bei Mannschaften, die nach 1970 mehrmals gegeneinander anzutreten haben, wechsle ständig das Heimrecht. 1970 hat das deutsche Team aber schon gegen Belgien gespielt – in Nürnberg. Vor genau einer Woche mußte der Internationale Verband in einem Telegramm darauf hinweisen.

Was blieb, war der vergebliche Versuch, den Belgiern das Heimrecht für 10 000 Mark abzukaufen. Generalsekretär Stoves sollte die einmalige Chance nutzen und in den lange schon gebuchten Freiburger Hotelzimmern ein Seminar unter dem Thema abhalten: Wie buchstabiere ich das Regelbuch.

M. B.

Frankreich: Das Chaos mit den staatlich finanzierten „Freien Radios"

Piraten machen Wellensalat

An Frankreichs Rundfunk-Himmel hängen schwere Wolken. Die Hörergemeinde seufzert, und altgediente Radio-Reporter schlagen die Hände über dem Kopf zusammen. Sie verlangen eine „Atherpolizei". Grund der Empörung: die „freien Radios" sorgen für Wellensalat und Chaos.

Ein „Schlaraffenland für freie Radios" hatte Frankreichs sozialistischer Staatspräsident seinen Landsleuten vor der Wahl versprochen. Er hielt seine Zusage und gab tatsächlich den Äther frei. Rund achthundert „Freie" – früher „Piratensender" genannt – machten es sich daraufhin auf den UKW-Bändern bequem und senden seitdem mit meist primitiven Bordmitteln ohne jede Qualität.

Mitterrand hatte sein Herz für die Piratensender entdeckt, als diese ihn während seiner Oppositionszeit häufig auf ihren illegalen Wellen hatten zu Wort kommen lassen. Vor der Legalisierung dieser Sender hatte sich jedoch niemand Gedanken darüber gemacht, wie die Funk-Fans sich finanziell über Wasser halten sollten.

Aus ideologischen Gründen waren Werbeeinnahmen abgelehnt worden. Der jungfräuliche Enthusiasmus der Funk-Amateure sollte nicht durch kommerzielle Abhängigkeit verdorben werden. Da es ganz ohne Geld aber doch nicht geht, bekamen die ehemaligen „Piraten" staatliche Zuschüsse, rund 30 000 Mark pro Jahr und Station. Französische Katholiken finanzieren also durch Steuergelder einen muselmanischen Sender mit, und brave Familienväter zahlen für einen homosexuellen Sender. Doch 30 000 Mark im Jahr, das bedeutet gerade 2500 Mark im Monat. Damit kann man keine ordentliche Redaktion finanzieren. Folglich machen jugendliche Amateure den Ätherhimmel unsicher. Inzwischen hat selbst eine den Sozialisten nahestehende Journalistengewerkschaft erklärt: „Information sollte nur durch professionelle Journalisten vermittelt werden." Hintergrund dieser Forderung sind zahllose peinliche Zwischenfälle.

So meldete in Lille ein „freies Radio" gleich dreimal den Tod von Charles Aznavour, obwohl der sich noch immer bester Gesundheit erfreut. In Bordeaux mußte Wohnungsbauminister Quilliot die „Amateure" auffordern, doch bitte nicht ganz so idiotische Fragen zu stellen. In Bordeaux haben die städtischen Behörden sogar zwei unterschiedliche Pressekonferenzen eingeführt. Eine für die „Profis", eine zweite für „Amateure".

Sogar der Regierung sind langsam die Augen aufgegangen. Weitere geplante „Äther-Experimente" sind vorerst auf Eis gelegt worden. So auch die Idee, nach den „freien Radios" nun auch „freie Fernsehstationen" zuzulassen. Prominentestes Opfer dieser Kehrtwendung wurde der Sohn eines kommunistischen Abgeordneten im Pariser Stadtrat. Seine „freie Fernsehstation" wurde mit dem Bann belegt. Die Furcht vor noch größerem Äther-Chaos hat über politische Freundschaft gesiegt – vorerst.

JOCHEN LEIBEL

KRITIK

Viel Aufregung um Pfusch

Die Apokalypse eines atomaren Unfalls auf einer deutschen Landstraße – nun lief dieses unwirkliche, brutale Spektakel in den Dritten Programmen, ausgenommen in Bayern. Mit ihrem Film „Im Zeichen des Kreuzes" wollten die Autoren Hans-Jürgen Minow und Rainer Boldt die Zuschauer schokken. Dazu waren ihnen alle dramaturgischen Mittel des Psychokrimis recht: Durch den Zusammenstoß eines Tanklastzuges mit einem Schwertransporter explodiert die gefährliche Ladung. Die Helfer geraten ahnungslos in die radioaktive Strahlung. Eine Katastrophe, projiziert auf das Jahr 1990, mit den Bildern einer Wirklichkeit von heute. Gorleben winkt. Um die Angst des Zuschauers zu steigern, schrecken die Autoren vor keinem Klischee zurück: Selbstmord in der Kirche, Frühgeburt unter Atomschwaden, Hilflosigkeit der Betroffenen gegenüber brutaler staatlicher Gewalt, Kidnapping, Desinformation der Bevölkerung, härteste Polizeigewalt, finstere ABC-Trupps und zu guter Letzt eine Bundeswehr, die Flüchtende niederschießt.

Mehrere Verantwortliche der ARD hatten den Streifen am 24. April aus dem Gemeinschaftsprogramm genommen. Wie die Diskussion, die sich an den Film anschloß, zeigte, bestand diese Entscheidung zu Recht. Da schilderte etwa der Geschäftsführer der „Reaktor-Brennelemente", Dr. Warrikoff, was die Autoren technisch alles falsch gemacht hätten. Erstens stelle ein strahlengeschädigter Mensch keine Gefahr für seine Mitmenschen dar, und zweitens könne so geschädigten Menschen selbstverständlich geholfen werden. Dr. Hirsch von der Gruppe Ökologie Hannover bestritt zwar den Transport von Plutonium in solchen Fässern, hielt aber Unfälle der gezeigten Art für denkbar. Regisseur Boldt betonte, daß er ein Künstler sei und man ihm im übrigen keinen Zugang zu den Katastrophenschutzmitteln gegeben habe. Was ihn nicht hinderte, aus einem „geheimen Katastrophenschutzplan" zu zitieren. Norbert Schneider, Programmdirektor des SFB, meinte, daß ein Künstler frei von wirklichkeitsbezogenen Zwängen sein müsse. Dieser seltsamen Theorie widersprach aufs schärfste Dieter Meichsner, Leiter der Fernsehspiel-Abteilung des NDR. Hier sei eine eklatante dramaturgische Schwarz-Weiß-Malerei betrieben worden. Dieser Film sei spekulative Propaganda. Erwin Beckert, Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr, wehrte sich entschieden gegen die im Film gezeigte Polizeigewalt der Bundeswehr oder gar einen entsprechenden Schießbefehl.

Bleibt als Fazit, was Meichsner sagte: „Wir sollten uns einen solchen Pfusch nicht leisten, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen."

SIEGFRIED IHLE

Ungenau zugehört

In der Kommune werden politische Alternativen konkret gelebt." Kaum ein Berliner Arbeiter dürfte jemals solches Papierdeutsch wie bei Luise Rinser (Buch) und Stephan Rinser (Regie) gesprochen haben, die anschließend den „Kindern unseres Volkes" (ZDF) wenig abgelauscht hatten. Insbesondere Autorin Luise Rinser muß bei ihren seinerzeitigen Gesprächen mit Gudrun Ensslin zu wenig mitbekommen haben, um die Atmosphäre der Studenten-Rebellion vor 15 Jahren einfangen zu können.

So stimmte denn so gut wie überhaupt nichts: Jeder Berliner FU-Studierende weiß, daß das Otto-Suhr-Institut Politologen und keine Psychologen ausbildet. Zu den 67/68er Kommunarden – die als Randerscheinung der Rebellion mehr an sexueller als an Klassen-Emanzipation interessiert waren – stieß kein Werktätiger, von den damals charakteristischen „Ho Tschi Minh"-Rufen war nichts zu hören, ebensowenig von dem angelesenen Kauderwelsch aus Marxismus und Psychoanalyse. Es fehlte beinahe alles, was junge Menschen damals bewegte, der Konflikt zwischen Professoren und Studierenden, der Tod Benno Ohnesorgs bei den Anti-Schah-Demonstrationen im Sommer 1967, die Schüsse auf Rudi Dutschke 1968, es fehlte ebenso die Eskalation von „Gewalt gegen Sachen" über Steinwürfe gegen Polizisten bis zur Entstehung der Stadtguerrilla.

Die anschließende Diskussionsrunde legte keine der Schwächen des Filmes bloß. Doch zwei Äußerungen wirkten alarmierend: Hildegard Hamm-Brücher gestand, wie die Karikaturistin Marie Marcks – noch dem Frankfurter Kaufhaus-Brand von Baader und Ensslin Verständnis entgegengebracht zu haben. Knut Nevermann, ehemals Studenten-Funktionär, appellierte an das Widerstandsrecht gegen Nachrüstung und Waldsterben. Manfred Rommel und Matthias Wissmann hatten da nur biedere Sprüche entgegenzusetzen.

GISELHER SCHMIDT

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Ein Mord liegt auf der Hand
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Erfindungen, die Spaß machen
Originelle und nützliche Ideen aus Kalifornien
Film von Manfred R. Lating
17.00 Klamottenkiste
Larry unter der Haube
17.15 Da schau her!
Sendung für Neugierige
18.45 König Rollo
4. Das Bad
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Das Versprechen
Fernsehfilm von Gianfranco Galligarich nach Friedrich Dürrenmatt
Mit Rossano Brazzi, Raymond Pellegrin u. a.
Regie: Alberto Negrin
Kommissar Matthäi ist unbestritten der beste Kriminalist der Züricher Polizei. Hart, kalt, unbarmherzig pflegt er seine Fälle zu lösen; er ist ebenso erfolgreich wie verhaßt. Als eines Tages ein Spezialist nach Jordanien geschickt werden soll, um die Polizei von Amman auszubilden, fällt die Wahl sofort auf ihn. Am Tag vor seiner Abreise wird Matthäi zu einem Mordfall gerufen.
21.50 Väter und Töchter
Gespräche über eine dauerhafte Beziehung
Film von Helga Hayne
23.00 „Das Auge – Emettand"
Edouard Manet
Reportage über die Gedenkausstellung zum 100. Todesjahr im Grand Palais in Paris von Jürgen Möller und Helmut Kampf
23.55 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Anderland
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
17.00 heute / Aus den Ländern
18.15 Tele-Illustrierte
18.35 Rauchende Colts
Baskische Bräuche (1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Der Sport-Spiegel
Terence Schofield: „Let's go!"
20.15 ZDF Magazin
Themen: Strahlenverseuchung durch Wiederaufbereitung / Nannen und die Wahrheit / 17. Juni – „Auf nach Berlin" / Pariser Krawalle inszeniert?
Moderator: Gerhard Löwenthal
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Denver-Clan
Der Mittagsspion
22.10 Theaterwerkstatt
Die Spitze des Eisberges
Die Berliner Filmemacher
Brigitte Toni Lerch und Benno Trautmann haben kurz nach dem Tode von Lee Strasberg seinen Schüler Dominic de Fazio mehrere Wochen lang bei der Arbeit beobachtet. Dominic de Fazio besuchte von 1968 bis 1972 die Meisterklassen von Strasberg, ist Mitglied des Actors Studio auf Lebenszeit und lehrte von 1975 bis 1980 am „Lee Strasberg Theatre Institute" in Hollywood.
23.10 Festkonzert 1983 der Wiener Symphoniker
Mit Werken von Richard Wagner, W. A. Mozart, Johannes Brahms u. a.
23.55 heute



Die Suche nach dem Mörder eines kleinen Mädchens raubt Kommissar Matthäi (Rossano Brazzi) den Verstand – „Das Versprechen", ARD, 20.15 Uhr
FOTO: URSULA ROHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Englisch (24)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Moers
21.45 Auslandsreporter
Eberhard Kuhrau aus Neu-Delhi
22.15 Fleisch
Amerik. Dokumentarfilm, 1976
00.05 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Spießgesellen vom Riff
19.15 Seefahrt ist not (1)
20.00 Tagesschau
20.10 extra drei
20.55 Hallenhandball Bundesliga der Herren
21.10 Lotto, Toto, der Staat und die Betrüger
22.05 Der Film-Club
Dieses obskure Objekt der Begierde
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
18.55 Peter ...
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
19.30 Antiquitäten in Serie (6)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Zukunft 2000
21.15 Drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Das Doppelleben des Dr. Clitterhouse
23.20 Napoleon erobert Amerika

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I

BAYERN
18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 Die zweite Nabelschnur
„Situation: Wir und die Kinder"
19.45 Poldark (5)
20.40 Z.E.N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
22.30 Teleclub
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Revanche in Cannes

blu – Was wäre das junge deutsche Kino ohne seine Fans? Robert van Ackeren weiß davon ein *Lied zu singen*. Sein Film „Die flambierte Frau" war in Cannes zunächst für den offiziellen Wettbewerb vorgesehen. Doch dann wurde er kurzfristig in die „Quinzaine des réalisateurs", die Experimentierecke für junge Talente abgeschoben. Trotzdem brauchte er über mangelndes Zuschauerinteresse nicht zu klagen. Zu allen vier Vorstellungen im alten Festival-Palais erschienen seine Anhänger in großer Zahl. Und dieses junge Publikum entschied anders als der Auswahlausschuß. Man erklärte, hier sei ein Meisterwerk *gewissermaßen* vom Himmel gefallen, aber der offizielle Kulturbetrieb, blind, das zu erkennen, habe ihn brüsk zurückgestoßen.

Die flott gemachte und besonders bei jungen Leuten beliebte Tageszeitung „Libération" feierte van Ackeren, trendbewußt, sogar auf einer ganzen Seite als den „Chabrol von jenseits des Rheins". Ist uns Deutschen also ein neues Genie geboren worden? Und ist die Jury in Cannes tatsächlich so herzlos mit uns umgesprungen?

Van Ackeren erzählt in seinem Film davon, wie das Leben so spielt. Eine Studentin, des Lernens und ihrer Ehe müde, geht auf den Strich. Nicht um des Geldes oder der Liebe wegen, sondern um die Männer mit Ketten und Peitschen zu quälen. Bei ihrem unorthodoxen Befreiungsversuch verliebt sie sich jedoch in einen Dressman, der für gutes Geld unerfüllte Hausfrauenwünsche befriedigt. Aber offenbar ist das auch nicht die rechte Liebe. Denn der junge Mann begießt das Mädchen mit Alkohol und flambiert es titelgemäß. Trotzdem wird keine Tragödie daraus. Das Mädchen überlebt und läuft am Ende wiederum lustig von Bar zu Bar.

Das begeistert *die Fans im* Kinosaal von Cannes gewaltig. Mächtiger Applaus ist van Ackerens Lohn. Nur wir stehen ein wenig verdattert da. So leicht und mit so wenig Einsatz ist an der Croisette wohl noch kein Meister gekürt worden. Oder haben wir das alles mißverstanden? Ist dieses tückische Lob eine besonders subtile Revanche dafür, daß wir aus dem Wettbewerb verbannt wurden?

Ein allzu erfolgreicher Prophet – Zum 100. Geburtstag des „Bauhaus"-Gründers Walter Gropius

Der Zweck heiligt doch nicht die Mittel

Man würde Walter Gropius unrecht tun, wenn man ihm unterstellen wollte, er hätte im Grunde *nichts anderes gewollt* als die Architekten vor ihm und nach ihm. Die Welt ist heute, an seinem 100. Geburtstag, nicht mehr dieselbe wie zu jener Zeit, da der 24jährige in das soeben erst gegründete Büro von Peter Behrens eintrat und noch an träumerischen Entwürfen für ein klassizistisches Bismarckdenkmal am Rhein feilte. Daß es so ist, daran hat dieser große Umstürzler und Kunstreformer des 20. Jahrhunderts entscheidenen Anteil.

Liegt aller Sinn im Kubus? Prof. Walter Gropius (rechts) auf der großen „Bauhaus"-Ausstellung in Stuttgart 1968
FOTO: DPA

Der Bau, der den 30jährigen mit einem Schlage berühmt machte, ist *die Schuhleistenfabrik der Fagus*werke in Ahlfeld an der Leine. Inmitten der steinernen Fassaden der Kaiserzeit mit ihrer wuchernden Ornamentik und ihrem historischen Zierrat wirkte sie wie die Fanfare einer lichten, fremden, freiheitlichen Zukunft. Die Fassade war nicht etwa ungewöhnlich, nicht schockierend – sie war überhaupt nicht vorhanden. Dem Betrachter präsentierte sich eine gläserne Wand, die allen Gesetzen der Statik zu spotten schien, denn sie wurde nicht einmal durch Eckstützen gehalten. Das revolutionäre Konstruktionsprinzip lag allen Blicken offen. Gropius hatte das Bauwerk an einer Rückfront aus Mauerwerk aufgehängt und nach vorn mit Pfeilern abgestützt. Für die „Fassade" blieb nur noch die hüllende Funktion einer Membrane.

Die Magie dieser Lösung, aus der der Skelettbau hervorging, wirkt bis in die unmittelbare Gegenwart. Sie hat das Bauen in einer Weise „präfabriziert", daß Generationen von Architekten in der Nachfolge dieses Industriebaus von 1911/14 wie Epigonen wirken. Die Sprache einer neuen Architektur schien gefunden, die „unserer Kultur", „dem Zeitalter der Technik" (Gropius in späteren Aufsätzen), Ausdruck verleiht.

Diese Sprache war ein Jahrhundert lang gesucht worden. Schon Karl Friedrich Schinkel, das Idol des jungen Gropius, hatte sich das Ziel gesetzt, „die unserer Eigenthümlichkeit entsprechende Architektur zu finden". In seinem nie vollendeten architektonischen Lehrbuch schrieb der große Klassizist, daß es „einer ewigen Fortentwicklung des Menschengeschlechts höchst unwürdig ist", lediglich „Sklave der Nachahmung" zu sein. Und Gottfried Semper, der andere große deutsche Architekt des 19. Jahrhunderts, meinte 1834: „Solange wir nach jedem alten Fetzen haschen ..., so lange ist keine Aussicht auf ein wirksames Künstlerleben."

Ein Jahrhundert vor den „Funktionalisten" experimentierten die beiden Baumeister bereits mit der „Zweckmäßigkeit, dem Grundprinzip allen Bauens" (Schinkel) – freilich mit völlig anderen Resultaten. Semper, der in ganz modernen Begriffen die Architektur „den künstlerischen Ausdruck der sozialen, politischen und künstlerischen Institutionen" nannte, fand schroffe Worte gegen die „grobmaterialistische Anschauung, wonach das eigene Wesen der Baukunst nichts sein soll als ... illustrierte Statik und Mechanik". Schinkel sah aus der „rein radicalen Abstraction, wo ich die ganze Conception für ein bestimmtes Werk der Baukunst aus seinem nächsten trivialen Zweck allein und aus der Construction entwikkelte, etwas Trockenes, Starres" hervorgehen, „das der Freiheit ermangelte und zwei wesentliche Elemente, das Historische und das Poetische, ganz ausschloß".

Es lohnt, sich diese Sätze in Erinnerung zu rufen, denn sie bezeichnen sehr genau den ungeheuren Umbruch in den Anschauungen, der der Kunstrevolution von Gropius und seinen Freunden vorausging. Für sie war es nämlich alles andere *als* obsolet, „die Gestalt jedes Gegenstandes aus seinen natürlichen Funktionen und Bedingtheiten heraus zu finden". Sie empfanden es als befreiend, „die krank*hafte Jagd* nach ‚*Stilen' aufzuge*ben". Ihre Phantasie wandte sich den industriellen Technologien, der Psychologie und der Soziologie zu.

Den Antrieb zu diesem radikalen Sinnesumschwung hat Gropius, der selbst noch in seiner Jugend streng symmetrische klassizistische Villen entworfen hatte, offenbar aus Visionen von endzeitlicher Bedrohlichkeit gewonnen. In den noch unzerstörten deutschen Städten der Friedenszeit konnte er nur „Wüsten der Häßlichkeit, graue, hohle, geistlose Attrappen" erkennen. Gleichzeitig sah er eine „zweckverfluchte Zeit" heraufziehen, die einen „seelentötenden Massengeist" und die „Versklavung durch die Maschine" bringen würde.

Gegen diese Bedrohung setzte der junge Architekt den Enthusiasmus der wissenschaftlichen Erkenntnis, des streng pragmatischen Vorgehens und der Arbeit in der Spezialistengruppe. Als er 1919 die Leitung der Weimarer Kunstgewerbeschule übernahm, wurde sie nicht nur sofort in „Staatliches Bauhaus" umgetauft, sondern das Wort „Kunst" überhaupt verboten und die Geschichte der Baukunst, wie sich Philip Johnson erinnert, für „Blödsinn" erklärt. Und noch 18 Jahre später, als Gropius Dekan der Architekturfakultät in Harvard wurde, ließ er die historische Bibliothek ausräumen, um die Studenten vor dem Einfluß geschichtlicher Beispiele des Bauens zu bewahren.

An die Stelle des „Historischen" und „Poetischen" traten nun Forschungen über die „Grundbedürfnisse des Menschen". Welches Maß an Licht, Luft und Auslauf ihm allenfalls zugeteilt werden müsse, das sollte ausschlaggebend für die Gestaltung von Wohnbauten und ganzen Siedlungen sein. Aus dieser Ableistung der Form aus „objektiven Tatsachen" erwuchsen dann jene epochemachenden Empfehlungen für den Städtebau, die heute zu Schreckbildern geworden sind. Gropius propagierte das Wohnhochhaus, den Zeilenbau, die Trabantenstadt, die radikale Flächensanierung, die Gemeinschaftsküche. Er war überzeugt, daß „gleichgeartete Massenbedürfnisse einheitlich und gleichartig (zu) befriedigen" sein würden. Er war ein Wegbereiter des Typenbaus und träumte davon, das Baugewerbe „einheitlich zu organisieren".

Dort, wo dies geschehen ist, hat einer der Jünger von Gropius, der greise Hermann Henselmann in *Ost-Berlin, inzwischen die Einsicht* gewonnen, daß „Ideen, die im Namen der Logik entwickelt werden, losgelöst von der ‚Weisheit des Volkes'", keinen Bestand haben könn*ten – ein Satz, den Gropius*, der lebenslang auf die „Erziehung" gebaut hatte, im Alter wahrscheinlich unterschrieben hätte. In letzten Aufsätzen vor seinem Tod 1969 war wieder von „schönen Proportionen", vom „menschlichen Maßstab", vom „Schicksal des Bodens, der Wälder, der Landschaft" die Rede. In der „langweiligen, phantasielosen Wiederholung endloser Häuserreihen" des modernen Städtebaus vermißte der alte Mann nun den „schöpferischen Funken, der dem Leben seinen tieferen Sinn verleiht und der uns in der Vergangenheit solche großartigen Beispiele einheitlicher Schönheit beschert hat".

Es klang wie Schinkels Klage über den Wohnungsbau in Birmingham. Aber das war 125 Jahre, bevor Gropius diese Zeilen schrieb. Als wäre die Fanfare von Ahlfeld nie erklungen.

DANKWART GURATZSCH

JOURNAL

Hals-Nasen-Ohren-Ärzte treiben Krebsforschung

dpa, **Lübeck**

Vor rund 700 Teilnehmern aus vielen europäischen Ländern sowie Gästen aus Fernost hat der Präsident der „Deutschen Gesellschaft für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Kopf- und Hals-Chirurgie", Prof. E. Lehnhardt (Hannover), in Lübeck die 54. Jahrestagung seiner Organisation eröffnet. Schwerpunktthema sei in diesem Jahr die Virologie, sagte Lehnhardt. Viren nämlich seien mit ziemlicher Sicherheit die Erreger verschiedener Krebsarten (Tumore) im Nasen-Rachen-Bereich. Sollten Nachweis und Bekämpfung dieser Krebsarten gelingen, könne man hoffen, ein „Modell" zur Krebsbekämpfung überhaupt zu gewinnen.

Schweizer Musiker lehnt ungarische Ehrung ab

dpa, **Bern**

Der Cellist Eric Guignard aus Zürich hat es abgelehnt, eine ungarische Auszeichnung für seine Verdienste um die Verbreitung des Werkes von Zoltán Kodály anzunehmen. Eine Gedenkplakette sollte vom ungarischen Botschafter in Bern überreicht werden. Der Musiker machte geltend, trotz seiner Verehrung für den *großen Komponisten könne* er „als erklärter Antimarxist und Gegner aller Sowjet-Regimes einer Einladung in die Botschaft eines Ostblock-Staates als Privatmann nicht Folge leisten".

D. Kühns „10 000 Bäume" vom Spielplan abgesetzt

dpa, **Münster**

Das am 11. Mai mit *großem* Publikumserfolg in Münsters „Wolfgang-Borchert-Theater" uraufgeführte Stück „10 000 Bäume" von Dieter Kühn (vgl. WELT v. 13. 5.) *ist nach nur zwei* Aufführungen wieder vom Spielplan abgesetzt worden. Wie Theaterdirektor Wolfgang Trautwein *mitteilte*, hat er sich hierzu entschlossen, nachdem der Fischer Theater-Verlag (Frankfurt) „unverantwortbare Forderungen" an ihn gestellt habe. Trautwein hatte als Regisseur das Stück über den deutschen Kaiser Wilhelm II. im holländichen Exil rigoros gekürzt und verändert.

Nazi-Opfer kündigt Regie in Bad Hersfeld auf

dpa, **Bad Hersfeld**

Imo Moszkowicz hat seine vertraglichen Regie-Verpflichtungen für die diesjährigen Bad Hersfelder Festspiele außer Kraft gesetzt, „solange ehemalige SS-Organisationen willkommenes Gastrecht" in der Stadt genießen. Der von den Nationalsozialisten Verfolgte, der seine Mutter und sechs Geschwister in den Gaskammern verloren hat, teilte diese Entscheidung jetzt dem Bürgermeister mit. Wie seit 1979 alljährlich, ist zu Pfingsten in Bad Hersfeld *ein* Treffen des Kameradschaftsverbandes der Soldaten des 1. Panzerkorps der ehemaligen Waffen-SS geplant. Der Bürgermeister verteidigte die Entscheidung der Stadt: der Verband sei weder verfassungswidrig noch verboten.

Benefizkonzert für die Kinder Libanons

DW. **Bonn**

Der libanesische Pianist Walid Akl gibt heute in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg ein Benefizkonzert für die Hilfsorganisation „Help Libanon". Sie widmet sich vor allem den im libanesischen Bürgerkrieg geschädigten Kin*dern. Akl, der kürzlich Haydns* Klavierwerk auf 30 LPs einspielte, trägt in Bonn Werke von Prokofjew, Rachmaninow und Franz Liszt (Klaviertranskription von *Beethovens „Eroica") vor.*

Fjodor Abramow tot

dpa, **Leningrad**

Im Alter von 63 Jahren ist nach langer Krankheit der sowjetische Schriftsteller Fjodor Abramow in Leningrad gestorben, einer der bedeutendsten Vertreter der sowjetischen „Dorfprosa". Als Hauptwerk Abramows, der am 29. Februar 1920 im Gebiet der nordrussischen Stadt Archangelsk geboren wurde, gilt die auch ins Deutsche übersetzte Trilogie „Die Prjaslins". Die drei Romane erzählen vom schweren Leben der Landbevölkerung im Zweiten Weltkrieg bis zum Tod des Diktators Josef Stalin.

Marbach: „Klassiker in finsteren Zeiten 1933–45"

Schweizer Heckenschütze

Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933, deren 50. Jahrestag in diesem Jahr besonders bedacht wurde, war ja nichts, das mit Plötzlichkeit und „einfach so" geschehen konnte. Walter Jens hat kürzlich darauf hingewiesen, daß es eine bürgerliche, enttäuschte akademische Intelligenz und eine nationalisierte Wissenschaft waren, die, sich als Elite verstehend, sowohl die Inszenierung des Autodafés besorgten wie auch die Kulissen und Staffage dazu abgaben.

Daß die Flammen der Bücherpyramiden am Abend des 10. Mai 1933 ihr Licht auf die Fassaden fast aller deutschen Universitäten warfen, hat Symbolcharakter. Eine isolierte Betrachtung des Brandtages vor fünfzig Jahren, allenthalben da oder dort feststellbar, verhindert ein Sehen von Zusammenhängen, die an der Darstellung einzelner Rezeptionsverhältnisse plötzlich sichtbar werden und einem fassungsloses Starren auf die Korrumpierbarkeit des Geistes aufzwingen.

Bernhard Zeller hat im Marbacher Schiller-Nationalmuseum eine Ausstellung („Klassiker in finsteren Zeiten 1933–1945") eingerichtet, die wohl wie keine zweite Darstellung der Hintergründe für die Verführbarkeit der Hirne, die Dinge offenlegt: „Der Starke ist am mächtigsten allein", selbstbewußt hat Hitler dieses Wort Wilhelm Tells als Überschrift über ein Kapitel seines Buches „Mein Kampf" gesetzt. Aber in Schillers Schauspiel findet sich auch der Satz: „Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht." 1941 verbot Hitler „den Schweizer Heckenschützen" Tell; er durfte nicht mehr auf deutschen Bühnen aufgeführt, nicht mehr im Unterricht behandelt werden.

Die Ausstellung in Marbach versucht unter dem gesetzten Leitthema möglichst viele Lebensbereiche von damals zu berühren und Verhaltensweisen zu kennzeichnen. Daß dabei die einzelnen Kapitel, ob sie von Fragen des Exils oder des inneren Widerstandes handeln, Probleme des Unterrichts oder der Forschung anschneiden, nur Hinweise sein können und daß vieles, was in diese Zusammenhänge gehört, gar nicht aufgegriffen werden konnte, ist selbstverständlich. Doch die Konzentration auf das Beispielhafte wird hier an einzelnen Objekten gezeigt.

Die Materialien der Ausstellung bilden *so gut wie ausschließlich* originale zeitgenössische Dokumente: Bücher, Zeitschriften und Zeitungen, Briefe und einige Manuskripte, Fotografien, Plakate, Prospekte, Programme *und* Bühnenbilder – meist einfache Stücke aus dem täglichen Leben. Sie sind in ihrer Selektion und Komposition um einzelne Themen (hier besonders *die Vereinnahmung* von Schiller und Hölderlin durch die Nazis) gruppiert, können aber keine fertige Meinung vorschreiben. Bei der Auswahl der Objekte wie *auch für die Texte des Katalogs* wird einem bewußt, daß nicht nur die düsteren Seiten der damaligen Zeit vorliegen, sondern: Die Begeisterung der Masse des Volkes, die *starke Wirkung organisierter* Gemeinschaftserlebnisse, Idealismus und Leistungsbereitschaft halfen auch der Macht der halben Wahrheiten. Sie gehören zu den Realitä*ten nationalsozialistischer* Herrschaft genauso wie die Angst und das Grauen, wie Flucht und Verfolgung. (Bis 31. Oktober; Katalog 30 Mark, im Buchhandel 40 Mark)

REINER NERVAL

Heidelberg: Grünauers Oper ‚Amleth und Fengo'

Ein Hahn trägt Brille

Natürlich hat die Oper „Amleth und Fengo", die jetzt am Theater der Stadt Heidelberg uraufgeführt wurde, etwas mit Shakespeares „Hamlet" zu tun. Beide Autoren, der englische Dramatiker und der österreichische Opernkomponist, greifen bei ihren Stükken auf die gleiche Vorlage zurück, *auf das dritte und vierte Buch* der „Gesta Danorum" des Saxo Grammaticus, der um 1220 im Auftrag des Bischofs Absalon von Lund als Heimatforscher die in die Felswände eingemeißelten Runen ausdeutete und aufschrieb. Der kleine Unterschied: Während sich Shakespeare seinen eigenen Reim auf die Überlieferung machte, akzeptierte der fünfundvierzigjährige Ingomar Grünauer die Sage voll und ganz. Und nicht nur das: Der in Frankfurt lebende Künstler und Pädagoge sieht in der Chronik und ihren sich wiederholenden barbarischen Ereignissen einen Zeitbezug. Die Handelnden, so sagt er, funktionierten nach befremdlichen, absurden Gesetzen manisch-perfekt, weil sie den Sinn ihres Tuns nie in Frage stellten.

In seiner Sicht stellt sich die Geschichte, die in groben Zügen der gleicht, die wir aus Shakespeares Drama her kennen, als eine ebenso erschreckende wie ernüchternde Abfolge von Mord und Macht dar. Kaum hat die Oper richtig begonnen, fällt auch schon Horvendil, der Statthalter Jütlands und Vater Amleths, von der Hand Fengos. Und wenig später wird der Mörder ein weiteres Mal aktiv: Er ersticht hinterrücks seinen Trabanten, der sich gegen ihn auflehnt. Kein Wunder, wenn sich sein Neffe von vornherein in den Wahnsinn flüchtet. Wie ein Hahn hüpfend und krähend, erscheint er in den Augen Fengos als ein Narr, der ungestraft seine Wurfspieße schnitzen darf: Er wird ja doch damit niemanden treffen.

Grünauer läßt die Rudimente der „Gesta Danorum" in ihrer sperrigen Brutalität auf das Publikum wirken. Er beschönigt nichts. Er versucht vielmehr, die Gegensätzlichkeit der Gefühle durch seine Musik ins schier Unermeßliche zu steigern. Schroffheiten, Instrumentalballungen, Klangschärfen: Sein *Musiktheater der Grausam*keit bedient sich mit eindrucksvollem Geschick seiner Mittel. Er spart nichts aus. Emotionsstarke Arien, fordernde Chorszenen, orchestrale Illustrationen, überhaupt alle gängigen kompositorischen Ausdrucksweisen werden von ihm gezielt eingesetzt. Seine Ökonomie hat etwas Imponierendes: Christian Süss bekommt den großbestückten schlagzeugstarken Orchesterapparat gut in den Griff. Musikalisch bleibt zumindest nichts überflüssig.

Nicht immer entspricht die szenische Vergegenwärtigung dieser Genauigkeit. Michael Leinert setzt zwar nicht auf Ausstattung. Das Bühnenbild Erich Fischers – ein *einfaches Stahlgerüst*, das sich vielfältig bespielen läßt – gibt ihm die Durchlässigkeit, die er braucht. Aber die Zeitbezogenheit, die sich Grünauer erklärtermaßen wünscht, scheint etwas aufgepfropft. Es genügt eben nicht, sich einfach mal eine Zigarette anzuzünden, um ein Hier und Heute zu signalisieren. Eine Brille macht aus einem *Amleth noch* keinen Intellektuellen. Und die Guerrilla-Uniformen der Trabanten bleiben so lange bloße Kostümierung, solange es nicht gelingt, mit ihnen Haltungen unserer Zeit zu vermitteln. Doch vielleicht werden mit den Aufführungen die Rollen zu den gestischen Leitbildern, die Grünauer beschreibt, noch die plastische Präzision gewinnen, die man bislang so vermißt.

Hörenswert ist die Oper auf alle Fälle. Die Heidelberger Auftragsarbeit (im Rahmen eines Programms des Landes Baden-Württemberg zur Förderung zeitgenössischer Komponisten) stellt mit Fred Silla einen Amleth in den Mittelpunkt der Uraufführung, der mit seinem flexiblen Tenor und seinem intelligenten Spiel die Sagenfigur zu vergegenwärtigen weiß. Und das will einiges heißen.

HARTMUT REGITZ

Neue Nationalgalerie Berlin: Werner Knaupp

Der Weg durchs Dunkel

In verschiedenen großen Ausstellungen der Nationalgalerie, „Bilder vom Menschen" und „Ferdinand Hodler", sind Tod und Sterben als bewegende Bild-Motive hervorgehoben worden. In einer Einzelschau rückt das Thema jetzt sogar in den Mittelpunkt. Der Nürnberger Werner Knaupp, heute Mitte 40, hat in seiner Arbeit vor ein paar Jahren das vollzogen, was man gemeinhin einen Bruch nennt. Er hatte sich mit seinen Kugelschreiber-Landschaften bereits einen Namen gemacht, aber er empfang diese Arbeit mit samt ihrem Erfolg schließlich wie einen Schild vor der Wirklichkeit.

Knaupp hat eine Weile in einer Heilanstalt gearbeitet. Und dort skizzierte er nicht etwa Leidende und Kranke, er holte sie nicht ins Bild: Er verdichtete in einem Zyklus von Kohlezeichnungen wesenhafte Gestalten, Körperbündel, auch seltsam krankenhafte Erscheinungen; Rippen, Wirbel, Knochengerüste scheinen da mitunter durch. Hart angeschnittene Figuren und Segmente, hilf- und leblos niedergeworfen oder hingekauert. Hier wird bereits erkennbar, daß Knaupp die Allgegenwärtigkeit des Sterbens nicht aus unmittelbarer Darstellung oder malerischer Abbildung gegenwärtig werden läßt – nur der Betrachter, dem assoziatives, atmosphärisches und sensitives Kunst-Erleben vertraut ist, wird auch die Sprache dieser Arbeiten vernehmen können.

Sinnbilder des Vergehens: Werner Knaupp vor seinen Bildern in der Neuen Nationalgalerie Berlin
FOTO: BINDER/THIELE

Später ist Knaupp nach Indien gereist. Er hat in Mutter Teresas Haus der Sterbenden gearbeitet und dort die Leichenverbrennungen unter freiem Himmel gleichsam als körperliches Erlebnis erfahren. Es entstanden Masken-Bildnisse, aus nachtschwarz, mit Farbe und Kohle traktierten Gründen, sparsam malerisch hervorgeholte, dramatisch aus dem Papier herausgerissene, angefetzte Visagen. Keine Masken der Verbergung: Die Risse scheinen klaffende Wunden, sie signalisieren Schmerz und Verletzung.

Knaupp führt den Betrachter in schrittweiser Prozession durchs Dunkel: Erst die Reihung und Wie*derholung*, die variierte Gleichförmigkeit betonen den kultischen Nachdruck, die inszenierte Aura der Arbeiten. Das wird vollends in den großen aus 4x3 Tafeln addierten Tableaus deutlich, nachdem Knaupp eine Weile in einem Krematorium den Verfall der Leichen, ihr Vergehen im Feuer beobachtet hat. Knaupp setzt, was sich sonst hinter den Wänden der Verbrennungskammern verbirgt und dem tröstenden Tabubereich des Todes zugewiesen ist, in Sinnbilder des Vergehens um. Nicht ganz mehr Bild, noch nicht ganz Relief, heben sich Schädel und Skelett als Zeichen des zerfallenden Seins.

Knaupp ging schließlich noch einen Schritt weiter, als er nur noch große Strukturreliefs, düstere wie von Asche oder Kohlestaub gemarterte Mond-Landschaften ausstreute, auf denen sich die letzten Spuren menschlicher Schemen-Körper auslöschen. Hier allerdings öffnen *sich dem Interpreten* weite Felder. Mit den Überbleibseln vergehender Leiber verflüchtigt sich auch die künstlerische Essenz. Es kommt zum mort pour mort. Wer nicht die Gesamt-Inszenierung der Ausstellung, die Chronologie dieses insistierenden Werks vor Augen hätte, würde hier nur Spuren eines atmosphärischen Ästhetizismus, düstere Kompositionen vermuten, die von Ferne ihren Tàpies oder Baumeister zitieren. (Bis 5. Juni, Katalog 20 Mark)

PETER HANS GÖPFERT

Bremen: „Eugen Onegin" unter Johannes Schaaf

Höhle des Schicksals

Nach seiner Wiener Offenbachiade von 1976, in der er „Hoffmanns Erzählungen" einkellerte, versuchte sich der Theater- und Fernsehregisseur Johannes Schaaf jetzt abermals auf der Musikbühne, und zwar in Bremen, dem Ort seiner frühen Tage in Hübners frühen Jahren. Das Klima am Goetheplatz ist wohl Schaafs theatralischer Imagination hold, und das Gebot materieller Sparsamkeit beflügelt seine Kunst der Aussparung, die er diesmal an Peter Tschaikowskys Oper „Eugen Onegin" wendet.

Der Bühnenkasten, befreit von jeglicher Kulisse, verliert sich ins Grenzenlose. Eine angeschnittene Bodenwölbung dient als gegenwartslose Spielfläche. Wäscherinnen singen dort und wringen ihre Laken, um sie anschließend zu geometrischen Bleichmustern auszulegen. Eugen Onegin hüpft kokett um sie herum, nachdem er *dem verliebten Kinde Tatjana eine* wenig taktvolle Abfuhr erteilt hat. Onegin kommt aus dem hochgerefften Loch eines unsichtbaren Vorhangs – eine Höhle, die ihn wieder aufnimmt: Schicksal-auslösende Gestalt, die doch immer nur die Leidenschaften anderer spiegelt. Musiksinn und optische Zeichensprache stehen bei Johannes Schaaf und Susanne Thaler (Bühnenbild) in einträchtigem Wechselbezug.

Eine einzige „Realie" gibt dem Symbolhaft-Allgemeinen der Bühnenausstattung oft einen konkret-aktuellen Bezug. Etwa in der Briefszene, in welche eine gardinenartige Stoffbahn von oben hineingleitet: hier zieht das realistische Schreibgerät die augenblickliche Herzensnot auf sich. Die Schlußszene, Spätfolge der verhängnisvollen Zeilen, ist ein verkapptes Bildzitat der Briefszene.

Die Hauptpartien sind charaktertypisch und sängerisch ausgewogen besetzt. David Pittmann-Jennings Eugen Onegin changiert rollengemäß zwischen Gent und Leidensmann. Stephan Drakulich gibt dem überhitzten Dichter Lensky die gehörige Alles-oder-nichts-Pose. Die von Tschaikowsky eher farblos gezeichnete Olga und die wahre Heldin der Oper, Tatjana, finden in Kathryn Asman und Stella Kleindienst ausstrahlende Gesangsmimen. Nicht zu vergessen die Bremer Philharmoniker, die unter Peter Erckens Leitung die süßen Melodien leicht über die Schmachtgrenze halten.

LUTZ LESLE

Berliner Akademie der Künste: Comeback von G. Bohners Tanztheater

Sibyllinische Diagnose mit Händel

Choreographische Zimmerschlachten. Tänze der Einsamkeit, eingeübt daheim vor dem Spiegel. Vergebliche Durchbruchsversuche in dem nur schütter besetzten Saal. In Berlins Akademie der Künste versuchten in der *traditionellen Parallelaktion* zum Theatertreffen, einer der Pantomime, der Musik und dem Tanz gewidmeten Serie, drei Tänzer, die sich vor annähernd zehn Jahren selbst aus dem Verkehr gezogen hatten, in einem Comeback neue Wege eines vor allem am Haupte, weniger an den Gliedern reformierten Tanztheaters zu suchen. Sie machten damals Schlagzeilen. Kunst machten sie weniger.

Die Chance für Gerhard Bohner, Gerda (jetzt Mirjam G.) Daum und Frank Frey, sich einem neuen gewandelten Jahrzehnt vorzustellen, vermochten sie künstlerisch nicht zu nutzen. Gerhard Bohner hatte für sich eine abendfüllende Performance im Alleingang entwickelt. Seit er in Darmstadt als Chefchoreograph gescheitert, aus Bremen geschieden war, hatte er versucht, ausgerechnet bei Anbruch der finanziell mageren Jahre eine eigene Compagnie unter dem Schutz der Berliner Akademie zusammenzubringen. *Das kostspielige* Projekt konnte sich nicht mehr realisieren. Auf sich allein zurückgeworfen, erging er sich in „Übungen für einen Choreographen".

„Schwarz Weiß Zeigen" hat Bohner in guter alter sibyllinischer Bohner-Manier seine verzweifelt kopfhängerische Aktion betitelt, der er im ersten Teil Cembalo-Suiten von Händel, im zweiten sturmfreudig lebhafte Musik Thomas Wegels unterlegte, von Wegels Trio glänzend gespielt. Diese Musik bildete fraglos den Höhepunkt des sich sonst eher trist dahinschleppenden Abends. Der Choreograph auf der Suche nach seiner Kunst. Das Raumvermessen durch die eigene Körperlichkeit. Verzweiflungen und stumpfes Brüten. Langatmige Diagnosen der Gliederpuppe namens Mensch. Vor Axel *Man*theys schwarz-weiß gespannten Segelwänden wies Bohner darauf hin, wie einfach das Choreographieren möglicherweise sei, doch wie hochkompliziert das Scheitern.

Mirjam G. Daum ist auch jenseits des 40. Lebensjahres die holde Tänzerin, die sie war. Ihre Improvisation „Tai-Chi-Chuan" entwarf zeitlupenhaft zart schwingende Bewegungsfolgen, die mit wundervollem Zeitgefühl aufblühten. Dies Tanzversprechen löste die Daum in den Folgestücken leider nicht ein. Frank Frey, Barrikadentänzer der Mitbestimmung einst im Ballett der Deutschen Oper Berlin, markierte seine Partien im gemeinsamen Programm an der Seite der *Daum mit der alten* Blondheit, doch nicht mehr mit dem alten Schneid.

KLAUS GEITEL

Die längste Theke der Welt gerät in Verruf

Der Prozeß gegen vier Polizisten der Düsseldorfer Altstadt-Wache ist nur ein Indiz für den Niedergang des Vergnügungsviertels

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Die Zelle ist 2,10 Meter lang und 1,42 Meter breit. Die Wände sind weiß gekachelt, der Boden grau gefliest. Einziges Mobiliar: die hölzerne Pritsche, auf der eingeritzt ist „Jenny" und „Erkrath". Das kalte Licht der Neonröhre fällt von außen durch Glasbausteine. Das karge Gelaß ist so eng und spartanisch wie das ganze Polizei-Revier an der Düsseldorfer Mühlenstraße Nr. 10. „Altstadt-Wache" heißt sie, und sie ist offensichtlich keine normale Revier-Wache, wenn auch nicht so berühmt wie die Davids-Wache in Hamburg-St.-Pauli.

In ihrem Bereich tummeln sich bis zu 200 000 Besucher täglich, drängeln sich in den engen Gassen zwischen Rheinufer und der Flaniermeile Königsallee („Kö"), lassen sich in mehr als 250 Bier-Kneipen und Diskotheken, Pinten und Pizzastuben nieder. Und das alles auf einem knappen Quadratkilometer. Doch das einst idyllische Viertel mit seinen gepflegten Fassaden, mit Blumenkästen und heiterem Gewühl zwischen Geschäften und Galerien verkommt immer mehr.

Der schlechte Ruf aber übertrug sich offenbar auch auf die Polizei dort. Denn was sich im Herbst vergangenen Jahres in der Altstadt-Wache abspielte, nennen Justiz und Stadt inzwischen einen Skandal.

Nachdem mehr als 30 Beschwerdebriefe die Dienststelle erreichten – von Bewohnern und Geschäftsleuten, aber auch vom nahen Büro des Oberstadtdirektors Gerd Högener (SPD) und des Oberbürgermeisters Josef („Jupp") Kürten (CDU) –, die sich vor allem darüber mokierten, die Beamten täten zuwenig für Sicherheit und Ordnung, platzte den Beamten der Kragen. Sie gaben den „Druck von außen" – so die Staatsanwaltschaft – sozusagen nach innen weiter.

Laut Anklage habe sich dabei besonders der Dienstgruppenleiter Manfred Otto Rießer (39) hervorgetan. Mit den Worten „Jetzt werde ich mal ordentlich durchgreifen" schikanierte und drangsalierte er vor allem die, deren er und seine drei mitangeklagten Kameraden ohne großen Aufhebens am leichtesten habhaft werden konnten: Stadtstreicher, Nichtseßhafte, Berber.

Der 30jährige Kommissar ließ dabei wenig aus: Dem „Penner" Krautschneider setzte er seine – zuvor entladene – Dienstpistole an den Kopf und fragte: „Hast du noch einen letzten Wunsch?" Andere Stadtstreicher, so die Anklage, ohrfeigte er oder prügelte sie mit einem Schlagstock auf den Unterarm. Er zwang sie, Blut und Urin von Boden und Pritsche aufzulecken. Ein anderes Mal mußten die Berber im Chor beteuern: „Ihr seid alles gute Polizisten", oder sie mußten sich bei den Beamten entschuldigen, weil sie ihnen „so viel Arbeit" machten.

Einen schwerbehinderten „Nichtseßhaften", der nur mit einem Stock gehen kann, sollen sie aufgehoben und dann fallengelassen haben. Einen Stadtstreicher soll Rieper gezwungen haben, eine Buddel Schnaps in einem Zug zur Hälfte auszuleeren. Aktenkundig ist auch der Vorwurf, wonach ein Inhaftierter, auf dem Boden der Zelle liegend, „Schwimmübungen" machen mußte, damit „du schwimmen kannst, wenn wir dich in den Rhein werfen".

Junge Polizei-Beamte, die zum vorübergehenden Einsatz in die Wache abkommandiert waren, habe Rieper unter Druck gesetzt mit Bemerkungen wie: „Wenn Sie Meldung machen, dann mache ich auch eine". Dabei ist der Kommissar kein Bulle von Mann, eher schmächtig.

Bei dem gestern eröffneten Prozeß vor dem Landgericht schweigt er fast immer, sitzt zusammengekauert in der Anklagebank. Aber beim Ortstermin in der Wache, da sieht es so aus, als straffe er die Schultern, gehe ein bißchen aufrechter als sonst – es ist „seine" Wache. Und er feixt in sich hinein, als der Vorsitzende Richter Günter Bogen auf Veranlassung des einen Verteidigers mühsam Abstände messen muß zwischen Gang und Zelle, mit geöffneter und geschlossener Tür.

Die Vorwürfe, die Düsseldorfer Polizei sei ein wenig rabiat, sind so neu nicht. Schon Mitte der 70er Jahre wurden Klagen laut, gab es prügelnde und stehlende Beamte. Eine Richterin erklärte 1978 in einem Urteilsspruch, es sei unverantwortlich, derart junge und unerfahrene Polizisten in der Altstadt-Wache einzusetzen. Der damals Verurteilte war 21 Jahre alt, die Polizisten, die heute auf der Anklagebank sitzen, zwischen 25 und 32 Jahren.

Tatsache ist, daß unter „der längsten Theke der Welt" sich immer mehr Dreck ansammelt. Zwar haben es die Stadtväter verstanden, wenigstens Sex- und Eros-Shops im wesentlichen aus dem Viertel herauszuhalten, aber die Düsseldorfer gehen längst nicht mehr in ihre Altstadt. Denn mit mehr als 2000 „schweren Delikten" liegt das Viertel nach polizeistatistischem Vergleich vor Hamburgs Vergnügungsviertel St. Pauli.

„Ich kann die Altstadt nicht mehr riechen", klagte jüngst eine Gastronomin und meinte damit nicht nur das Öl, das aus den zahllosen Friteusen der Schnell-Pizzas und Imbiß-Läden gen Himmel stinkt.



Die Düsseldorfer Altstadt am Ufer des Rheins, früher liebevoll die „längste Theke der Welt" genannt, hat ihren guten Ruf längst verloren. FOTO: PETER MITCHELL

Unwetter tobten über Bayern

AP, **München/Berlin**

Schwere Unwetter tobten am Montagabend und in der Nacht zu Dienstag über Bayern und richteten hohen Sachschaden an. Eine 74jährige Frau wurde von einem umstürzenden Baum erschlagen. Neben Oberbayern wurden vor allem die Landkreise Bayreuth und Kulmbach in Oberfranken von dem Unwetter betroffen. Der Verkehr wurde durch umgestürzte Bäume teilweise blockiert. Im Stadtgebiet Bayreuth fiel fast die gesamte Ampelanlage aus. Mehr als 80mal mußten Feuerwehr und Polizei wegen überfluteter Keller ausrücken.

Auch im Loisachtal in den oberbayerischen Bergen entwurzelte der Föhnsturm zahlreiche Bäume, die auf Hausdächer und Stromleitungen fielen. In Garmisch-Partenkirchen wurden Passanten durch Teile eines Bauzauns verletzt, der durch die Luft flog. Vor den Unwettern waren die Temperaturen in Bayern bis auf 28 Grad angestiegen. Beim Föhnsturm über den Alpen wurden Spitzenböen bis zu 150 Stundenkilometern gemessen.

Heftige Gewitterstürme führten in der Nacht zu Dienstag auch in beiden Teilen Berlins zu erheblichen Schäden. Die Westberliner Feuerwehr mußte sogar den Ausnahmezustand verhängen. Böen mit bis zu Windstärke zehn entwurzelten Bäume und deckten Dächer ab.

Nasa sucht Astronauten

AFP, **Washington**

Die amerikanische Weltraumbehörde Nasa sucht sechs Piloten und sechs Wissenschaftler für eine Astronautenausbildung. Die Kandidaten müssen neben einem abgeschlossenen Studium mindestens 1000 Flugstunden vorweisen können, die Wissenschaftler wenigstens drei Jahre in ihrem Spezialgebiet tätig gewesen sein. Einsendeschluß für die Bewerbungen ist der 1. Dezember dieses Jahres.

Reiseland „DDR"

dpa, **Berlin**

Die Zahl der Bundesbürger, die als Touristen die „DDR" besuchen, steigt. 1982 wurden nach Angaben des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen mit 150 000 Reisenden 10 000 mehr als im Jahr zuvor registriert. Ein Urlaub in der „DDR" ist individuell oder in Gruppen möglich. Er muß in jedem Fall aber bei einem Reisebüro oder -veranstalter gebucht werden.

Verhältnis „normalisiert"

dpa, **Stuttgart**

Das Verhältnis der Bürger zu ihrem „liebsten Kind", dem Auto, hat sich „normalisiert". Nach Beobachtungen der Kfz-Zubehörindustrie wird der Wagen „nicht mehr so oft auf Hochglanz gebracht" wie noch in den vergangenen Jahren. 1982 wendeten die Autobesitzer nur noch ein Zehntel dessen für Waschen und Polieren auf, was noch vor sechs Jahren üblich war.

Hygiene-Probleme

dpa, **London**

Das ehrwürdige „Café Royal" in der Londoner Regent Street, in dem Charles Dickens, George Bernard Shaw und Edgar Wallace verkehrten, hat Ärger mit dem Gesundheitsamt bekommen. Die Behörde will in dem Lokal 44 Verstöße gegen die Hygiene entdeckt haben. Dem Besitzer droht jetzt eine Geldstrafe von 35 000 Mark.

Geiselnehmer erschoß sich

dpa, **New York**

Ein entlassener Hilfslehrer, der am Montag in Brentwood bei New York 20 Schüler einer Mittelschule als Geiseln genommen hatte, hat sich neun Stunden nach Beginn des Dramas im Klassenzimmer das Leben genommen. Der 24 Jahre alte Robert Wickes hatte zuvor den Leiter der Schule und einen 15jährigen Schüler angeschossen.

Ariane-Start verschoben

AP, **Paris**

Der für den 3. Juni vorgesehene nächste Flug der europäischen Trägerrakete „Ariane" ist bis mindestens Mitte Juni verschoben worden. Die Verzögerung wurde wegen weiterer Dauertests einer Turbinenpumpe der dritten Raketenstufe nötig. Wegen eines Ausfalls dieser Pumpe war die Rakete am 10. September mit zwei Satelliten vor Französisch-Guyana in den Südatlantik gestürzt.

Italien streitet über Mord in Fortsetzungen

TV schildert „Fall Sutter" auch aus der Sicht des Mörders

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Als die 13jährige Milena Sutter, Tochter des Schweizer Industriellen Arthur Sutter, vor zwölf Jahren bei Genua ermordet aufgefunden wurde, war ganz Italien schockiert. Der hübsche Teenager war auf dem Schulweg überfallen, vom Kidnapper mißhandelt und schließlich erdrosselt worden. Der Mörder Lorenzo Bozano entkam noch im ersten Prozeß mit einem Freispruch aus Mangel an Beweisen. Die Richter in zweiter Instanz waren anderer Meinung. Sie fanden, daß die Indizien mehr als ausreichend waren, um Bozano lebenslänglich hinter Schloß und Riegel zu bringen. Zu diesen Indizien zählten: die Tatsache, daß Bozano tagelang Milena vor dem Schulgebäude auflauerte und daß er sich am Mordtag in der Nähe des kunstgerecht ausgeschaufelten Grabes herumtrieb.

Seither sitzt der Mörder Milenas im Kerker von Porto Azzurro auf der Insel Elba und hofft auf eine Revision. Dabei leistet jetzt das italienische Fernsehen unverhoffte Hilfestellung. Die RAI dreht nämlich derzeit an Ort und Stelle, das heißt in und um Genua, einen Fernsehfilm mit Fortsetzungen, der die scheußliche Mordtat zum Gegenstand hat und sie – so scheint es – in allen Einzelheiten auswalzt. Regisseur Franco Corona erklärte, ihn interessiere in erster Linie die Psychologie des Mörders. Er wolle zeigen, wie aus einem sogenannten Normalbürger ein Verbrecher werden könne.

Mißhandelt und ermordet: Milena Sutter FOTO: UPI

Wie jetzt bekannt wird, hat das italienische Fernsehen ihn veranlaßt, dieses psychologische Konzept insofern zu korrigieren, als der Streifen über das tragische Ende von Milena Sutter „objektiv" dargestellt werden soll. Mit anderen Worten: Der Regisseur soll beide Versionen, beide „Wahrheiten" widerspiegeln – die der Justiz und die des Verurteilten.

Die Eltern Milenas sind tief betroffen. Sie protestieren gegen diesen Versuch, mittels eines Fernsehspiels dem Mörder ihrer Tochter Beistand zu leisten. Arthur Sutter klagt an: „Unsere arme Milena wird so zum zweiten Male getötet. Die Tragödie vom Mai 1971 wird noch einmal aufgerollt. Warum? Um dem krankhaften Sensationsbedürfnis des Publikums entgegenzukommen auf der Suche nach makabren Stoffen. Oder gar im Interesse des rechtskräftig verurteilten Lorenzo Bozano, gegen den alle Indizien sprechen?" Die Vorwürfe des Schweizer Industriellen an die Adresse des italienischen Fernsehens finden weites Echo in der italienischen Presse.

Bozano und seine Verteidiger wittern Morgenluft. Der Zuchthäusler hat aus seiner Zelle auf der Insel Elba ein ellenlanges Memorandum an den Regisseur des TV-Films geschickt und darin alles aufgezählt, was nach seiner Ansicht zu seinen Gunsten spricht. Am Ende äußert er die Hoffnung, daß „dieser Film als Grundlage für eine Revision des Prozesses dient und so meine Unschuld erwiesen wird".

Nach mehr als einem Jahrzehnt wird so ein Fall wieder aufgerollt, der Italien in zwei Lager spaltete. Die von der Unschuld überzeugte kleine Minderheit wartet mit Spannung auf die Ausstrahlung des Fortsetzungsfilms. Italiens Justiz und die erdrückende Mehrheit des Publikums stehen auf der Seite Arthur Sutters. Der Vater Milenas ist der Ansicht, daß die Meinungsfreiheit dort ihre Grenzen hat, wo Gefühle verletzt und unnötig Wunden wieder aufgerissen werden, ohne daß kulturelle oder soziale Motive geltend gemacht werden können. Wenn etwa der Justizmord an Sacco und Vanzetti durch ein Fernsehspiel in Erinnerung gerufen werde, sei das sicher berechtigt. Nichts aber spreche dafür, das entsetzliche Drama vom Mai 1971 zu neuem Leben zu erwecken.

Die Hessen zahlen brav für die Erholung ihrer Staatsdiener

In vier landeseigenen Hotels machen nur Beamte und öffentlich Bedienstete Urlaub

H. H. KANNENBERG, **Wiesbaden**

Ein Hotelier hatte sich finanziell übernommen. Er mußte das Handtuch werfen, noch ehe der Rohbau stand. Ein anderer hatte im kostenintensivem Personalbereich mit der eigenen Familie gerechnet. Allerdings hatte er vergessen, das „Billigteam" vorher zu fragen. Beide Hotels landeten als „Gelegenheiten" unter Immobilienanzeigen. Bei diesen beiden und zwei ähnlichen Angeboten griff das Land Hessen kurz entschlossen und für acht Millionen Mark zu.

Seitdem sind die Hessen Hoteliers. Seit 1963 betreiben sie Häuser in Schönau/Schwarzwald, Oberstdorf/Allgäu, Bad Härting/Tirol und Beatenberg/Schweiz mit insgesamt 300 Betten. Doch um als Urlauber in einem der vier landeseigenen Ferienhotels unterzukommen, genügt es nicht, Hesse zu sein. Man muß außerdem seine Brötchen als Beamter oder Angestellter beim Land verdienen oder verdient haben. Dann darf man, auf Vermittlung der landeseigenen „Ferienhotelverwaltung" in Wiesbaden, für täglich 35 bis 45 Mark (Vollpension) preiswerter Urlaub machen also sonst am Ort üblich.

Der nun zwei Jahrzehnte alte und in der Bundesrepublik einmalige Landesbrauch, erschöpfte Staatsdiener und ihre Angehörigen auch im Urlaub nicht verkommen zu lassen, hat jetzt im SPD-regierten Hessen die CDU-Opposition auf den Plan gerufen. In einer Anfrage vor dem Landtag begehrte sie Auskunft darüber, inwieweit denn der Steuerzahler diesen ungewöhnlichen Ferienservice finanzieren müsse. Antwort erteilte die zuständige Hauptverwaltung der hessischen Staatsbäder und Ferienhotels: 200 000–300 000 Mark jährlich gehen aufs Konto verlorener Zuschüsse für Steuern und Unterhalt der Gebäude. Ansonsten trügen sich die Hotels selbst. Gewinn werde nicht erzielt.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU Hessen, Christian Bartelt, ließ keinen Zweifel daran, daß es bei einem „Machtwechsel" nach den Wahlen im September mit den Zuschüssen zu Ende sei. „Wir werden die Hotels als Urlaubsquartiere für Landesbedienstete nur dann behalten, wenn sie sich ganz und gar selbst tragen!"

170 000 „Staatshotel-Berechtigte" und Angehörige werden deshalb nicht auf die Barrikaden gehen. Ihr Interesse für die relativ billigen Hotels (Geschäftsführer Johannes Lill: „Wir liegen zwangsläufig unter dem Preisniveau vergleichbarer Häuser am Ort, weil wir ohne Gewinn arbeiten!") blieb hindurch ungebrochen. Lill: „1982 hatten wir 78 000 Übernachtungen. Das entspricht, verteilt aufs ganze Jahr, einer Auslastung zu 80 Prozent."

Die Plätze werden vergeben nach dem Prinzip „Wer zuerst kommt ..." Zweimal im Jahr ist Stichtag für Anmeldungen: Vom 1. 7. an werden Buchungen für die Wintersaison akzeptiert, vom 1. 10. an steht der Sommer zur Disposition. An diesen Tagen kommen die Briefe kiloweise. In den Sommer- oder Weihnachtsferien hat nur eine Chance, wer schulpflichtige Kinder hat oder beruflich von den Ferienterminen abhängig ist.

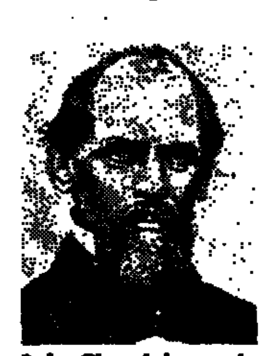
Insgesamt 60 Angestellte in den vier Hessen-Hotels reichen allerdings nicht aus, den Urlaub bei Vater Staat zum Drei- oder Vier-Sterne-Vergnügen gedeihen zu lassen. Schuhe müssen selbst geputzt werden, Essen à la carte ist nicht drin, es gibt zwei Menüs zur Auswahl. Und wer abends noch Vergnügen sucht, muß sich außerhalb umsehen. Den meisten Gästen macht das, so wird versichert, nichts aus. Lill: „Die suchen ohnehin vorwiegend Ruhe oder konzentrieren sich auf Sport, wie Wandern, Klettern oder Skilaufen."

Familienfeier auf der Brooklyn-Bridge

WOLFGANG WILL, **New York**

Die „Festwoche des Roebling-Clan" beginnt morgen, wenn die amerikanische Post aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der berühmten New Yorker Brooklyn-Bridge eine Sonderbriefmarke herausgibt, und sie findet am 24. Mai mit einem gigantischen Feuerwerk ihren Höhepunkt: Dazu treffen sich Roeblings aus sechs Ländern und 24 amerikanischen Bundesstaaten mit Präsident Ronald Reagan auf „ihrer" Brücke.

Der Roebling-Clan: Das sind an die 180 Nachfahren des Thüringers Johann August Roebling, der diese vielbesungene, von Poeten bedichtete Brücke über den East River, Manhattan und Brooklyn verbindend, konzipiert und gebaut hat, ihre Fertigstellung aber seinem Sohn überlassen mußte: Er selbst erlag dem Wundstarrkrampf nach einer Verletzung, die er sich auf der Brückenbaustelle zugezogen hatte. Er starb, weil er, statt auf die Medizin zu vertrauen, auf ein altes thüringisches „Hausrezept" schwor. „Er war eben Rebell und Dickkopf zugleich", urteilt in New York Ururenkel Paul Roebling, ein bekannter Schauspieler und ebenso erfolgreicher „Aktienspieler" an der Börse. Und Paul Roeblings Mutter Mary, Präsidentin einer Bank in New Jersey, voller Stolz über ihren Clan: „Die Roeblings sind bemerkenswerte Leute, schon fast Genies. Jeder hat es auf seine Weise geschafft, es zu etwas zu bringen – nur: Die meisten kennen sich gar nicht." Die 100 Jahre alte Brücke führt sie jetzt erstmals zusammen, darunter auch Roeblings aus Italien, Frankreich und Deutschland.



Sein Clan feiert sein Werk: Johann August Roebling FOTO: ULLSTEIN

Johann August Roebling wanderte 1831 in die USA ein, er kam aus dem thüringischen Mühlhausen. Der Sohn eines kleinen Tabakhändlers hatte in Berlin Ingenieurwesen studiert, mit Hegel Freundschaft geschlossen und war zum politisch-romantischen Utopisten geworden. Er träumte von der uneingeschränkten Freiheit in Amerika. Mit 20 thüringischen Familien gründete er in Pennsylvania die Stadt Germania und eine landwirtschaftliche Kommune. Das Experiment ging schief. Daraufhin wandte sich Roebling wieder seiner ursprünglichen Liebe zu: dem Brückenbau. Schon als Student hatte ihn eine kleine Hängebrücke in Bamberg fasziniert. Nun begann er in den USA dieses Konzept zu „verfeinern". Er gründete in New Jersey die Roebling-Werke, entwickelte dort neuartige Kabel und baute eine erste Eisenbahn-Hängebrücke. Ein Erfolg. So kam er an den Brooklyn-Auftrag.

Die Brücke spannt sich zwischen den beiden gigantischen Mauertürmen, die ihre Fundamente tief im Flußbett haben, 478,5 Meter lang über den East River. Ihre Auffahrten auf beiden Seiten sind noch einmal so lang. Nach ihrer Einweihung am 24. Mai 1883, der 50 000 New Yorker und Präsident Chester Alan Arthur beiwohnten, wurde sie als das „Achte Weltwunder" beschrieben.

100 Jahre später werden es Hunderttausende sein, die der Brücke, über die täglich 400 000 Autos rollen, huldigen. (SAD)

Hilfe auf Rädern

Die Geistesgegenwart des englischen Lkw-Fahrers **Cliff Stanton** (42) hat 13 Mitgliedern einer Familie aus Birkenhead bei Liverpool das Leben gerettet. Er kam mit seinem 16-Tonner am Haus der Familie von **Jim Carty** vorbei, das in hellen Flammen stand. Stanton walzte mit seinem Lkw den Gartenzaun nieder und setzte rückwärts durch den Vorgarten an das brennende Haus. Aus einem Fenster des oberen Stockwerks sprangen alle 13 Familienmitglieder auf das Dach des Lkw, und der brachte sie in Sicherheit.

Heimliche Trauung?

Yoko Ono (50), die reichste Witwe der Welt, hat angeblich wieder geheiratet. Nach Gerüchten aus Amerika unter strenger Geheimhaltung in Budapest. Yokos Lebensgefährte

LEUTE HEUTE

seit der Ermordung von John Lennon ist der Innenarchitekt und gebürtige Ungar **Sam Habidtoy**, der



dem erschossenen Beatle sehr ähnlich sieht. Die beiden leben seit zwei Jahren in Yokos Luxuswohnung am New Yorker Central Park zusammen.

Verfilmte Rettung

Im Vatikan und in Rom haben die Dreharbeiten zu dem US-Fernsehfilm „Scarlatto e Nero" (Scharlachrot und Schwarz) begonnen, in dessen Mittelpunkt der irische Pater Hugh O'Flaherty steht, der im Jahre 1943 rund 5000 britischen Soldaten auf der Flucht vor den Nazi-Schergen des in Rom residierenden deutschen Generals Kappler half. O'Flaherty wird von **Gregory Peck** dargestellt, **Christopher Plummer** ist der Kappler, **John Gielgud** spielt Papst Pius XII.

Taucher-Rüstung

Eine Ritterrüstung brachte den amerikanischen Meeresbiologen und Taucher **Jeremiah Sullivan** auf die Idee für einen haifischsicheren Taucheranzug. Er konstruierte ein stählernes Kettenhemd, wie sie die Ritter zum Schutz vor Pfeilen trugen. Das Hemd, das an einer Art stählernem Korsett befestigt ist, wiegt 18 Pfund, ist aber innerhalb einer Minute überzustreifen.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Deutschland bleibt unter Zufuhr frischer Meeresluft von der Biscaya her, wobei mitgeführte Tiefausläufer das Wetter wechselhaft gestalten.

Deutscher Wetterdienst 17. Mai 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18 °C. bedeckt, still, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Mittwoch:
Im östlichen Bayern und Berlin überwiegend sonnig. Am Nachmittag einzelne Gewitter. Um 24 Grad. Im übrigen Deutschland wechselnde Bewölkung mit schauerartigen Regenfällen, zum Teil auch mit Gewittern. Nachmittags 15 bis 19 Grad. Nachts allgemein um 9 Grad. Mäßiger, in Gewitterschauern böig auffrischender Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten:
Wechselhaft. Weitere Schauer.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	32°
Bonn	15°	Kopenh.	14°
Dresden	21°	Las Palmas	20°
Essen	14°	London	14°
Frankfurt	15°	Madrid	11°
Hamburg	16°	Mailand	21°
List/Sylt	10°	Mallorca	21°
München	21°	Moskau	20°
Stuttgart	18°	Nizza	19°
Algier	25°	Oslo	15°
Amsterdam	13°	Paris	14°
Athen	28°	Prag	21°
Barcelona	19°	Rom	21°
Brüssel	13°	Stockholm	15°
Budapest	28°	Tel Aviv	30°
Bukarest	28°	Tunis	24°
Helsinki	17°	Wien	26°
Istanbul	19°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.26 Uhr, Untergang: 21.11 Uhr, **Mondaufgang:** 12.03 Uhr, Untergang 2.53 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Über New Yorks „Höllenküche" liegt der Duft der ganzen Welt

HANS J. STUECK, **New York**

Mehr als eine halbe Million Menschen, ein wogendes Meer von Köpfen in einer gewaltigen Straßenschlucht, das gab es am Wochenende in New York, als der Reigen der alljährlichen Frühlings- und Sommerfeste mit der 9.-Avenue-„Blockparty" begann, dem seit zehn Jahren größten Straßenfest der Siebenmillionenmetropole.

Das Fest auf der weniger vornehmen Westseite Manhattans verwandelte die für den Verkehr geschlossene neunte Avenue für zwei Tage in ein kulinarisches Eldorado gigantischen Ausmaßes, in dem das verwirrende Angebot an Gebratenem und Gebackenem, von türkischem Falafel bis koreanischen Kimchi, von mexikanischen Gazpacho bis japanischen Tempura, von Chili bis Bockwurst die ethnische Vielfältigkeit des Viertels zwischen 37. und 57. Straße widerspiegelte, das sich heute auf T-Shirts und Gürtelschnallen stolz „Hell's Kitchen", die Höllenküche, nennt.

Einst galt der Name einem besonders verrufenen Viertel, erste und oft auch letzte Station der ärmsten Einwanderer, die andere Sorgen hatten, als Partys feiern. Auch heute noch bietet die betriebsame Avenue, meist von Tante-Emma-Läden, kleinen Handwerksbetrieben und exotischen Restaurants gesäumt, kein Bild des Reichtums, doch daß sie längst keine „Höllenküche" mehr ist, bewies nicht zuletzt der Verlauf des Riesenfestes unter den malerischen Fassaden der vielen alten Häuser, die mit ihren verrosteten Feuertreppen an der Straßenfront so viel „New Yorkerischer" wirken als die ultramodernen Beton- und Glasgiganten der eleganteren Nachbarschaft.

Bei einem vierstündigen Bummel durch das Menschengewimmel waren zwar ganze Berge von Bierkästen zu sehen, doch praktisch keine Betrunkenen. An Dutzenden von Ständen gab's Weine aller Herren Länder, doch nirgends lagen Weinleichen an den Straßenrändern.

Über der gewaltigen fröhlichen Menschenmenge hing der verführerische Duft italienischer Pasta und gekochter Muscheln, griechischer Souvlaki und amerikanischer Schweinsrippchen, doch so gut wie gar nicht das süßliche Aroma von Haschzigaretten und -pfeifen.

Das große Schmausen auf der schnurgeraden Avenue – praktisch ein Fest für die ganze Familie – lief unter den Flaggen der 40 Länder, deren Auswanderer das internationale Flair der 9. Avenue mitgeprägt haben. Darunter auch Deutsche. Doch sie wohnen kaum noch in diesem Viertel, das meist von Latinos, Ukrainern und Iren bevölkert ist.

Wie zahlreiche andere New Yorker Straßenfeste wird das 9.-Avenue-Festival von den Geschäftsleuten der kilometerlangen Straßenschlucht veranstaltet. In diesem Jahr ließen sie sich etwas Besonderes einfallen, um der New Yorker Polizei für den reibungslosen Ablauf der Massenveranstaltung zu danken, und schenkten der berittenen Polizeistaffel einen Wallach mit dem passenden Namen „Festival".

„Festival" wies sich gleich als „Dienst"-Pferd aus. Den ohrenbetäubenden Lärm einer Jazzband, die unter den Betonpfeilern einer Brücke aufspielte, quittierte der Vierbeiner nur mit einem irritierten Ohren-Zucken. (SAD)

ZU GUTER LETZT

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, auf die Frage, wer die Sozialdemokraten in der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Überwachung der Nachrichtendienste vertreten werde: „Herr Emmerlich, meine Wenigkeit und ich."